Donnerstag, 9. Februar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 34 - 6.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Bundestag:** In der Debatte über den Fall Kießling verteidigt Bundeskanzler Kohl sein Festhalten an Verteidigungsminister Wörner. Er sei sich auch der Unterstützung der Regierungskoalition sicher, betonte Kohl. Die CSU geht allerdings verbal auf Distanz.

**Libanon:** Die USA ziehen zwar die Soldaten ihres Friedenskontingents in Beirut vom Lande auf die vor der Küste liegenden Kriegsschiffe zurück, wollen jedoch damit nicht ihr Libanon-Engagement beenden. Vizepräsident Bush koordiniert jetzt die Libanon-Politik der USA. Israel wurde von der Entscheidung Präsident Reagans vorab informiert. In Syrien wird das sowjetische Politbüromitglied Alijew erwartet. (S. 1 und 8)

**Steuerreform:** Der Schwerpunkt der geplanten Reform sollte in der Progressionszone liegen, in die die meisten Arbeitnehmereinkommen hineingewachsen seien, empfiehlt die Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Fraktion. Die Reform solle bis 1987 wirksam werden. (S. 1)

**Drahtzieher Moskau:** Nicht Jugoslawien, sondern die Sowjets seien für den Entzug der Akkreditierung der Mitarbeiter der beiden US-Sender Free Europe und Liberty bei den Olympischen Spielen verantwortlich, wird in Sarajevo versichert. (S. 5)

**Kontaktverbot:** Die Bonner Regierung hat Hinweise darauf, daß der Kreis der „DDR"-Bewohner, denen Kontakte zum Westen verboten sind, erweitert worden ist. Betroffen seien Personen in den unterschiedlichsten Arbeitsstellen und auch in unteren Positionen. (S. 4)

**Agrarbericht:** Nach Rekordeinnahmen 1982/83 werden die deutschen Bauern im laufenden Wirtschaftsjahr rund 22 Prozent weniger verdienen, erklärte Landwirtschaftsminister Kiechle bei der Vorlage des Agrarberichts für das Jahr 1984.

**Neuer Terroranschlag:** Einen Tag nach der Ermordung des früheren iranischen Generalstabschefs in Paris wurde gestern der Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate, Abdelaziz al-Mubarak, bei einem Schußattentat getötet.

**Baltikum:** Das US-Repräsentantenhaus hat Präsident Reagan aufgefordert, die Frage der Selbstbestimmung der Baltenländer vor die UNO zu bringen.

**Heute:** Regierungserklärung des Bundeskanzlers zum Israel-Besuch. – Ministertreffen der EG- und AKP-Staaten in Brüssel. – Berliner Abgeordnetenhaus wählt neuen Senat und Regierenden Bürgermeister. – Flick-Ausschuß vernimmt erstmals Minister Lambsdorff.

### ZITAT DES TAGES



„Wälder kann man wieder aufforsten, ein verlorenes Menschenleben nicht. Deshalb muß Bonn endlich handeln. Wenn die Autofahrer selber nicht zur Vernunft kommen, muß man sie dazu zwingen"

Der frühere Bundesinnenminister Hermann Höcherl zur Diskussion um ein Tempolimit FOTO: T. K. SCHUMANN

### WIRTSCHAFT

**USA:** Ausländische Kapitalzuflüsse werden sich aufgrund der hohen Zinsen gegenüber 1983 auf 80 Milliarden Dollar verdoppeln, warnt der Chef des Federal Reserve Board, Volcker. – Die Handelsbilanz schloß 1983 mit einem Rekorddefizit von 60,6 Milliarden Dollar. (S. 9)

**„DDR"-Geschäft:** VW will in der „DDR" Motoren in Lizenz bauen lassen, jährlich 100 000 Stück abnehmen und VW-Transporter liefern.

**Gutehoffnungshütte:** Wegen der Verluste bei der Tochter M. A. N. wird die Dividende für 1983/84 weiter gekürzt. (S. 11)

**Spareinlagen:** Längerfristige Einlagen inländischer Kunden im Bankensystem der Bundesrepublik überstiegen zum Jahresende 1983 erstmals eine Billion DM.

**Börse:** Die anfangs deutlich verbesserten Aktienkurse konnten im Verlauf nicht immer durchgehalten werden. Der Rentenmarkt war teilweise erholt. WELT-Aktienindex 155,7 (155,0). Dollarmittelkurs 2,7493 (2,7682) Mark. Goldpreis pro Feinunze 386,25 (379,25) Dollar.

### KULTUR

**„Goldene Kamera":** Mit der von „Hörzu" gestifteten Auszeichnung werden in diesem Jahr zehn Persönlichkeiten geehrt: Prinz Philip, Präsident des „World Wildlife Fund", die Sängerin Gitte Haenning, die Schauspieler Gert Fröbe und Werner Hinz, die Autoren Curth Flatow und Gerhard Polt, die Moderatoren Dieter Zilligen und Sigi Harreis, die Bühnenbildnerin Gonsela-Beatrix Dahlke und der Produzent Gyula Trebitsch. (S. 18)

### SPORT

**Ski alpin:** Weltmeister Harti Weirather (Österreich) wird heute nicht am olympischen Abfahrtslauf in Sarajevo teilnehmen. Er verlor das interne Ausscheidungsrennen gegen den Slalom-Spezialisten Anton Steiner.

**Nachfrage unbefriedigend:** Der Kartenverkauf und das Tourismusgeschäft bei den Winterspielen haben sich bei weitem nicht so entwickelt wie erhofft. Mehr als ein Drittel der 761 483 Karten wurden bisher nicht verkauft. (S. 15)

### AUS ALLER WELT

**Panda verendet:** Der Liebling der Berliner Zoobesucher, die Pandabärin „Tian-Tian" (Himmelchen), ist an einer schweren Infektion gestorben. (S. 20)

**Tempo erhöht:** Auf den Bundesautobahnen wird immer schneller gefahren. Waren es 1981 noch 4,7 Prozent der Autofahrer, die über 150 km/h fuhren, so lag ihr Anteil im vergangenen Jahr bereits bei 6,2 Prozent.

**Wetter:** Stark bewölkt mit Schneeregen. 1 bis 5 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

**Meinungen:** Mehr Wirklichkeitssinn – die Chance für Südwestafrika. Von Bernt Conrad S. 2

**Wiederaufbereitungsanlage:** Angst vor Kernenergie contra Angst um die Arbeit S. 3

**Baden-Württemberg:** Ehrenamt für Jo Leinen oder Wie die SPD grüne Stimmen holen will S. 4

**Nordrhein-Westfalen:** Minister will Lehrergehälter kürzen, um neue Stellen zu schaffen S. 4

**Spanien:** Die Regierung zeigt jetzt Präferenzen für französische Waffensysteme S. 5

**Harold Macmillan:** Ihn interessierte nur die Illusion des Erfolgs; Ex-Premier wird 90 S. 5

**Strategie:** Militär-Eisenbahn der Sowjets führt durch Ungarn und Rumänien S. 7

**Forum:** Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7

**Sarajevo:** Franz Klammer nennt die Olympiastrecke eine Familienabfahrt S. 16

**Lazarus:** Rembrandt lieferte gültige Fassung des Motivs der Hoffnung und des Glaubens S. 19

**Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.**

# CSU bleibt auf Distanz zur Entscheidung des Kanzlers

## Bundestag debattiert über Wörner / SPD besteht auf Rücktritt des Ministers

DW./RÜDIGER MONIAC, Bonn

In auffallender Weise hat sich die CSU am Tag der Bundestagsdebatte über die Affäre Kießling/Wörner von der Entscheidung des Bundeskanzlers abgegrenzt, an dem Verteidigungsminister festzuhalten. Der vom CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß herausgegebene „Bayernkurier" prophezeite sogar, daß die Angelegenheit wahrscheinlich „nur ein vorläufiges Ende" gefunden habe.

„Die verständliche Hoffnung, daß der durch die Affäre zweifellos angerichtete Schaden möglichst begrenzt wird, was am besten dadurch geschehen könne, daß Gras über die ganze Angelegenheit wächst, könnte sich als voreilig und trügerisch erweisen", heißt es in dem auf Distanz bedachten Kommentar. Dabei wurde ausdrücklich auf das „begonnene Köpferollen im Verteidigungsministerium" und die Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses verwiesen, der gestern mit der Anhörung Wörners seine Arbeit aufnahm.

Süffisant wurde die Entscheidung des Kanzlers, Wörner zu halten und General Günter Kießling zu rehabilitieren, vom „Bayernkurier" als „personalpolitischer Doppelbeschluß" bezeichnet, den Kohl „in eigener Verantwortung" getroffen habe. Die CSU, so wird schließlich hervorgehoben, könne für „Entstehung, Verlauf und Abwicklung" der Affäre „nicht in Mitverantwortung genommen werden". In dem Artikel der CSU-Zeitung kam schließlich auch Kritik an der Arbeit und der Darstellung der Schwesterpartei CDU zum Ausdruck. Darauf bezog sich vor allem die Bemerkung, die CSU habe „auch in den letzten Wochen ernsthafte und solide politische Arbeit geleistet".

Im Bundestag verlangten der SPD-Vorsitzende Willy Brandt und der SPD-Abgeordnete Gerhard Jahn abermals den Rücktritt des Verteidigungsministers.

Demonstrativ stellte sich der Kanzler vor Wörner und bescheinigte ihm wie schon vor einer Woche, als er Kießlings Rehabilitierung und seine Entscheidung, Wörner im Amt zu halten, selbst vor der Bundespressekonferenz bekanntgegeben hatte, der Minister habe Fehler eingestanden, werde aber wegen seines fachlichen Könnens Vertrauen bei der Bundeswehr zurückgewinnen und die Bundesrepublik in der NATO auch künftig angemessen vertreten.

Die SPD-Redner dagegen zogen dies in Zweifel. Wörners Entscheidung, den General vorzeitig zu entlassen, sei falsch und verantwortungslos gewesen. Der Minister habe kopflos gehandelt und später sein Amt mißbraucht, als er nachträglich Beweise gegen Kießling gesucht habe.

Dem Kanzler hielt Jahn vor, ein ernst gemeintes Rücktrittsangebot Wörners nicht angenommen zu haben. Damit habe Kohl seine gesetzliche Pflicht verletzt und nicht nur sich, sondern den Staat weltweitem Gespött ausgesetzt.

Der Kanzler erwiderte, auch er sei

● Fortsetzung Seite 8

# Reform ohne höhere Mehrwertsteuer

## Experten der Union setzen Eckdaten: 25 Milliarden Mark Entlastung geplant

HEINZ HECK, Bonn

Die geplante Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs soll bis 1987 wirksam werden und zu einer Entlastung von mindestens 25 Milliarden Mark führen. Mit diesen Eckwerten hat sich die Arbeitsgruppe Finanzen der Bonner Unionsfraktion in die jüngste Diskussion um die steuerpolitische Kernfrage dieser Legislaturperiode eingeschaltet.

Auf einer Klausurtagung in Mayschoß bei Bonn unter Vorsitz des finanzpolitischen Sprechers der Fraktion, Reinhold Kreile (CSU), wurde ferner eine Mehrwertsteuererhöhung zum Ausgleich der Einnahmeverluste kategorisch abgelehnt („scheidet aus"). Das erforderliche Entlastungsvolumen sollte vielmehr „zum größten Teil durch Steuerverzicht (Rückgabe heimlicher Steuererhöhungen) finanziert werden", heißt es in einem Acht-Seiten-Papier.

Steuermehreinnahmen, die durch eine günstigere Wirtschaftsentwicklung entstünden, „müssen für die Tarifreform reserviert werden". Der Rest soll durch Abbau steuerlicher Subventionen und Sonderregelungen finanziert werden. Steuererhöhungen oder eine verstärkte Neuverschuldung scheiden demnach aus der Sicht der Unionsfinanzexperten aus.

Der Schwerpunkt der Tarifkorrektur sollte in der Progressionszone liegen, in die inzwischen auch die meisten Arbeitnehmereinkommen hineingewachsen seien (also oberhalb der Proportionalzone von 18 000/36 000 Mark an zu versteuerndem Jahreseinkommen für Ledige/Verheiratete). Als Ziel wird ein linearer

SEITE 2:
Pflöcke einschlagen
SEITE 7:
Späth: Mehr Geld

Progressionsverlauf genannt, dem man, die finanziellen Möglichkeiten vorausgesetzt, bereits mit dieser Korrektur „möglichst nahe" kommen will. Einkommen, die unter Sozialhilfeniveau liegen, sollen in die Entlastung einbezogen werden.

Entgegen anderen Forderungen, die jetzt aus den Unionsparteien laut geworden sind, will die Arbeitsgruppe Finanzen, die in Mayschoß „nahezu vollzählig" vertreten war, die Neuregelung des Familienlastenausgleichs, also den zweiten Reformschwerpunkt, zeitlich mit der Tarifkorrektur koppeln. „Eine ‚Stufenlösung' unter Vorziehung der Familienentlastung würde die soziale Ausgewogenheit des Gesamtpakets gefährden. Vielmehr müsse erreicht werden, daß der größte Teil der Gesamtentlastung Familien mit Kindern zugute komme. Das Ziel der Reform wird auf den Nenner gebracht: „Familien mit Kindern sollen deutlich weniger Steuern zahlen als andere Einkommensbezieher mit gleich hohem Einkommen."

Nur bei der Größenordnung von mindestens 25 Milliarden Mark Entlastungsvolumen und nur bei der Verbindung von Tarifkorrektur und Familienlastenausgleich lasse sich eine „fühlbare Entlastung" vor allem bei der Grenzbelastung (also der zusätzlichen Belastung von Einkommenszuwächsen) erreichen. Nur eine fühlbare Entlastung könne verstärkte Leistungsbereitschaft wieder lohnend erscheinen lassen, zum Wachstum der Wirtschaft und damit zur weiteren Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen und den Anreiz zur Schwarzarbeit verringern.

Im Gegensatz etwa zum Arbeitnehmerflügel der Union wird eine Einschränkung des Ehegatten-Splitting „entschieden" abgelehnt. Denn von einer Einschränkung würden in erster Linie Familien mit Kindern betroffen. An der von Finanzminister

■ Fortsetzung Seite 8

# Neue Technologien sichern Arbeit

## SPD-Berater Krupp: Verbreitete Vorurteile widerlegt / Untersuchung in 60 Branchen

gil./pp. Berlin/Bonn

Die verbreitete Vorstellung, neue Technologien beschleunigten die Arbeitslosigkeit, ist auch nach dem Eingeständnis des Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, Professor Hans-Jürgen Krupp, nicht haltbar. Krupp war im Falle eines Wahlsieges der SPD am 6. März 1983 als Bundeswirtschaftsminister vorgesehen.

Selbst die Mitarbeiter des eigenen Instituts seien vom Ergebnis ihrer Strukturanalyse überrascht gewesen, bekannte Krupp. Die Untersuchung, ein Teil der Strukturberichterstattung, hat ergeben, daß wachsende Arbeitslosigkeit und zunehmende Produktivität nicht in einen unmittelbaren Zusammenhang zu bringen seien. Vielmehr habe sich eine umgekehrte Wechselwirkung ergeben: In den vergangenen zehn Jahren waren die Arbeitsplätze vor allem dort gefährdet, wo nicht produktiv genug gearbeitet, das heißt, zuwenig modernisiert wurde.

Krupp: Die DIW-Untersuchung quer durch 60 Branchen habe die Vorstellung, das Entlassungstempo werde durch die technische Entwicklung beschleunigt, „nicht bestätigt". Deswegen seien manche Urteile, die man bisher aus gesamtwirtschaftlicher Analyse traf, „zu revidieren". Der Strukturwandel der deutschen Wirtschaft biete ein „statistisch vernünftiges Bild".

Als „noch gut" wird die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen vom DIW bezeichnet. Ihr hoher Spezialisierungsgrad sichere ihnen die Industriemärkte. Aber es gebe Zeichen, die nachdenklich stimmten. Dazu rechnet das DIW die „teilweise unbefriedigende Exportstruktur". Bei feinmechanischen oder optischen Erzeugnissen beispielsweise seien sinkende Exportanteile zu beobachten, bei mancher Zukunftstechnologie „noch" steigende Ausfuhranteile.

Mit diesen Feststellungen haben das DIW und sein Präsident die gängige These von der Technologie als Job-Killer revidiert. Sie gilt in weiten Teilen der SPD als eines der Hauptargumente in der Debatte um die Arbeitslosigkeit und die 35-Stunden-Woche. Die Strukturberichterstattung dürfte deshalb auch die aktuelle Programmdiskussion der Sozialdemokraten beeinflussen.

Im Vorfeld des Bundesparteitages der SPD im Mai in Essen wird das Ergebnis der Ehrenberg-Kommission zur Wirtschafts- und Sozialpolitik kontrovers diskutiert. Die SPD-Linke, organisiert im „Frankfurter Kreis", meldet Kritik zum Kurs ihrer Führung an. Sie empfindet das Ehrenberg-Konzept als unzulänglich. Statt dessen nimmt die Linke Begriffe wie „Vergesellschaftung" und „stärkere Belastung des Kapitals und der Reichen" in ihre eigene Vorlage auf. Auch sei die ökologische Komponente zu wenig berücksichtigt worden.

Kritik an der Vorstandslinie äußerte gestern auch Gerhard Schröder, der die SPD-Spitzenkandidatur in Niedersachsen anstrebt. Diese Politik sei zu konventionell, lasse alternative Projekte völlig außer acht und scheue sich, staatliche Mittel für den Erhalt von Arbeitsplätzen einzusetzen.

# „Lücken" im sowjetischen Team

dpa/DW. Sarajevo

Der jugoslawische Staatspräsident Mika Spiljak sprach die traditionelle Formel: „Ich erkläre die XIV. Winterspiele für eröffnet." Und damit begannen gestern vor rund 50 000 Zuschauern im Stadion Kosevo die Wettkämpfe der Athleten. Bis zum 19. Februar kämpfen in Sarajevo, der Hauptstadt der jugoslawischen Republik Bosnien-Herzogowina, rund 1500 Sportler und Sportlerinnen aus 49 Ländern um 39 Goldmedaillen. Schon vor dem ersten Start wartete die sowjetische Teamleitung mit „Merkwürdigkeiten" auf:

Unter den Medaillenfavoriten fehlen zehn der stärksten sowjetischen Eisschnelläuferinnen und -läufer, die ursprünglich für die Olympischen Winterspiele in Sarajevo gemeldet worden waren. Sie wurden kurzfristig wieder aus dem Team genommen und traten die Reise nach Jugoslawien nicht an. Zu den Aktiven, die sogar noch im in Sarajevo verteilten offiziellen sowjetischen Mannschaftsbuch aufgeführt werden und dennoch zu Hause bleiben mußten, gehören der 25jährige Weltklasse-Sprinter Anatoli Medennikow, die Nummer vier der ewigen Weltrangliste über 500 Meter, Igor Schelezwosky, der Weltrekordhalter über 1500 Meter, der 22jährige 5000-Meter-Weltrekordhalter Alexander Baranow und der 19jährige Alexander Antipow, seit zwei Jahren einer der schnellsten Sprinter der Welt. Weiter fehlen die beiden Läuferinnen Swetlana Katschuk, eine der stärksten Langstrecklerinnen, und Marina Kolzowa aus Moskau. Nähere Gründe dafür wurden nicht genannt. Aus Kreisen der sowjetischen Mannschaft hieß es lediglich, diese Aktiven seien „nicht in Form".

Es wird vermutet, daß die Sowjetunion mit der Umstellung ihrer Mannschaft den Dopingkontrollen aus dem Weg gehen möchte – oder auch, um „Westkontakte" zu verhindern.

In der Leichtathletik und im Rudern wurde dies in den vergangenen 18 Jahren schon öfters praktiziert: Bei den Europameisterschaften 1966 in Budapest fehlten ohne Angabe von Gründen die vier besten Diskuswerferinnen und Kugelstoßerinnen.

Beim Europacup der Leichtathleten 1981 in Zagreb wurden telegrafisch neun Mannschaftsänderungen vorgenommen.

Bei den Europameisterschaften der Leichtathleten 1982 in Athen stoppte die sowjetische Mannschaftsführung 26 Athleten, darunter den späteren Diskus-Weltrekordler Dumtscheer, der Verwandte in den USA hat.

Seiten 15 bis 17: Winterspiele

## DER KOMMENTAR

### Verschleiß

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Zur Regierungskunst eines jeden Bundeskanzlers gehört es, sich aus den Niederungen innenpolitischer Händel möglichst herauszuhalten, um als letzte entscheidende Instanz zur Verfügung zu stehen, sobald ein Streit aus dem Ruder läuft. Helmut Kohl versteht sich meisterlich auf diese Kunst; allerdings blieb ihm in drei Fällen keine Chance, sie zu üben.

Der wichtigste Fall betrifft seinen Israel-Besuch. Da war er persönlich der Handelnde, folglich ist er Lob und Tadel unmittelbar ausgesetzt. Im Fall Wörner/Kießling entwickelte sich die Affäre schnell bis zu jenem Punkt, an dem sich der Regierungschef gezwungen sah, in eigener Verantwortung den Gordischen Knoten zu durchschlagen. Die Folge ist, daß er damit die Kritik direkt auf sich gezogen hat. Und im Fall Lambsdorff mußte der Kanzler mit einem Zwischenentscheid für jenes Mindestmaß an Ruhe sorgen, das seine Regierung zu gedeihlicher Arbeit braucht. Er behalf sich, indem er das weitere Schicksal seines Wirtschaftsministers an ein objektives Merkmal band, daran, ob das Bonner Landgericht das Hauptverfahren eröffnet oder nicht. Auch hier unterliegt er persönlich der Widerrede.

Gegenwärtig bündelt sich diese dreifache Kritik am Kanzler. Das wird Helmut Kohl nicht um seine Nachtruhe bringen; aber es ist zu beobachten, daß der natürliche Verschleißprozeß der Regierung eingesetzt hat, und er könnte sich beschleunigen. Dafür gibt es Anzeichen.

Die Bundestagsdebatte über den Fall Wörner/Kießling war von einer ätzenden Schärfe gekennzeichnet, die, soweit die SPD der Lieferant war, den Kanzler ramponieren sollte. Doch auch aus den Koalitionsfraktionen weht Kohl Skepsis entgegen. Die Säuernis der CSU über seinen „personalpolitischen Doppelbeschluß", wie der „Bayernkurier" nicht ohne Rankünе formuliert, ist geradezu schneidend.

Unmut über die Art, wie der Israel-Besuch absolviert wurde, ist nun auch in der FDP-Fraktion laut geworden. Den Kanzler mag das besonders irritieren, weil es ja gerade die Rücksicht auf die FDP ist, die ihn daran hindert, zu tun, was Strauß ihm geraten hat, nämlich sich mit einer großen Kabinettsreform den operativen Freiraum für nach vorwärts gerichtete Aktionen zu verschaffen.

Von einer Kanzler-Krise zu sprechen, wäre eine Übertreibung; aber Kohl steht in der Gefahr, sich in der Defensive zu verbrauchen. Er kann das Blatt wenden, wenn er die Offensive dort sucht, wo seine Regierung gut dasteht: auf dem Feld der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

# Löst UNO-Truppe westliche Soldaten in Beirut ab?

## Erleichterung im Lager Reagans über Abzug aus Libanon

DW./Kie/wth. Beirut/Washington

Mit der Ankündigung des Abzugs ihres Kontingents der internationalen Friedenstruppe aus Beirut haben die USA auf den sich abzeichnenden Zusammenbruch der libanesischen Armee in Beirut reagiert. Auch Großbritannien, Italien und Frankreich, die ebenfalls Einheiten der Friedenstruppe stellen, zeigten sich entschlossen, die Sicherheit ihrer Einheiten zu gewährleisten. Gleichzeitig versicherten die westlichen Regierungen den libanesischen Präsidenten Gemayel ihrer politischen und militärischen Solidarität.

Es mehrten sich die Anzeichen, daß von westlicher Seite versucht wird, die multinationale Truppe durch eine Streitmacht der Vereinten Nationen zu ersetzen. Sowjetische Diplomaten haben nach Angaben westlicher Kreise bereits zu verstehen gegeben, daß Moskau eine Ablösung der westlichen Friedenstruppe in Beirut durch UNO-Einheiten zustimmen könnte. Zuvor müßten die Vereinigten Staaten jedoch anerkennen, daß auch die Sowjetunion legitime Interessen im Nahen Osten besitze, hieß es.

US-Präsident Reagan beauftragte seinen Vizepräsidenten George Bush, die amerikanischen Reaktionen auf die Entwicklung in Libanon zu koordinieren. Bush wird am Samstag in London mit der britischen Regierung die Lage in Libanon erörtern.

Die Sowjetunion ist offenbar entschlossen, ihre weitere Nahost-Politik mit der syrischen Führung abzustimmen, ehe sie sich auf weitere politische Schritte zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise festlegt.

Die Nachrichtenagentur Tass meldete, der erste stellvertretende Ministerpräsident Alijew werde schon in den nächsten Tagen auf Einladung der syrischen Führung zu einem „Arbeitsbesuch" nach Damaskus reisen. In Moskau kursierten Spekulationen, die verschärfte Lage in Libanon sei der Grund für die Verschiebung der Indien-Reise von Verteidigungsminister Dimitrij Ustinow in der vergangenen Woche gewesen.

Unmittelbar nachdem Präsident Reagan seine Entscheidung bekanntgegeben hatte, die amerikanischen Marinesoldaten in Libanon „in Pha-

SEITE 2:
Niederlage in Nahost
SEITE 5:
Amal und die Macht der Schiiten

sen abzuziehen", begann die Evakuierung der ersten US-Soldaten auf die vor der Küste liegenden amerikanischen Kriegsschiffe. Mit dem Abzug der Marines fällt ein zentrales Element der bisherigen amerikanischen Befriedungspolitik für Libanon aus. Gleichzeitig erweiterte der amerikanische Präsident die vor der Küste Libanons stationierten amerikanischen See- und Luftstreitkräfte. Die Kommandeure vor Ort können nun von sich aus Geschützfeuer und Lufteinsätze gegen „alle Einheiten lenken, die aus Teilen des von Syrien kontrollierten libanesischen Gebietes auf Groß-Beirut schießen". Bisher war der Luft- und Artillerieeinsatz allein auf Sicherung der US-Stellungen beschränkt. Mit dieser Anord-

▲ Fortsetzung Seite 8

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## *Trugbild Reisewelle*

Von Matthias Walden

Not macht nicht immer erfinderisch, sondern oft nur bescheiden. So ist es zu erklären, daß die angebliche Bereitschaft des SED-Staates, etwa 1000 Bürger in die Freiheit zu entlassen, bei uns mit dem Begriff „Ausreisewelle" bedacht wurde. Hunderttausende hatten oder haben beantragt, der „DDR" den Rücken kehren zu dürfen. Sie nahmen Schikanen und die Gefährdung ihrer beruflichen Existenz in Kauf. Und warten seit Jahren vergeblich.

Bei denen, die nun kommen sollen, liegt die Vermutung mehr als nahe, daß sich das Regime – bedrängt von oppositionellem Aufbegehren – unbequemer Bürger entledigen will. Auch ist noch ungeklärt, ob die Bewilligungen mit klingender Münze aus Bundeskassen „honoriert" wurden. Jedenfalls krümmt sich ein Fragezeichen hinter der Hoffnung, der Milliardenkredit habe endlich zu einem Zeichen des guten Willens auf der Seite der Begünstigten geführt.

Immerhin: Jeder, der kommen darf, reduziert die Unmenschlichkeit der Einsperrung im Staatsgewahrsam – wenngleich nur im Sinne des sprichwörtlichen Tropfens auf dem heißen Stein. Die Sorge um alle, die nicht kommen dürfen, reduziert dies allerdings nicht.

Die eiskalte Behandlung von Härtefällen, die jetzt bekannt wurde, kennzeichnet eine Wirklichkeit, die dem Trugbild von der einlenkenden, zu Gegenleistungen bereiten „DDR"-Staatsführung kraß widerspricht.

Bürger, die zu ihren schwerkranken nächsten Verwandten in der Bundesrepublik reisen wollen, werden zurückgehalten, Sterbende flehen vergeblich darum, ihre Angehörigen noch einmal sehen zu dürfen. Verstorbene werden zu Grabe getragen, ohne daß ihre Kinder oder Geschwister sie auf dem letzten Wege begleiten dürfen. Ergreifende Gesuche, Hilferufe und Telegramme versacken in einer inhumanen Bürokratie.

Die nächste Milliarde ist schon wieder im Gespräch. Sie muß im Zusammenhang mit den Tränen einer Unzahl hart betroffener Deutscher gesehen werden. Der glatten Formel von den „menschlichen Erleichterungen" stehen unmenschliche Erschwernisse gegenüber.

## *Pflöcke einschlagen*

Von Heinz Heck

Stoltenberg kann mit den Hausarbeiten, die die Finanzexperten seiner Fraktion abgeliefert haben, alles in allem zufrieden sein. Die Zielrichtung verrät eine klare Linie, die sich angenehm von dem – zum Teil wahlkampfbedingten – aufgeregten Getue anderer Unionspolitiker abhebt. Zugleich setzen die hohen Anforderungen der Eckwerte den Finanzminister unter den nötigen Erwartungs- und Leistungsdruck, ohne den das ehrgeizige Reformwerk nicht über die politische Bühne zu bringen ist – zumindest dann nicht, wenn es wirklich ein Reformwerk werden und nicht unterhalb der Wahrnehmungsgrenze verschwinden soll. Der Anspruch, die „Wende" zu schaffen, verdichtet sich in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Frage, ob es gelingt, ungeachtet der Haushaltsschwierigkeiten eine überzeugende Reform durchzusetzen.

Es ist nur konsequent, wenn die Finanzexperten der Unionsfraktion ihre Entlastungsvorschläge auf die Einkommensbezieher konzentrieren, die von den heimlichen (und unheimlichen) Steuererhöhungen, also dem kombinierten Würgegriff aus Progression und Inflation, am härtesten getroffen wurden. Das ist nach übereinstimmender Auffassung aller Flügel der Union vor allem der erste Teil der Progressionszone (also von 18 000/36 000 bis 60 000/120 000 Mark zu versteuerndem Jahreseinkommen für Ledige/Verheiratete).

Aber hier könnte der unions- oder koalitionsweite Konsens auch schon zu Ende sein. Wenn man sich an die in letzter Zeit aus allen Flügeln und Gruppierungen laut gewordenen Forderungen erinnert, liegt auf der Hand, daß auch Ehegattensplitting, Steuererhöhungen und Subventionsabbau unter den verschiedensten Blickwinkeln aufs Korn genommen werden.

Den Finanzexperten ging es daher jetzt darum, politisch Pflöcke einzuschlagen. Ihre Forderung zum Beispiel, „eine Erhöhung der Mehrwertsteuer scheidet aus", ist von erfrischender Eindeutigkeit. So hat sich bisher noch kein Spitzenpolitiker der Koalition festgelegt, obwohl gerade dieser Grundsatz unter allen Umständen beherzigt werden sollte.

## *Beredtes Schweigen*

Von Peter Gillies

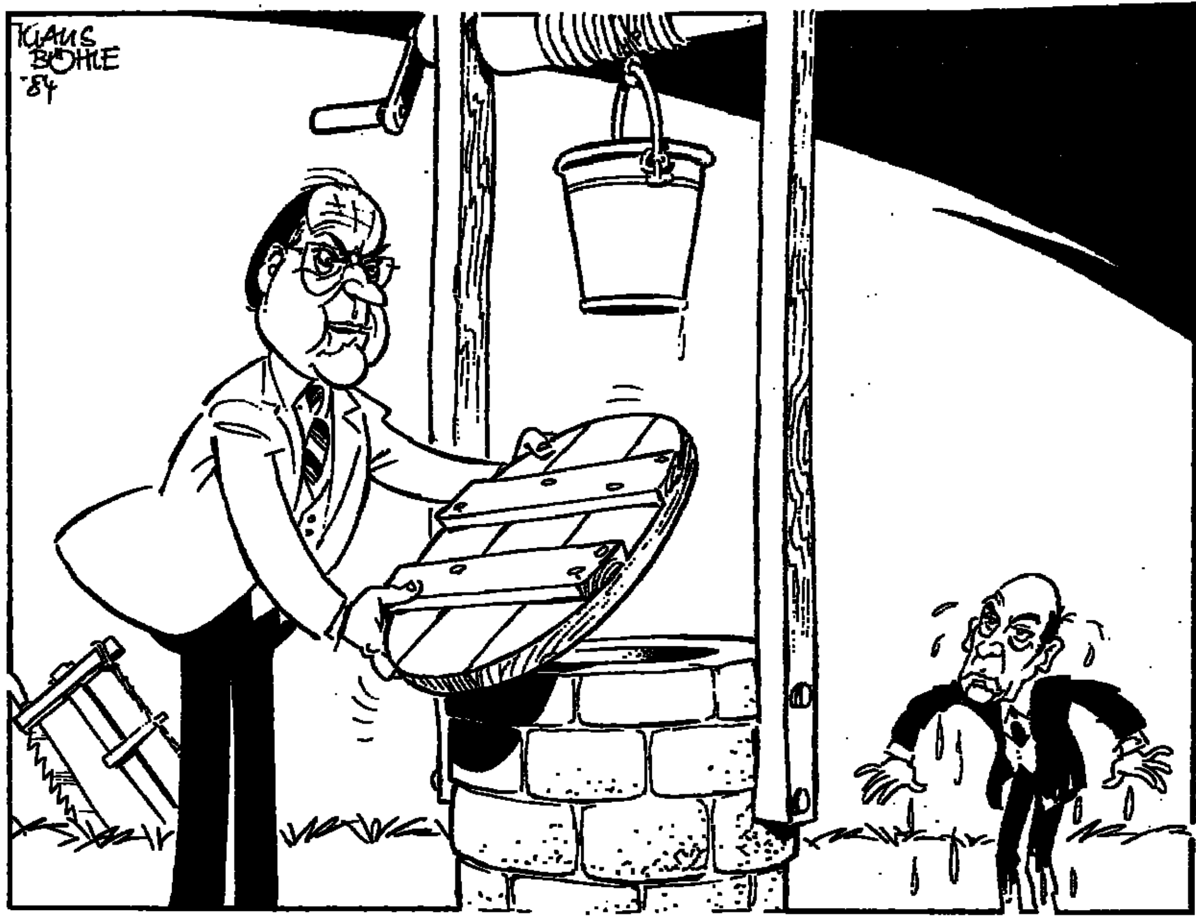
Wer hätte nicht schon den enervierenden Überdruß verspürt, wenn der Friseur, der Nachbar, der Schalterbeamte oder der Chef die Umwelt mit ihren nichtssagenden politischen Urteilen überschwemmen? Die Wehrlosigkeit gegenüber derartigen Ergüssen schmerzt.

Die für ihre Progressivität bekannte griechische Regierung hat jetzt durch ihren Tourismus-Minister eine Lösung gefunden, die durchaus eine epochemachende genannt werden darf. Sie verbot ihren Taxifahrern kurzerhand das Gespräch über politische Dinge mit den Fahrgästen. Die Droschkenkutscher im Mutterland der Demokratie sind endlich erlöst von den einschlägigen Fragen und – was noch wichtiger ist – von den Antworten darauf. Ein schlichtes Schild im Fahrgastraum weist auf das amtlich erwünschte Schweigen hin. Journalisten ist damit zwar eine ihrer ergiebigsten Informationsquellen verstopft, aber auch sie werden sich dem kommunikativen Fortschritt nicht länger entgegenstemmen.

Damit ist der Rest der Menschheit jedoch indirekt auf die feine britische Lebensart zurückgeworfen, die auch bei Erdbeben, Feuersbrunst oder Kriegsfall jedes Gespräch mit ziselierten Anmerkungen zum Wetter einleitet. Was aber, wenn das Wetter wegen ständigen Sonnenscheins kein Thema abgibt? Dürfen wir, um die vielleicht peinliche Stille zu füllen, auf die Börsenkurse, auf Frauen (Männer) oder die Umweltvergiftung zurückgreifen? Gewiß nicht, denn auch das sind hochpolitische Themen.

Noch nicht verboten nach diesem Erlaß ist das reine Fachgespräch, die Plauderei von Experte zu Experte. Beim Taxifahrer böten sich seine Fahrweise, Reisegeschwindigkeit oder Wagenfederung an, beim Friseur eine Debatte über die Schnittlänge des Haupthaars, beim Kellner der Servierschwung oder sein Beinleiden. Womit aber soll man sich mit einem Politiker unterhalten, wo jener doch nur von dieser und von nichts sonst eine Ahnung hat?

So erweist sich der Maulkorberlaß als eine weise Fügung einer umsichtigen Regierung: Die Leute mögen sich mit wirklich Wichtigem statt mit der Politik beschäftigen.



„...und das nächste Mal paßt du gefälligst besser auf!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

# Niederlage in Nahost

Von Thomas Kielinger

Diesen Kommentar sollte Präsident Reagan schreiben. Er hat ihn auch schon geschrieben. Und zwar am 3. Februar, als er in einem Interview mit dem „Wall Street Journal" zugab: „Wenn wir da rausgehen, ist es das Ende Libanons." Weiterhin: „Ein amerikanischer Rückzug bedeutet das Ende jeder Möglichkeit für uns, einen Gesamtfrieden für den Nahen Osten zu stiften."

Harte Worte, deren heutige Wirklichkeit Reagan zunächst mit Fassung, ja, geradezu mit Nonchalance erträgt. Ein geplanter fünftägiger Urlaub auf der heimatlichen Ranch in Kalifornien wird durchaus angetreten, auch wenn sein enger Mitarbeiterstab darüber erschrocken ist, besorgt wegen der Reaktion im weiten Land. Was mag der Wähler darüber denken, daß der Präsident in Urlaub fährt, während Libanon dem Ende zugeht und die „amerikanische Möglichkeit, einen Gesamtfrieden für den Nahen Osten zu stiften", vor die Hunde?

Aber Reagan ist, noch in der Niederlage, ein ungemein instinktsicherer Mann. Was hat es Carter eingetragen, in all den Krisen seiner Präsidentschaft sich im Weißen Haus vergraben zu haben, ein Gefangener nicht nur der unkontrollierbaren Lage draußen sondern obendrein seiner eigenen Hilflosigkeit? Reagan reagiert da ganz anders. Er hat die unheimliche Gabe, die Szene der Beschämung hoch zu Pferde zu verlassen.

Das war schon so, als er sich in die Pipeline-Sanktionen gegen die europäischen Alliierten verrannt hatte. Von einem Tag zum andern brach Reagan sie ab – den Vorgang ließ er durch Handels- und Außenminister regeln, er selber verreiste über das Wochenende. So ist auch diesmal Stellvertreter Bush zur Hand, das Unausweichliche zu überwachen. Man soll sich als Präsident nicht ausgerechnet in der Stunde der Niederlage exponieren.

Doch geht die Frage tiefer. Mit Reagan fühlen sich viele Amerikaner an den Ereignissen in Libanon wie nichtbeteiligt. Dies ist ein interessantes Nachvietnam-Phänomen: Man fühlt sich heute nicht mehr verantwortlich für alles, was auf der Welt schief geht. Mit Reagan glauben die meisten Amerikaner, in Libanon das Beste versucht zu haben und von den Kräften des Bösen unverdientermaßen überrollt worden zu sein.

Eine robuste Reaktion, durchaus, nur leider ohne jede Analyse. Der Fatalismus, der dieser Fähigkeit Niederlagen zu verwinden (oder zu verdrängen) zugrundeliegt, übersieht, was das richtige Eingreifen mit den richtigen Hebeln bewirken kann, bewirkt hätte, auch in Libanon. Die Wurzeln des Übels gehen ja nicht auf die Entsendung der Marines zurück. Das war doch, im September 1982, eine ganz hoffnungsvolle Expedition, der man sich zusammen mit den Briten, Italienern und Franzosen unterworfen hatte: den Frieden halten, die Stabilität garantieren, nach dem fürchterlichen Massenmord in den beiden palästinensischen Flüchtlingslagern.

In den aufkeimenden Konflikt, das neu ausgebrochene Ringen um die Hegemonie über Libanon, sind diese 5400 ausländischen Friedenstruppen in der Tat hilflos hineingezogen, besser: In diesem Konflikt ist ihre Funktion einfach kaltgestellt worden. Eine Kombattantenrolle war nie anvisiert. Historisch repräsentierten die USA im Nahen Osten ohnehin immer die Seite, die die Kämpfe gebremst hat. Das war 1956 so, dann erneut 1973, schließlich 1982.

Und hier beginnt ihr Dilemma. Das klassische Muster des Brems-



Der Anfang vom Ende Libanons? – US-Soldat in Beirut FOTO: UPI

Verhaltens verleitete die Amerikaner im Sommer 1982 zum Eingreifen in einen Konflikt – Einmarsch Israels in Libanon – der sich in der Retrospektive bescheiden ausnimmt im Vergleich zu dem Scherbenhaufen, vor dem die USA heute stehen. Der Angriff Israels zielte nicht auf einen arabischen Nationalstaat sondern auf ein Zentrum der Subversion, die PLO. Israel raffte 1982 noch genügend Kraft auf, gegen den Terrorismus in einem Nachbarstaat vorzugehen. Heute ist das Problem der terroristisch-fundamentalistisch inspirierten Subversion ins Riesenhafte gewachsen, und wieviel Kraft Israel heute aufbringen müßte, in Libanon einzugreifen, kann man den innerisraelischen Debatten entnehmen. Was hat der amerikanische Druck auf Israel, sich von Beirut zurückzuziehen, also in Wirklichkeit gebracht?

Wenn die USA dem militärischen Vorgehen Einhalt gebieten wollen, müssen sie politische Mittel besitzen, die besser wirken. Besitzen sie diese? In Libanon waren sie nicht zu sehen. Syriens Kooperationswilligkeit im vorigen Herbst zu testen, kam genau ein Jahr zu spät – das hätte man 1982 tun müssen, als die Syrer geschlagen dastanden, vor der Wiederaufrüstung durch Moskau.

Der zweite Fehler war, mit einem Teil Libanons, der christlichen Regierung Gemayel, im Eilverfahren ein Normalisierungsabkommen Beirut-Jerusalem durchzupauken. Hier tragen die Israelis die Schuld mit. Der kurzfristige Gewinn an Stabilität verspielte die Aussichten auf langfristige Beruhigung in Libanon. Einem kaum aus Ruinen erstandenen, schwankenden libanesischen Kabinett einen Normalisierungsvertrag zu entwinden und dann zu glauben, das sei der Weg zur Versöhnung in diesem ebenso zerstörten wie verstörten Land, das war eine grobe Verkennung aller realpolitischen Möglichkeiten.

Präsident Reagan mag aus den Trümmern Libanons innenpolitisch mit einem blauen Auge davonkommen; aber schärfere Analyse der Verkettung lokaler Faktoren wird ihm auf die Dauer in der Außenpolitik nicht erspart bleiben.

## IM GESPRÄCH Elsbeth Weichmann

## „Der Mensch ist zähe"

Von Uwe Bahnsen

Niemand hätte Hamburgs unvergessenem Ehrenbürger und Altbürgermeister Herbert Weichmann ein eindrucksvolleres Denkmal setzen können als seine Frau, Elsbeth Weichmann, mit ihrem Buch über die Zeit der gemeinsamen Emigration: „Zuflucht. Jahre des Exils". Es ist ein Bericht über eine bittere Zeit, doch niedergeschrieben ohne Bitterkeit und Groll. Elsbeth Weichmann hat darin nicht nur Zeugnis über ihren Mann, sondern auch über sich selbst abgelegt, über die eigene, sehr geprägte Persönlichkeit – auch sie nicht wegzudenken aus dem öffentlichen Leben der Hansestadt seit mehr als drei Jahrzehnten.

Hamburgs Senat hat der langjährigen SPD-Politikerin – und dem streitbaren Journalisten und Schriftsteller Erich Lüth – jetzt mit der Bürgermeister-Stolten-Medaille, einer der höchsten Auszeichnungen der Hansestadt, den Dank für das abgestattet, was beide in und für Hamburg geleistet haben. Ohne Elsbeth Weichmann gäbe es den heutigen Verbraucherschutz in Hamburg nicht; ebenso nachdrücklich hat sie sich in der Kulturpolitik der Stadt engagiert, in der sie seit 1949 mit ihrem Mann lebte. Die Freie Akademie, das Literaturzentrum, das Deutsche Schauspielhaus, die Neue Literarische Gesellschaft – die resolut und zuweilen salopp formulierende Wirtschaftswissenschaftlerin aus Brünn hat die kulturellen Institutionen ihrer Wahlheimat Hamburg nach Kräften gefördert und damit auch geprägt. In ihrer Erwiderung auf die Laudatio des Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi meinte Elsbeth Weichmann mit sehr hanseatischem Understatement, sie habe für ihre Arbeit in Hamburg einen „günstigen Hintergrund" gehabt – wohl wahr, an der Seite einer so starken Persönlichkeit wie Herbert Weichmann.

Aber das allein erklärt ihre Wirkung in der Hamburger Öffentlichkeit nicht. Kluge Nachdenklichkeit, Elan im Handeln, ein durch leidvolle Erfahrungen geschärfter Blick für Menschen und Zusammenhänge –



Erinnerung ohne Bitterkeit und Groll: Elsbeth Weichmann FOTO: THOMAS KAISER

das alles kam hinzu. „Der Emigrant", so sagte sie einmal in einem Rückblick auf jene Jahre, „das ist die Kreatur, ganz auf sich allein gestellt. Der Mensch ist unvorstellbar zähe." Sie war es, zeitlebens. Ihre offizielle Biographie läßt wenig von der Härte des Existenzkampfes ahnen, den Herbert und Elsbeth Weichmann im Exil zu bestehen hatten.

1928, ein Jahr nach Abschluß des Studiums und der Promotion in Graz, hatte die damals 26jährige Volkswirtschaftlerin den Journalisten Herbert Weichmann geheiratet, der als enger Mitarbeiter des Sozialdemokraten und preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun zu einem Zeugen der Zeit in einer verhängnisvollen Phase deutscher Geschichte werden sollte. Sie emigrierte 1933 mit ihm nach Frankreich, arbeitete in Paris als Wirtschaftsjournalistin. Sieben Jahre später flüchteten beide vor Hitlers Armeen nach New York. Es folgten Jahre der Prüfungen und Bewährungen, aber auch die Freundschaft des Ehepaares mit dem Mann, der für beide die Weichen stellte: Max Brauer. Er bewog Herbert und Elsbeth Weichmann, nach Deutschland zurückzukehren und sich in Hamburg niederzulassen.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die westlichen Kommentatoren fragen sich, warum Libanon am Ende ist:

### WASHINGTON POST

Daß die Regierung (von Präsident Reagan) dazu neigt, den Zusammenbruch in Beirut nur als ein syrisches (oder syrisch-sowjetisches) Kräftespiel zu sehen – was es auch ist, allerdings nur bis zu einem gewissen Punkt –, kann sie sicherlich nicht blind für die Schwächen der örtlichen Gegebenheiten machen, mit denen die Vereinigten Staaten zu tun hatten. Das alte Libanon, glanzvoll in seiner Verheißung des Pluralismus, aber verfault in seinen gesellschaftlichen Grundlagen, gibt es praktisch nicht mehr. Das kann zu Recht beklagt werden, ist jedoch kein Grund, nicht zu versuchen, das zu retten, was zu retten ist. Der Schlag, den das amerikanische Ansehen erlitten hat, ist zwar beträchtlich, aber bei weitem nicht lähmend.

### Le Quotidien de Paris

Die Entschlossenheit der Europäer wie die der Amerikaner hielt den Rammstößen der Fanatiker und ihrer Selbstmordlastwagen nicht stand. Es sind die Fanatismen jeglicher Form und Orientierung, die den Libanon ermordet haben. Und sie sind es auch, die Hauptstadt um Hauptstadt, Geisel um Geisel, Mord um Mord untereinander abrechnen. Sie gewinnen – heute im Libanon, morgen anderswo – weil sie am brutalsten und erbarmungslosesten, ihre Opfer dagegen die Schwächsten und Feigsten sind. Es ist Zeit, damit Schluß zu machen. (Paris)

### LE FIGARO

Paris und Washington haben nur wenig Möglichkeiten. Im Grunde sogar nur zwei: sich zurückziehen oder sich ins militärische Abenteuer stürzen. Eine völlig festgefahrene und offensichtlich ausweglose Situation, die das Problem der multinationalen Streitmacht und der ihr angehörenden 1500 französischen Fallschirmjäger überdeutlich macht. Es besteht eine ernste politische Verantwortung. Eine militärische Aktion setzt zwei Bedingungen voraus: Eine klare Zielsetzung und die Bereitstellung der angemessenen Mittel. In Libanon fehlte es von Anfang an an beidem. (Paris)

### DAILY EXPRESS

Wir Briten sollten jetzt Beirut verlassen. Nicht erst nächste Woche oder nächsten Monat, sondern JETZT. Denn es ist überhaupt nicht hinzunehmen, daß unsere Soldaten unnötigen Risiken in einem Konflikt zwischen rivalisierenden Fraktionen in einem Land ausgesetzt sind, an dem wir keine lebenswichtigen Interessen haben und in dem für uns nicht das geringste auf dem Spiele steht ... Es ist natürlich falsch – und feige – einfach abzuhauen, wenn unsere Freunde in Schwierigkeiten sind. Doch genauso falsch – und gefährlich – ist es, außenpolitisch auf Phantasien zu setzen. Und es ist eine Phantasie zu glauben, daß Libanon durch eine kleine multinationale Truppe geschützt werden kann. (London)

# Mehr Wirklichkeitssinn – die Chance für Südwestafrika

Zur Bundestags-Debatte über Bonns Politik auf dem Schwarzen Kontinent / Von Bernt Conrad

Der Bundestag wird heute über die Bonner Politik im südlichen Afrika debattieren: Nach längerem Stillstand scheinen die Fronten im Konflikt um Namibia (Südwestafrika) und damit im südlichen Teil des Kontinents überhaupt, ausgehend von einer zwischen Washington und Pretoria abgestimmten Initiative, erfolgversprechend in Bewegung geraten.

Allerdings muß befürchtet werden, daß davon im Parlament noch nicht viel zu spüren sein wird, sondern daß sich hier – vor allem bei den Dogmatikern der Linken – die Gemüter wieder einmal, fernab der Realität, an Grundsatzfragen erhitzen werden. Das wird so wenig weiterführen wie ein koalitionsinterner Streit darüber, ob und inwieweit die Afrikapolitik Bonns seit dem Wechsel in Bonn verändert worden ist.

Gerade in der Außenpolitik sollte sich auch bei uns jener auf legitimen Interessen beruhende Pragmatismus durchsetzen, dem einst Bismarck – bei aller Grundsatztreue – seine Erfolge zu verdanken hatte und der dann später immer wieder deutschen Neigungen zur Theorie, zum Opportunismus oder zum reinen Machtdenken geopfert wurde.

Das erfordert im Fall des südlichen Afrika zunächst einmal eine Beantwortung der Frage: Wem soll die Politik der Bundesrepublik in dieser Region nutzen? Die Antwort muß natürlicherweise lauten: Den betroffenen Menschen, weißen wie schwarzen, besonders in der früheren deutschen Kolonie Südwestafrika, und, parallel dazu, den strategischen und wirtschaftlichen Gesamtinteressen des Westens. Beiden im Effekt weitgehend identischen Interessen würde die Existenz eines wirklich unabhängigen und demokratischen Staates Namibia, der nicht nach abschreckenden Vorbildern in wirtschaftliches Chaos und politische Einparteienherrschaft abgleitet, am besten dienen.

Der Weg dorthin kann nicht an jenem Staat vorbeiführen, der gegenwärtig die Macht in Namibia ausübt: der Republik Südafrika. Schon aus diesem Grund waren die Einwände gegen den Bonn-Besuch des südafrikanischen Außenministers Roloef Botha Ende November 1983 abwegig. In der Namibia-Frage haben die Südafrikaner in Übereinstimmung mit der Reagan-Administration vor einiger Zeit durch ihre Forderung nach einem vorherigen Abzug der Kubaner aus Angola die Bemühungen der sogenannten Fünfergruppe (bestehend aus den USA, Frankreich, Großbritannien, Kanada und der Bundesrepublik) um eine Namibia-Lösung aufgrund der UNO-Resolution 435 kurz vor dem Abschluß gestoppt. Paris war darüber so erbost, daß es seine weitere Mitarbeit einstellte.

Die Bundesregierung aber hat dazu in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der SPD eine erfreulich realistische Haltung eingenommen. Sie äußerte die Ansicht, daß „Stabilität in der Region den Abzug raumfremder Streitkräfte voraussetzt" und zog daraus die Schlußfolgerung, im Interesse einer baldigen Unabhängigkeit Namibias sei ein Erfolg der Gespräche Washingtons mit der angolanischen Regierung über einen Abzug der Kubaner wünschenswert.

Dies öffnet den Weg zur Unterstützung der Initiative, die der amerikanische Afrika-Beauftragte Chester Crocker in engen Kontakten mit Südafrika und den schwarzafrikanischen „Frontstaaten" in Gang gebracht hat. Ihre Ziele lassen sich etwa folgendermaßen skizzieren: Südafrika zieht seine Truppen in einem „einseitigen Disengagement" aus dem Süden Angolas zurück und erhofft sich daraus einen Waffenstillstand mit der von Angola aus operierenden gewalttätigen „Freiheitsbewegung" Swapo. Zwar hat Swapo-Chef Sam Nujoma dazu schon nein gesagt, aber die offenbare Zustimmung Angolas und der anderen Frontstaaten könnte ihn zum Einlenken zwingen.

Aus dieser Entwicklung sollen sich Dreierverhandlungen zwischen den USA, Angola und Südafrika mit dem Ziel weiterer Entspannung ergeben. Ein parallel dazu herbeigeführtes Arrangement der angolanischen Regierung mit der sie hart bedrängenden Unabhängigkeitsbewegung Unita (beispielsweise mit dem Ergebnis einer Art von Autonomie für das Unita-Gebiet) könnte einen Abzug der Kubaner ermöglichen. Den Gewinn hätte ein unabhängiges und dann auch unbedrohtes Namibia. Quasi im Vorgriff darauf soll die derzeitige „Viel-Parteien-Konferenz" in Windhuk eine Übergangsregierung bilden.

Das alles kann noch schiefgehen. Aber drei Argumente verheißen zumindest ernsthafte Erfolgsaussichten: Südafrika ist der finanziellen Belastung durch den Namibia-Konflikt überdrüssig und bejaht einen „neuen Realismus"; die Angolaner brauchen dringend Frieden und amerikanische Wirtschaftshilfe; Reagan schließlich wünscht sich für den Wahlkampf einen Erfolg in Afrika.

Wie positiv sich diese Faktoren schon jetzt im weiteren Bereich des südlichen Afrika auswirken, bewies vor einigen Tagen eine schwarzafrikanische Entwicklungskonferenz in Lusaka, deren Teilnehmer (gegen den Protest der Swapo und der Untergrundbewegung ANC) die „weniger aggressiv gewordene Haltung Südafrika" als Chance für einen „friedlichen Wandel in der Region" ausdrücklich begrüßten.

# Angst vor Kernkraft contra Angst um die Arbeit

**Ob Kernkraftwerk oder Wiederaufbereitungsanlage, immer gibt es Proteste, Einsprüche und anschließende Hearings. Das ist auch im *oberpfälzischen Wackersdorf* nicht anders. Seit zwei Tagen streiten sich Gegner und Befürworter im nahen Neunburg vorm Walde.**

Von PETER SCHMALZ

Bürgermeister Josef Ebner ist Sozialdemokrat und formuliert locker einen Satz, der nicht jedem seiner Genossen flüssig über die Lippen käme. „Wir", sagt er „wir vertrauen auf Technik und Wissenschaft." Seit 17 Jahren leitet er die Geschicke der kleinen Gemeinde Wackersdorf in der ärmlichen bayerischen Oberpfalz nahe der tschechischen Grenze. Mit fast 80 Prozent haben ihn die Einwohner bei der letzten Wahl im Amt bestätigt, im März will er *nochmals gewählt werden und er* ist sich des Erfolgs auch sicher.

Dabei ließ Ebner unter seiner Leitung zwei Gemeinderatsbeschlüsse fassen, die andernorts den sicheren Stuhl eines Rathauschefs bedenklich ins Wackeln bringen könnten: Zweimal befürwortete der Gemeinderat den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe in einem Waldgelände nahe dem Ort. Ein Beschluß wurde einstimmiggefaßt, beim zweiten gab's neben 14 Ja-Stimmen nur ein Nein. „Wir sind seit vielen Jahren eine Industriegemeinde", begründet SPD-Fraktionschef Maximilian Politzka diese klare Haltung zur Kernenergie.

Die Parolen der Atomgegner hörte sich Bürgermeister Ebner gestern im nahen Neunburg vorm Walde an: In der kühlen Stadthalle lauschte er unter den grünen und roten Girlanden der Faschingsdekoration stumm dem Schlagabtausch zwischen Kernenergiefeinden und den Beamten des bayerischen Umweltministeriums. Er sah nur wenig Bürger aus Wackersdorf, die Mehrzahl war aus der weiteren Umgebung gekommen, einige gar aus Bremen, von den Gegnern der Wiederaufarbeitungsanlage als Sachbeistand gerufen.

Die Vertreter des Ministeriums wollten eigentlich als möglichst neutrale Beobachter dieser auf zwei Wochen angesetzten Erörterung beiwohnen, bei der die mit 53 000 Unterschriften versehenen 630 Einwendungen gegen die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) zwischen den Einwendern, Sachverständigen und den Vertretern der „Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK)" als Bauantragsteller beraten werden sollen.

Das Ministerium erfüllt damit eine Gesetzespflicht: Nachdem die DWK die atomrechtliche Genehmigung beantragt hat, muß das Umweltministerium als Genehmigungsbehörde den von der Anlage möglicherweise betroffenen Bürgern die Gelegenheit geben, ihre Sorgen und Argumente vorzutragen und – soweit berechtigt – im Genehmigungsverfahren berücksichtigen.

Aber Ministerialrat Rudolf Mauker kann sich mit seinen Beamten nicht in die noble Haltung des zurückgelehnten Beobachters setzen, vielmehr standen die Vertreter des Münchner Ministeriums auch gestern am zweiten Tag ununterbrochen im direkten Kreuzfeuer der Kritik. Stunde über Stunde wird den Beamten auf dem Podium ein Befangenheitsantrag nach dem anderen entgegengeschleudert. Denn: Noch ehe die WAA-Gegner ihre Kritik am Standort, an der technischen Sicherheit und an zahlreichen anderen Punkten wie Transport und Katastrophenschutz vorbringen, wollen sie die Genehmigungsbehörde in die Knie zwingen.

Sie wissen, daß sie sich damit übernehmen, werden doch ihre Anträge nach Rücksprache mit dem Ministerium stets abgelehnt.

Hat das Ministerium eigentlich noch freie Hand, auch gegen die Anlage zu stimmen, will einer wissen. „Das sogenannte Umweltministerium", schleudert ein anderer wütend nach vorn.

In der Tat sind mit der geplanten Anlage erhebliche wirtschaftliche Überlegungen verknüpft. Mindestens vier Milliarden Mark Baukosten wird die Atom-Fabrik verschlingen, in der siebenjährigen Bauzeit werden damit 11 500 Arbeitsplätze gesichert. Ab 1992, wenn die Anlage in Betrieb genommen werden soll, werden 3000 bis 5000 meist hochqualifizierte und gutbezahlte Mitarbeiter benötigt.

„Ein Gewinn für das strukturschwache Gebiet", lobt Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß das Projekt, um das sich ebenfalls aus wirtschafts- und regionalpolitischen Gründen sein niedersächsischer Kollege Ernst Albrecht bewirbt und Dragahn als Standort anbietet.

Die Oberpfalz lebte einst gut von Stahl und Kohle. Sie war das „bayerische Ruhrgebiet". Inzwischen sind die Zechen ausgebeutet und stillgelegt, die Stahlkocher können sich nur nicht mit staatlichen Millionenspritzen vor dem Exitus retten. Ein Wackersdorfer Bürger: „Wir brauchen neue Arbeitsplätze und haben vor der Wiederaufarbeitungsanlage keine Angst. Angst haben wir vor den Atomraketen der Russen, die da hinten, nur ein paar Kilometer von hier, stehen."

Die Gegner des Projekts sehen in der Erörterung nur „eine Farce", denn sie sind der Meinung, daß – wie einer formulierte – „die Lehrlinge dampfen müssen, wie der Meister pfeift". Daß also der Beamte den Bescheid erteilen muß, wenn sich die politische Spitze dafür ausgesprochen hat.

Nach dem Unfall in der britischen Wiederaufarbeitungsanlage Windscale und den Berichten, wonach in deren Umgebung vermehrt Krebs bei Kindern registriert wurde, bestärkt die Gegner in der Meinung, bei der Kernenergie handle es sich um Teufelszeug. Und um das abzuwehren, haben sie sich einer sehr alten Methode besonnen: In der Kirche des Karmeliterordens am Kreuzberg in der Nähe von Wackersdorf wurde nach einer Wallfahrt eine Bitt-Tafel mit dem Bildnis von Maria mit dem Kind geweiht. „Hilf, es ist Zeit", steht unter dem kirchlichen Plakat.

Das zuständige Ordinariat in Regensburg hatte Bedenken gegen die Polit-Prozession. „Ich habe ein wenig Sorge", meint Generalvikar Fritz Morgenschweis, „daß der Schutzmantel der Muttergottes als Tarnkappe für politische Aktivitäten verwendet wird". Aber Anlaß zum Einschreiten sieht er vorerst noch nicht: „Ich kann den Leuten doch das Beten nicht verbieten."



**Auch eine Wallfahrt zum Gnadenbild der Muttergottes in Schwandorf soll helfen, die Wiederaufbereitungsanlage zu verhindern.** FOTO: DPA

# „Es war die Rettung in letzter Minute"

**Von Grenada aus sollte der Inselstaat Dominica in der Karibik unter kommunistische Herrschaft gebracht werden. Premierministerin Mary Eugenia Charles verwies in Roseau auf Einsatzpläne für den Umsturz in mehreren westindischen Inselstaaten. Nur die Intervention der USA auf Grenada habe diese Gefahr abgewandt.**

Von HEINZ HORRMANN

Die dunkelhäutige Rechtsanwältin, die erst mit 50 Jahren in die Politik ging und als Vorsitzende der Vereinigung Ostkaribischer Staaten (ihr gehören acht Länder mit 600 000 Einwohnern an) zur „Eisernen Lady" der Karibik wurde, empfing uns in ihrem Haus am Ortsrand von Roseau. Gleich hinter dem Flachbau grünt und blüht der Regenwald. Auf dem Weg zum Eingang wird bei jedem Schritt das Umweltproblem der Insel spürbar. Zwischen Tropenpflanzen und Schlinggewächsen rosten ausgediente Baumaschinen und Autowracks in feuchter Dschungelluft. Der Straßenbelag verbindet nur noch stückweise Schlaglöcher, groß wie Bombentrichter.

Zwei Posten mit alten Gewehren bewachen das offene Haus mit der hübschen Veranda. „Schon an meinem Regierungssitz können Sie erkennen, wie leicht es für 50 bewaffnete und in Kuba militärisch gedrillte Rebellen ist, die Insel unter Kontrolle zu bringen. Es gibt hier keine Festung, keine Schweizer Garde, nicht einmal Absperrungen", stellt Mary Eugenia Charles mit schneidender Stimme fest.

Die meisten im letzten oder vorletzten Jahrzehnt in die Unabhängigkeit entlassenen Inselrepubliken hätten nicht die finanzielle und damit die militärische Kraft, Angriffe von außen oder kommunistische Infiltration entschieden abzuwehren. „Darum", so betont die engagierte Frau, die in Boston ihr Jurastudium abschloß, „war es unumgänglich, daß die USA helfen mußten. Es war die Rettung der Karibik in letzter Minute. Mittlerweile muß das auch den Kritikern der Aktion klargeworden sein."

Energisch vertritt die 65 Jahre alte Politikerin, die 1980 die ersten Wahlen nach der Unabhängigkeit von den Briten mit überwältigender Mehrheit gewann, ihre Meinung. Immer, wenn das drahtlose Telefon vor ihr auf dem Tisch läutet, unterbricht sie ihre Ausführungen, gibt knappe, fast militärisch klingende Anweisungen oder Informationen. Dann schlägt sie die Arme übereinander, bittet um Entschuldigung für die Störung, und findet sofort den Gesprächsfaden wieder.

18 Monate vor dem amerikanischen Eingreifen habe sie die ersten Informationen erhalten, was sich da in Grenada aufgebaut habe. Der politische Führer auf Grenada, Bishop, den sie persönlich sympathisch fand, sei ein Romantiker gewesen, sagt sie. Einer, der an die seligmachende Kraft des Marxismus geglaubt habe. Auch im Volk sei er beliebt gewesen. 90 Prozent der Grenadier hätten für ihn persönlich gestimmt und 45 Prozent seine Politik mitgetragen.

„Weil er zweifellos das Beste für seine Insel wollte, holte er damals die Kubaner, und zwar als gute Fachleute für den Bau eines neuen Flughafens und touristischer Einrichtungen." Ihre Ausführungen bringt Eugenia Charles dann wie bei einem Diktat auf einen kurzen Nenner, und sie unterstreicht jedes Wort, indem sie mit der flachen Hand auf den geschnitzten Holztisch schlägt. „Er wollte ein sozialistisches System, aber kein kommunistischer Satellit werden. Er konnte sich aber nicht gegen das Einsickern kubanischer Militärs und libyscher Rebellen wehren. Als er für diese Umstürzler nur noch lästig und hinderlich war, wurden Bishop und seine Gefolgsleute gefangengenommen und brutal hingerichtet."

Diese Morde seien das Signal für Terror und Chaos gewesen. „Ich hatte den Auftrag, Reagan einen Brief zu schreiben mit der Bitte um Hilfe. Da die Amerikaner aber zu der Zeit schon genugÄrger hatten, entschied ich mich, persönlich hinzufahren und *mit ihm unter vier Augen zu reden.*" Dabei lacht sie tief. „Bei dieser Unterredung habe ich ihn prompt überzeugt."

Nach der Rückkehr aus Washington erlebte die Regierungschefin einen Triumphzug vom Flughafen zur kleinen Hauptstadt; halb Blumenkorso, halb karibischer Karneval, der eigentlich erst im März beginnt. Angesichts der überschäumenden Freude, daß der „Große Bruder" geholfen habe, sei es nicht weiter störend gewesen, daß es in Europa und in Ländern der Dritten Welt deutliche Ablehnung der amerikanischen Intervention gegeben habe. Das Wort Invasion will sie nicht gelten lassen. „Das klingt nach Aggression, wo Hilfe der Beweggrund war." Nach einer Umfrage denken so 92 Prozent der Menschen auf Grenada und seiner Nachbarn.


**Mary Eugenia Charles** FOTO: DPA

„Wir haben Beweise dafür, daß Grenada ein kubanischer Stützpunkt auf dem Weg nach Nicaragua und Südamerika werden sollte. Schriftverkehr und Einsatzpläne, die in Grenada und bei Kontaktpersonen in Dominica gefunden wurden, belegen darüber hinaus ganz eindeutig, daß unsere Insel als nächste unter kommunistische Regie gebracht werden sollte, erklärt die Premierministerin.

Im eigenen Land arbeitet die kämpferische Frau, die nach eigenem Bekunden zum Heiraten nie Zeit hatte und die allein lebt seit ihr Vater im letzten Jahr mit 107 Jahren starb, ohne spürbare Opposition (18 gegen 3 Sitze im Parlament). Das befriedigt sie ebensowenig wie sie eine stärkere Gegenströmung stören würde.

„Unser Land war auf die Unabhängigkeit – was ja auch wirtschaftliche Unabhängigkeit bedeutete – nicht genügend vorbereitet. Das holen wir jetzt nach. In den Schulen und in Rundfunksendungen sagen wir den Leuten, was nötig ist. Alles, wirklich alles, muß von Grund auf aufgebaut werden."

Vieles im Wirtschaftsbereich wird im kleinen Dominica, der Insel der Regenbögen, auf dem kleinen Dienstweg geregelt. Ein Beispiel: John Keller, Inhaber des Touristik-Giganten Caribian Holidays und Mitglied der von Reagan eingesetzten Wirtschaftskommission für Grenada kommt unangemeldet herein, begrüßt Madame mit Küßchen. „My dear, ich hab da ein Problem ..." Die Premierministerin gibt schnell ihre Zustimmung und staatlichen Segen. Doch sie tut nichts umsonst. Sie rechnet alles auf für ihr Land und die 91 000 Einwohner. „John, wir müssen neue Schulen bauen" – oder die Klinik, die Keller gebaut hat, braucht einen neuen OP-Saal. Bald sollen auch die Straßen der Insel ausgebessert werden. Finanziert von der Handvoll kapitalkräftiger Privatleute. „My dear", sagt Keller, „es ist schön, Dein Freund zu sein, aber nicht billig."

# Diplomatisches Spiel mit Kunst und Sport

**Langsam, aber deutlich nähern sich Brasilien und Kuba wieder einander an – wenngleich die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen nicht unmittelbar vor der Tür steht. Bemerkenswert an dieser Entwicklung ist, daß Brasilia parallel auch engere Bande zu Washington knüpft.**

Von MANFRED NEUBER

Als 1964 die Militärs die Macht in Brasilia übernahmen, war ihre erste Entscheidung in der Außenpolitik: Abbruch aller Beziehungen zu Havana. Das Castro-Regime wurde für subversive Umtriebe in Brasilien verantwortlich gemacht. Ein Jahr später, als die USA im Bürgerkrieg der Dominikanischen Republik militärisch intervenierten, entsandte Brasilien als einzige größere Nation in Lateinamerika ein starkes Truppen-Kontingent nach Santo Domingo.

„Was gut ist für die USA, ist auch gut für Brasilien", sagte damals Außenminister Juraci Magalhães. Und Washington blieb seinen Dank nicht schuldig. Die Nixon-Administration erklärte Brasilien zur Führungsmacht in Südamerika.

Aus Enttäuschung über die amerikanische Atom- und Handelspolitik schlug Brasilien dann eigene Wege ein und kündigte das Militärabkommen mit den USA. Erst der Besuch Präsident Ronald Reagans vor einem Jahr behob die Verstimmung. Und in diesen Tagen hat US-Außenminister George Shultz in Brasilia mit einer Reihe von Vereinbarungen über die militärische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit die Annäherung besiegelt.

Unterdessen haben aber auch Kuba und Brasilien in jüngster Zeit zahlreiche Kontakte angebahnt. Beim Besuch einer Gruppe brasilianischer Parlamentarier in Havana sagte deren Sprecher: „Nächstes Jahr, wenn eine neue Regierung in Brasilien antritt, werden die diplomatischen Beziehungen zu Kuba wiederhergestellt werden."

Das mag eine voreilige Prognose sein – immer mehr Schritte führen jedoch in diese Richtung. So arbeiten beide Staaten neuerdings beim internationalen Zucker-Abkommen zusammen und tauschen Erfahrungen beim Kaffee-Anbau und der Alkohol-Erzeugung aus Zuckerrohr als Treibstoff aus.

Der Reigen gegenseitiger Besuche wurde von der kubanischen Ballerina Alicia Alonso eingeleitet, die in Brasilien ebenso gefeiert wurde wie der kubanische Komponist und Sänger Pablo Milanés. Mit Pop-Musik aus Brasilien hatte der Komponist Chico Buarque seinerseits großen Erfolg auf Kuba.

*Zwei führende Fernsehstars vom* Zuckerhut, Regina Duarte und Daniel Filho, setzten dieser Tage den kulturellen Austausch mit der Zuckerinsel fort. Beim letzten Filmfestival in Havana fanden brasilianische Beiträge große Beachtung. Der Film „Inocencia" wurde mit dem zweiten Preis ausgezeichnet.

Ohne viel Aufsehen nehmen seit geraumer Zeit kubanische Sportler an Wettkämpfen in Brasilien teil, und der brasilianische Schwimmer Ricardo Prado wurde von der kubanischen Nachrichtenagentur Prensa Latina zum „Sportler des Jahres" in Lateinamerika gekürt.

Die Wende markierte ein Fernseh-Interview mit Fidel Castro, das ein basilianischer Sender ausstrahlen durfte. Brasilianische Medien wurden jetzt erstmals zum 25. Jahrestag der Revolution nach Havana eingeladen, und die Prensa Latina will ein Büro in Brasilien eröffnen.

Bei aller Entspannung im Verhältnis zwischen Brasilia und Havana vergessen die brasilianischen Militärs *aber nicht die revolutionären Ziele* Castros. Deshalb reagierte Brasilien mit einer diplomatischen Offensive der Umarmung durch Hilfeangebote, als im Nachbarland Surinam ein Sprungbrett Havanas entstand. Nach der Grenada-Operation wurden die Kubaner aus Surinam vorsorglich nach Hause geschickt.

# Ein Ehrenamt für Jo Leinen oder Wie die SPD grüne Stimmen holen will

**Sozialdemokraten mit „Regierungsprogramm“ und Schattenkabinett in den Wahlkampf**

Von XING-HU KUO

Für eine Überraschung sorgte die baden-württembergische SPD vor einigen Tagen: Sie nominierte neben anderen verdienstvollen Mandatsträgern das „einfache" Mitglied Jo Leinen für die Bundesversammlung. Dieses Gremium wird am 23. Mai dieses Jahres den neuen Bundespräsidenten, voraussichtlich Richard von Weizsäcker (CDU), wählen. Der Jurist Leinen hat als Sprecher des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) mit seiner Aufforderung, diese Republik „unregierbar" zu machen, auch in den eigenen Reihen für Unmut gesorgt.

Die jetzige Aufwertung in das Ehrenamt ist Bestandteil der neuen Strategie der Südwest-SPD, sich zu einer „Volkspartei", und zwar zu einer „linken", zu entwickeln. Leinens Einfluß bei den grünen Wählern ist natürlich der Stuttgarter Parteizentrale bekannt, und im Ringen um jede Wählerstimme (die SPD bekam bei der letzten Landtagswahl 1980 etwas mehr als 32 Prozent der Stimmen) läßt sie sich neues einfallen.

Dies wurde auch im „Regierungsprogramm" der Partei deutlich, das von einem „Schattenkabinett" auf dem Sindelfinger Landesparteitag am 21. Januar ohne große Debatten einmütig verabschiedet wurde. Angesichts der Chancenlosigkeit der SPD in diesem Bundesland, Regierungsverantwortung ausüben zu können, waren die Titulierungen auf manchen Parteitagsdokumenten fast „Amtsanmaßungen", wie ein Beobachter ironisch meinte. So wird der 50jährige Partei- und Fraktionschef Ulrich Lang, Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 25. März, mehrmals als „Der Ministerpräsident", natürlich ohne Anführungszeichen, bezeichnet. Ebenso seine neun „Minister".

Immerhin ist es dem Lehrer aus dem Hohenlohischen nach den inneren Flügelkämpfen der Ära Erhard Eppler gelungen, die Einheit in der Partei wiederherzustellen. Auch die früheren Spannungen zwischen Stuttgart und Bonn (Eppler kontra Helmut Schmidt) gibt es nicht mehr, zumal jetzt die Bundespartei auf der Oppositionsbank sitzt.




Personell und inhaltlich bietet sich die Südwest-SPD den Wählern jetzt in „erneuerter" Gestalt an. Das verabschiedete „Regierungsprgromamm" weist mehr Anpassungswille an die Realitäten des Südwestens auf und läßt einen schwachen Optimismus für die Partei zu, wie gewisse Erfolge bei OB-Wahlen im vergangenen Jahr andeuten.

Im Gegensatz zu beträchtlichen Teilen der Bundespartei setzen die Genossen im Südwesten nunmehr – auch eine Abkehr von früheren Positionen – auf eine Investititionspolitik statt Beschäftigungsprogramme. Sie bejahen auch im Prinzip die neuen Technologien, befürworten einen „Strunkturwandel, Mittelstands- und Exportförderung. Hier sind Parallelen zu Späthschen Ideen unverkennbar.

Die Südwest-SPD hofft, nach dem guten Abschneiden der Partei in Bremen und Hessen 1983 und dank des neuen Images auch in diesem Bundesland „einige Prozente" mehr zu bekommen: 35 Prozent wären bereits fast ein Traumziel. Realistisch erklärte Lang:

„Wir sind nicht größenwahnsinnig, wir verteilen auch kein Fell, bevor der Bär erlegt ist." Er bekräftigte, daß der „Hauptgegner" im Wahlkampf die CDU sei, deren absolute Mehrheit gebrochen werden müsse. Die FDP bezeichnete Lang als „Taschenbuchausgabe der CDU", und die Grünen hält er für „überflüssig". Deshalb sei die SPD die „einzige Alternative", darum habe die SPD einen Anspruch auf Regierungsverantwortung, auch wenn er nicht gleich nach dem 25. März zu verwirklichen sei.

Mut und Zuversicht erhielten die Genossen auf ihrem etwas lustlosen Parteitag vom Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi. Die Landtagswahl in Baden-Württemberg solle zeigen, daß die Bundesrepublik „nicht auf dem Wege ist, eine schwarze Republik zu werden". Es lohne sich, „um jede einzelne Stimme zu kämpfen". Man dürfe nicht resignieren in der Annahme, daß Späth den Sieg schon in der Tasche habe".

Späth selber, der an die absolute Mehrheit der CDU bei der Wahl glaubt, hat inzwischen doch Überlegungen bekanntgegeben, für den Fall, daß wider Erwarten diese Zuversicht nicht erfüllt wird. In einem solchen Fall werde er es sich „gründlich überlegen", ob er bereit wäre, Regierungschef einer Koalition mit der FDP zu werden. Beobachter in Stuttagart bewerten diese „Drohung" als Anzeichen dafür, daß Späth mittelfristig nach „höheren" Aufgaben Ausschau hält.

# Trägt die FDP den Haushalt Börners mit? Fraktion geht in Klausur

dpa/DW. **Wiesbaden**

Die Landtagsfraktion der hessischen FDP wird sich in einer Klausurtagung am nächsten Dienstag in Wiesbaden auch mit dem Vorschlag ihres Vorsitzenden Wolfgang Gerhardt befassen, einen von der geschäftsführenden SPD-Landesregierung vorgelegten Landeshaushalt für 1984 unter Umständen mitzutragen. Das kündigte der Pressesprecher der Freidemokraten, Frank Methlow, in der Landeshauptstadt an.

Gerhardt, der auch FDP-Landesvorsitzender ist, hatte in einem Zeitungsinterview jede Beteiligung seiner Partei an einer von den Sozialdemokraten geführten Regierung ausgeschlossen. Die Bereitschaft der Freien Demokraten zur Verabschiedung des diesjährigen Etats gelte nur für den Fall, daß die Sozialdemokraten keinen von den Grünen oder ihren Vorstellungen geprägten Haushaltsentwurf vorlegen.

SPD und Grüne verhandeln derzeit über Möglichkeiten längerfristiger Zusammenarbeit auf der Grundlage des Etats 1984. Beide Parteien hatten im Januar gegen den Willen von CDU und FDP nachträglich den Haushalt 1983 verabschiedet.

Die Freien Demokraten hatten im Zusammenhang mit dem Etat des vergangenen Jahres der SPD einen Teilhaushalt angeboten, der jedoch von den Sozialdemokraten abgelehnt wurde.

Im Wiesbadener Landtag besitzt keine Partei eine regierungsfähige Mehrheit. In Hessen amtiert entsprechend der Verfassung ein SPD-Minderheitskabinett von Ministerpräsident Holger Börner nur geschäftsführend.

In ihren Verhandlungen mit den Grünen strebt die SPD die Duldung einer sozialdemokratischen Landesregierung an. Im Gegensatz zur FDP ist die CDU zur Beratung und Verabschiedung eines SPD-Haushalts nur unter der Bedingung bereit, daß sie an der Landesregierung beteiligt wird.

# Mit dem Nachfolger Girgensohns steht die GEW auf Kriegsfuß

**Kultusminister Schwier will Lehrergehälter kürzen, um neue Stellen zu schaffen**

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Die Überlegungen des nordrhein-westfälischen Kultusministers Hans Schwier sind so neu zwar nicht, aber sie sind es wert, von allen Beteiligten noch einmal durchdacht zu werden: Schwier möchte die Lehrergehälter um vier Prozent kürzen, um mit dem dadurch gesparten Geld neue Stellen zu schaffen. Für diesen Plan sprechen eine Reihe von Gründen:

Vordringlich will Schwier nicht in die vertrackte Situation kommen, in den kommenden Jahren überhaupt keine Lehrer mehr einstellen zu können – und diese Gefahr droht in zunehmenden Maße. Er weiß aber auch, daß die Folge eines Einstellungsstopps zu einer Überalterung der Kollegien führen wird. Und dies bedeute gleichzeitig ein Altern der Schule, sagt er. Sein besonderes Augenmerk richtet er dabei auf die Mängelfächer, in denen er junge Lehrer einstellen möchte. Der zweite Schritt Schwiers: Er möchte die Pflichtstundenzahl um eine Stunde herabsetzen. Sein Resümee: „Wer in einem gut gepolsterten Boot sitzt, kann durchaus ein Opfer bringen."

## Heftige Angriffe

Es wundert niemand, daß der Nachfolger Girgensohns mit seinen Vorstellungen vor allem im eigenen Lager nicht nur Unruhe, sondern Unmut, ja heftige Angriffe hervorrief. Dabei war er gewarnt. Denn schon die Januar-Ausgabe der GEW-Zeitschrift „NDS" gab den Kurs der linkslastigen Lehrer an: Dort hieß es, Ministerpräsident Johannes Rau (der schon vor zwei Jahren die Forderung nach Einkommenskürzungen bei Beamten unvorsichtig laut geäußert hatte und dafür heftige Prügel bezog) sei führend „im Einkommensklau". Das, was seine Landesregierung bei der Lehrerbesoldung anstrebe, sei „eine Unverschämtheit" und „eine Bankrotterklärung für sozialdemokratische Arbeitnehmer- und Bildungspolitik".

Dem GEW-Mitglied Rau schrieb NDS als Widmung ins Regierungshandbuch: „Die GEW wird bei den nächsten Wahlen an diese Politik erinnern". Das klingt zwar nebulös, ist aber doch als offene Kampfansage der Gewerkschaft gegen das Kabinett Rau zu werten, das sich unter anderem nur zögerlich und unter Drängen des linken Parteiflügels zum Bildungsurlaubsgesetz jetzt erst durchgerungen hat und es verschämt nach außen etikettiert: „Arbeitnehmer-Weiterbildungs-Gesetz." Aber auch in anderen Fragen nutze die Landesregierung nicht die Gunst der Stunde, zumindest noch bis 1985 sich auf eine absolute Mehrheit stützen zu können, klagen die Linken in der SPD.

So vermißten sie bislang eine eindeutige Stellungnahme zu der Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, wie sie aus dem Ollenhauer-Haus in Bonn schon längst unterstützt wird. Rau dagegen und auch die meisten seiner Kabinettsmitglieder betonen zwar die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung, legen sich aber weiter nicht fest. In der Öffentlichkeit wagte sich nun Schwier hervor und stemmte sich mit Macht gegen das Ansinnen der Lehrer: Eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sei für diese Berufssparte völlig „illusorisch". Denn deren Situation unterscheide sich nach Einkommen und Art der Arbeitsbelastung „ganz erheblich von der eines Metallarbeiters". Und dabei hätte Schwier auch noch den Vorteil des Pädagogen anführen können – nämlich die Unkündbarkeit. Das unterließ er.

## Konkrete Schritte folgen

Solche Töne hat die GEW von einem sozialdemokratischen Kultusminister lange nicht mehr gehört.

Vielleicht ist auf den mutigen Schritt Schwiers zurückzuführen, daß die GEW nach ihrer kürzlichen Landesversammlung in Hagen kein Aktions-Programm für ihre Forderungen verabschiedete, sondern sich lediglich für eine „Unterstützung anderer Gewerkschaften" in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche aussprach. Die Delegierten erklärten zwar die „Arbeitszeitverkürzung im Bildungsbereich" als vordringliches Problem, aber konkrete Schritte sollen dazu noch ausgearbeitet werden. *Offensichtlich wollen die Lehrer der IG Metall nicht die Pilotfunktion nehmen*, die in den laufenden Tarifauseinandersetzungen die 35-Stunden-Woche als wichtigsten Verhandlungsgegenstand gegen den Willen der Arbeitgeber durchdrükken wollen. Dabei werde den Metallern eine „Unterstützung um jeden Preis" durch die Lehrer zuteil, erklärte der wiedergewählte GEW-Landesvorsitzende Alf Hammelrath.

# Streit um Gesetzentwurf zum Paragraph 218

**Unions-Abgeordnete wollen Abtreibung auf Krankenschein einschränken**

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zeichnet sich eine Kontroverse zwischen den 18 weiblichen Unions-Abgeordneten und 74 ihrer männlichen Kollegen ab. Die Abgeordneten fordern in einem Gesetzesentwurf, den heute der stellvertretende Fraktionschef Walter Althammer (CSU) der Öffentlichkeit vorlegen will, daß Krankenkassen künftig nicht mehr die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche „im Rahmen der Indikation der ‚sonstigen schweren Notlage' übernehmen" sollen. Insbesondere die Mitglieder der Solidargemeinschaft in der Krankenversicherung könnten „nicht gezwungen werden", ihre Beiträge dafür einsetzen zu lassen.

Weiter heißt es in dem Gruppenantrag, daß die Zunahme dieser Schwangerschaftsabbrüche die Aufwendungen der Kassen, die eine „Versicherung gegen den Krankheitsfall" seien, über Gebühr zu einem Zeitpunkt belasten, in dem den Versicherten zusätzliche Kostenbeteiligungen im Krankheitsfall abverlangt werden müßten. Schließlich weisen die Abgeordneten darauf hin, daß durch die geforderte Streichung der Kostenübernahme die Träger der sozialen Krankenversicherung jährlich um etwa 100 Millionen DM entlastet würden.

Die 18 Parlamentarierinnen erteilten diesem Vorstoß bereits ein „klare Absage". Sie wiesen darauf hin, daß in dieser Frage noch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aussteht. In einer Erklärung betonen sie weiter, daß durch eine derartige Gesetzesänderung „nicht ein einziger Schwangerschaftsabbruch verhindert, sondern höchstens die sozial schwache Frau in die Hände von Kurpfuschern getrieben" würde. Bei einer Parlaments-Beratung würden sie sich sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Bundestag gegen die Vorlage wenden.

Statt einer Gesetzesänderung fordern sie ihre Fraktion auf, unverzüglich über geeignete Hilfen für Mütter in sozialer Notlage zu beschließen. Denn, so heißt es in ihrer Stellungnahme, nur weitergehende familienpolitische Maßnahmen könnten helfen, die „erschreckend hohe Zahl" der aus sozialen Gründen vorgenommenen Abbrüche zu verringern.

In einem WELT-Gespräch meinte die CDU-Abgeordnete Ingrid Roitzsch, die Frauen brauchten eine „echte Alternative, damit sie ihre Kinder austragen können". Sie verwies auf die Stiftung „Mutter und Kind – Zum Schutz des ungeborenen Lebens", die von Juli dieses Jahres an mit 25 Millionen DM und im nächsten Jahr mit 50 Millionen DM helfen kann. Sie stimmte ihren männlichen Kollegen zwar in der Beurteilung zu, daß ein Schwangerschaftsabbruch „keine Krankheit ist". Aber, so fügte sie hinzu, „eine Geburt ist auch keine und wird von den Krankenkassen bezahlt.". Ingrid Roitzsch bezeichnete es als „unglaubliche Erniedrigung der Frauen", wenn diese künftig auf die Sozialhilfe verwiesen werden müßten.

# Grüne wollen Bastian halten

hey. **Bonn**

Die Grünen im Bundestag rechnen damit, daß ihr Abgeordneter Gert Bastian seine Drohung nicht wahrmachen wird, aus der Fraktion auszutreten.

Bastian wollte zwar am Dienstagabend seine Entscheidung noch nicht offiziell mitteilen. Nach einer Klausursitzung hieß es jedoch gestern, er werde bleiben. Ihm sei verdeutlicht worden, daß er bei seinem Ausscheiden die Grünen letztlich an den Abgrund führen würde. Es gehe um ihre Glaubwürdigkeit.

In der Klausursitzung waren Bastian, der sein Verbleiben mit der Erfüllung bestimmter Forderungen verbunden hatte, zwei neue Mitarbeiter zugesichert worden. Insgesamt, so hieß es, seien alle von ihm erwähnten Probleme lösbar.

Bei einer „werdenden Partei", sagte der Parlamentarische Geschäftsführer Joschka Fischer, gebe dies aber nicht „im Schnellgang". Jetzt sollen erkannte Fehler in einer Strukturdebatte abgestellt werden.

In der Klausur wurde auch über Forderungen des Abgeordneten Wolfgang Ehmke beraten, der eine fachübergreifende Arbeitsgruppe für die Felder Umwelt und Energie verlangt. Bei einem Scheitern seiner Vorstellungen, so Ehmke gestern zur WELT, könne er „unter Umständen" seine Fraktionsmitgliedschaft überdenken.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

# Vogel fordert eine neue Strategie

**SPD-Fraktionsvorsitzender setzt sich in Washington für Stationierungspause in Europa ein**

DW. **Washington**

Eine neue und „konstruktive Debatte" über die künftige militärische Strategie des atlantischen Bündnisses hat der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, in Washington gefordert.

Vor dem Club der Auslandsjournalisten in Washington setzte sich Vogel zu Beginn seiner Amerika-Reise dafür ein, in der NATO eine Strategie zu entwickeln, „die stärker als bisher das politische Ziel der Kriegsverhütung im Auge hat, den defensiven Charakter unserer Streitkräfte und ihrer Ausstattung deutlicher macht", den Gebrauch von Kernwaffen als Waffen zur Kriegsführung ausschließe und zugleich zum Ausdruck bringe, daß die nukleare Abschreckung nur noch für eine begrenzte Zeit beibehalten werden könne.

Der SPD-Politiker war zum Auftakt seines dreitägigen Besuches mit Vizepräsident Bush, dem Genfer US-Chefunterhändler Nitze und Vertretern des Außenministeriums zusammengetroffen. Als Fazit aus diesen Unterredungen sagte Vogel, er habe „Verständnis" für die Haltung der SPD gefunden, daß die Unterbrechung des Ost-West-Dialogs kein Dauerzustand bleiben könne. Allerdings habe er auf amerikanischer Seite noch keine Anzeichen für „konkrete Initiativen" zur Wiederbelebung dieses Dialogs gefunden.

Der Bonner Oppositionsführer verwies auf „Meinungsverschiedenheiten" innerhalb der NATO in der Frage, ob es unausweichlich gewesen sei, im November 1983 mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu beginnen. Differenzen sieht Vogel zugleich in der Diskussion darüber, wie lange die NATO an ihrer Strategie der nuklearen Abschreckung festhalten könne. An erster Stelle ihrer Prioritätenliste stehe für die SPD die Forderung, „das wieder abzubauen, was seit Beginn der sogenannten Modernisierungs- und Nachrüstungsrunden aufgestellt worden ist". Vogel schlug vor, im Laufe des Jahres 1984 für eine begrenzte Zeit „eine Pause in der beiderseitigen Stationierung zu vereinbaren", die genutzt werden sollte, um den Fortgang der Genfer Verhandlungen mit einem neuen Ansatz zu ermöglichen. Jetzt müsse mehr getan werden, als lediglich Gesprächsbereitschaft zu verkünden. Der SPD-Fraktionsvorsitzende wiederholte deshalb den Vorschlag, die Genfer Gespräche über die Mittelstreckenraketen (INF) mit jenen über die Interkontinentalraketen (START) zusammenzulegen.

Für einen neuen weltweiten Marschallplan, *ein Entschuldungs- und* Hilfsprojekt für die Dritte Welt, setzte sich Vogel ebenfalls ein. Ein solcher Plan könnte helfen, „die gewaltigen Bedürfnisse der Dritten Welt zu befriedigen", brachliegende Kapazitäten der Industrienationen zu nutzen und deren Arbeitslosen wieder Beschäftigung zu geben. Der SPD-Fraktionsvorsitzende sagte: „Schon wenige Prozente aus Rüstungsausgaben der NATO und des Warschauer Paktes würden ausreichen, um einen solchen Plan zu finanzieren."

# Unmut aus der FDP über den Kanzler

**Hamm-Brücher kritisiert Kohls Auftritt in Israel und die Entscheidung über Wörner**

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Heftige Kritik hat die FDP-Bundestagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher an Bundeskanzler Helmut Kohl und Verteidigungsminister Manfred Wörner geäußert. In einer Fraktionssitzung am Dienstag bemängelte sie das Verhalten des Kanzlers während dessen Israel-Besuch. Sie meinte, Kohl habe bei seinen Auftritten in Israel die historische Schuld der Deutschen gegenüber dem jüdischen Volk zu wenig zum Ausdruck gebracht. Diesen Vorwurf verband sie nach Angaben von Fraktionsmitgliedern mit der Bemerkung, der Kanzler sei bei seinem Besuch nur „grinsend" herumgelaufen.

In diesem Zusammenhang wandte sich die FDP-Politikerin gegen die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung und insbesondere gegen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien. Insgesamt bemängelte sie – in Übereinstimmung mit ihrem Fraktionskollegen Hirsch – die Nahost-Politik der Bundesregierung.

Mit ihren Vorhaltungen stieß Hildegard Hamm-Brücher vor allem beim Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick, dessen Stellvertreter Hans-Günter Hoppe und bei Staatsminister Jürgen Möllemann auf energischen Widerspruch. Ihr wurde entgegengehalten, daß die Bundesregierung für die Rüstungsexporte allein zuständig sei und die dafür erforderlichen Richtlinien auch unter Mitwirkung der FDP-Fraktion zustande gekommen seien. Gleichzeitig wurde von der Fraktionsspitze ausdrücklich gewürdigt, daß der Kanzler sowohl in Israel als auch zuvor in Saudi-Arabien den selben Standpunkt in dieser Frage vertreten habe. Dabei wurde hervorgehoben, daß Kohl, anders als sein Vorgänger Helmut Schmidt, Lieferungen des Kampfpanzers Leopard 2 an Riad eine klare Absage erteilt habe.

Vor dieser Nahost-Debatte hatte Hildegard Hamm-Brücher, die in der Fraktion inzwischen ironisch als „selbsternanntes Gewissen der FDP" bezeichnet wird, über zehn Minuten hinweg ein Manuskript mit massiven Vorwürfen gegen Wörner wegen dessen Verhalten in der Affäre um General Günter Kießling verlesen. So sprach sie zum Beispiel von einem Verlust an demokratischer Glaubwürdigkeit und kündigte an, daß sie bei einer eventuellen Abstimmung über Wörner im Bundestag nicht für dessen Verbleiben im Amt stimmen werde.

# Von Brauchitsch: SPD übte Druck aus

**„Zahlungen für Notwehr gehalten“ / Flick-Ausschuß setzt Vernehmungen fort**

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Die Zahlungen des Flick-Konzerns unter anderem an den früheren SPD-Schatzmeister Alfred Nau im Zusammenhang mit der steuerbegünstigten Wiederanlage des Erlöses aus dem Verkauf des Daimler-Benz-Aktienpakets hat der damalige Manager des Düsseldorfer Unternehmens, Eberhard von Brauchitsch, „für Notwehr gehalten". Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Affäre betonte Brauchitsch auch gestern mehrfach, es sei darum gegangen, politischen Druck abzuwehren. Insbesondere von sozialdemokratischer Seite sei massiv versucht worden, *die* rechtmäßige Anwendung des Einkommenssteuerparagraphen 6 b und des Paragraphen 4 des Auslandsinvestitionsanlagegesetzes für den Konzern zu verhindern.

Brauchitsch blieb auch bei seiner dritten Vernehmung als Zeuge vor dem Ausschuß konsequent bei der schon bei den ersten beiden Befragungen eingeschlagenen Linie. So verwies er zum Beispiel auf die Frage des FDP-Abgeordneten Gerhart Rudolf Baum nach Differenzen zwischen einer hand- und einer maschinengeschriebenen Spendenliste auf das zu erwartende Gerichtsverfahren, bei dem es um den Vorwurf der Bestechung geht. Und zur Frage der Parteienfinanzierung betonte er auch gestern, daß der Konzern seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland die demokratischen Parteien mit Geldmitteln gefördert habe. Aber: „Kein Amtsträger" habe „zu irgendeiner Zeit von Flick eine Mark erhalten".

Zu seinem Ausscheiden als persönlich haftender Gesellschafter des Konzerns zum 31. Dezember 1982 verwies er auf eine Erklärung von Friedrich Karl Flick, nach der dieser Schritt nicht im Zusammenhang „mit dieser Sache" gestanden habe. Man habe sich für die Zukunft Loyalität versichert. Deshalb antwortete er auf die Frage, warum Flick in einem Brief an das Bundeswirtschaftsministerium vom 30. November 1982 an ihm Kritik geübt hätte, mit der kurzen Antwort: „Ich hätte es gern gewußt."

Zu Beginn der mehr als dreistündigen Vernehmung hätte er sich in einer dreiseitigen Erklärung scharf gegen Attacken aus der SPD gewehrt. Sie wolle „die Wahrheit dort nicht gelten lassen, wo sie ihnen unbequem erscheint".

# Im Fall RFE setzte sich Moskau im IOK durch

**Stimmten auch die Deutschen gegen den US-Sender?**

CARL G. STRÖHM, Sarajevo

Der Entzug der Akkreditierung für die Berichterstatter des amerikanischen Rundfunksenders „Radio Freies Europa – Radio Liberty" (RFE-RL) bei den Olympischen Winterspielen in Sarajevo ist nicht auf jugoslawische Aktivitäten zurückzuführen. Obwohl Jugoslawien ein kommunistisches, wenn auch nicht zum Ostblock gehörendes Land ist, haben die jugoslawischen Behörden den Journalisten und Reportern der in München stationierten und in den Sprachen Osteuropas und der Sowjetunion sendenden Rundfunkanstalt bereits bei früheren Anlässen anstandslos die Akkreditierung ermöglicht.

So war RFE-RL mit akkreditierten Korrespondenten beim letzten jugoslawischen Parteikongreß ebenso vertreten wie bei der Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz. Auch diesmal ließen die Jugoslawen die Journalisten aus München ohne Schwierigkeiten einreisen und erteilten ihnen die Akkreditierung.

Erst ein Protest des Olympischen Komitees der Sowjetunion beim Internationalen Olympischen Komitee führte dazu, daß der „Fall RFE-RL" auf internationaler Ebene behandelt wurde. *Die Sowjets richteten gegen* den Sender die übliche Beschuldigung, er sei „propagandistisch", antisowjetisch, antisozialistisch, kurzum: Er störe durch Politisierung und Propaganda die olympische Harmonie.

So waren es nicht etwa die jugoslawischen kommunistischen Gastgeber, sondern das Internationale Olympische Komitee (IOK) mit seinen zumeist westlich-demokratischen Vertretern, das – auf sowjetischen Druck – den Beschluß faßte, den RFE-Reportern die Akkreditierung zu entziehen.

Der Grund der sowjetischen Intervention ist klar: Moskau fürchtet, RFE-Reporter, die der osteuropäischen Sprachen oder des Russischen mächtig sind, könnten Ostblock-Sportler interviewen oder Eindrücke aus den östlichen Sportler-Quartieren mitbekommen, die für die Machthaber peinlich sind (zumal dann, wenn das alles über die Münchner Ätherwellen nach Osteuropa gesendet wird und dort Millionen von Hörern findet).

Bei ihren Bemühungen sind den Sowjets offenbar westliche IOC-Vertreter – teils aus Angst, teils aus Unkenntnis – entgegengekommen. Einen besonderen Schock hat in amerikanischen Kreisen die Tatsache ausgelöst, daß der Vertreter der USA in der Exekutive des IOC, Julian Roosevelt (Sproß der Familie des einstigen US-Präsidenten Theodore Roosevelt), gegen den eigenen amerikanischen Sender gestimmt hat. Ähnliches vermutet man auch von den IOC-Vertretern der Bundesrepublik.

Bei den Winterspielen in Innsbruck hatte es bereits einmal einen Ausschluß für RFE gegeben. Damals aber war das Olympische Komitee formal im Recht. Der Sender hatte Anmeldefristen versäumt. Diesmal waren die Formalitäten in Ordnung.

# Madrid zeigt jetzt Präferenzen für französische Waffensysteme

**Paris macht dafür Zugeständnisse in Fragen ETA und EG / Verpaßt Bonn eine Chance?**

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die spanische Regierung zeigt sich entschlossen, den 1982 vollzogenen NATO-Beitritt nicht mehr durch eine Volksabstimmung in Frage stellen zu lassen. In einer jetzt veröffentlichten Dokumentation des spanischen Verteidigungsministeriums heißt es: „Die Situation in Europa wie in der ganzen Welt ist nicht dazu angetan, daß Spanien ein Referendum (über die NATO) abhält, ohne daß dadurch die westliche Verteidigung nachteilig beeinflußt würde." Im übrigen sei nicht damit zu rechnen, daß die Staaten Westeuropas bereit seien, das multilaterale Bündnis in bezug auf Spanien durch ein Netz bilateraler Abkommen zu ersetzen.

Während des Wahlkampfes im Jahre 1982 hatte die Sozialistische Partei – damals in der Opposition – über den von der bürgerlichen Regierung Calvo Sotelo vollzogenen NATO-Beitritt eine Volksabstimmung angekündigt. An diesem Referendum halten jetzt aber nur noch der linke Parteiflügel der sozialistischen Regierungspartei und die Kommunisten fest. Als Regierungschef erkannte der einstige Oppositionsführer Felipe Gonzalez schon sehr bald die Gefahren, die mit einem Referendum nicht nur für das Ansehen der NATO und damit der westlichen Gemeinschaft insgesamt verbunden sein würden, sondern auch für Spanien selbst. Da die Nachrichtengebung des spanischen Fernsehens als dem wichtigsten Kommunikationsmittel dem Einfluß der Regierung in dieser Frage entglitten ist, würde eine Volksbefragung zur Zeit jedenfalls ein negatives Ergebnis bringen.

Die Nachrichtendiktion, vor allem aber längere Interviews mit sowjetisch orientierten Politikern wie dem kubanischen Diktator Fidel Castro, der dem spanischen Brudervolk riet, aus der NATO auszutreten, überwiegen bei weitem gegenüber den NATO-bejahenden Sendungen. Eine Volksbefragung würde im übrigen eine Spaltung der Regierungspartei erkennen lassen. Der linke Flügel würde zusammen mit den Kommunisten stimmen und das Regierungslager der Partei zusammen mit den bürgerlichen Gruppen.

Die Veröffentlichung der NATO-Dokumentation des Madrider Verteidigungsministeriums fällt zeitlich mit einem Bekenntnis des französischen Staatspräsidenten Mitterrand zum spanischen EG-Beitritt zusammen. Frankreich machte im Interesse seiner Landwirtschaft bisher die größten Schwierigkeiten. Mitterrands Erklärung aber wird in Madrid zusammen mit der Hilfe betrachtet, die die Pariser Regierung seit Ende letzten Jahres den Spaniern bei der Bekämpfung des ETA-Terrorismus im Baskenland gewährt. Seitdem können sich die ETA-Kommandos nicht mehr in ihren südfranzösischen Schlupfwinkeln, wo sie ihre Terroraktionen in Spanien ungestört vorbereiteten, sicher fühlen.

Für beides, das EG-Versprechen und die Bekämpfung des Terrorismus, scheint Frankreich jedoch Gegenleistungen zu erwarten. So macht sich in Madrid eine verstärkte Aktivität der französischen Rüstungsindustrie bemerkbar. Die Franzosen hoffen, in einem milliardenschweren Rüstungspaket ihren AMX-30-Nachfolgepanzer (den es noch gar nicht gibt), den Hubschrauber Puma und die Luftabwehrrakete Roland an die spanischen Streitkräfte zu verkaufen.

Wegen technischer Schwierigkeiten, vor allem wegen häufiger Getriebeschäden, sah sich die spanische Panzertruppe, die zur Zeit mit dem AMX-30 ausgerüstet ist, seit Jahren jedoch nach einem anderen Gerät um. So liefen die Vorverhandlungen mit der deutschen Firma Krauss Maffei über Lieferung und Lizenzbau des Leopard II auf einem recht günstigen Gleis. Schon 1982 erklärte der Chef der Panzerfabrik „Santa Barbara" der WELT: „Wir kaufen und bauen den Leo II." Die jüngsten Einlenkungen Frankreichs lassen jedoch befürchten, daß eine politische Entscheidung diese Entwicklung wieder bremsen kann.

Natürlich nutzen die Franzosen auch die Schwierigkeiten im deutschen Verteidigungsministerium zu massiven Vorstößen in Madrid. Wenn jetzt am 24. Februar der deutsche Verteidigungsminister Wörner nach Spanien kommt, wird er von Fachleuten begleitet, die das Panzergespräch vorantreiben können. Wörners Besuch dürfte in dieser Hinsicht jedoch kaum Erfolg haben, wenn er nicht mit dem ganzen politischen Gewicht der Bonner Regierung kommt.

# Sarajevo, Hauptstadt der bosnischen Muslims

**Auch in Jugoslawien ist das Erwachen des Islam zu spüren**

CARL G. STRÖHM, Sarajevo

Über die Altstadt von Sarajevo ragen wie spitze Bleistifte die Minaretts in den Himmel. Unter dem kommunistischen Regime gibt es in der Stadt immer noch (oder schon wieder) über achtzig islamische Moscheen. Sarajevo ist das geistliche Zentrum für die jugoslawischen Moslems: der zahlenstärksten mohammedanischen Bevölkerungsgruppe auf dem europäischen Kontinent. Hier ist der Sitz des obersten islamischen Geistlichen für Jugoslawien – des „Reis-ul-ulema" Hadschi Naim efendi Hadziabdic. Es gibt in Sarajevo eine islamische theologische Fakultät und eine geistliche Schule (Medresse). Hier erscheint die regligiöse islamische Zeitung „Preporod" in serbokroatischer Sprache. Der Name des Blattes, das in Weiß und Grün – der Farbe des Propheten Mohammed – aufgemacht ist, stellt ein Programm dar: Er bedeutet „Wiedergeburt", Renaissance.

Tatsächlich ist in Bosnien, darüber hinaus aber in ganz Jugoslawien so etwas wie eine Wiedergeburt des Islam festzustellen. Die bosnischen und jugoslawischen Muslime sind wie durch kommunizierende Röhren mit der arabisch-islamischen Welt verbunden. 200 junge jugoslawische Moslems studieren zur Zeit an Hochschulen des arabischen Raumes. Viele Hunderte von jugoslawischen Mohammedanern pilgern jährlich nach Mekka. Von dort kommen sie mit neuem islamischen Selbstbewußtsein zurück, fasziniert vom islamischen Fundamentalismus eines Khomeini oder vom islamischen Sozialismus eines Khadhafi.

Eine Gruppe bosnischer Moslems – darunter vor allem junge Leute – wurde erst im vergangenen Jahr von einem Gericht in Sarajevo zu harten, langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie angeblich Bosnien in eine *„Islamische Republik"* verwandeln, den „gottlosen Kommunismus" stürzen wollten. Seitdem ist das Verhältnis zwischen dem bosnischen Islam und der kommunistischen Staatsgewalt, die noch zu Lebzeiten Titos „ihre" Moslems gerne als Paradebeispiel gegenüber den Arabern ins Feld führte, nicht mehr ganz unproblematisch.

Einer der höchsten geistlichen Würdenträger des jugoslawischen Islam, Professor Ahmed Smailovic, Vorsitzender des Ältestenrats der islamischen Glaubensgemeinschaft für Bosnien, Kroatien und Slowenien, außerdem Mitglied des islamischen Weltrates in Mekka, ist äußerst zurückhaltend, als wir ihn nach den Prozessen gegen die islamischen Fundamentalisten und nach den Finanzquellen der Muslims fragen. Er legt offensichtlich Wert darauf, den in Jugoslawien weitverbreiteten Gerüchten entgegenzutreten, wonach die islamische Glaubensgemeinschaft von Arabien finanziert werde. Im Prinzip lebe die islamische Gemeinschaft hierzulande von den Spenden ihrer Gläubigen. Nach dem Zweiten Weltkrieg seien in Jugoslawien 700 verschiedene religiöse Objekte – meist Moscheen oder religiöse Schulen – errichtet worden. Allein in Sarajevo würden gegenwärtig islamische Bauwerke für vier Millionen US-Dollar restauriert oder neu errichtet. Von dieser Summe hätten die Saudis *und konservativen arabischen* Staaten, Libyen und der Sudan, 100 000 zur Verfügung gestellt. Allerdings spiele beim Bau einer neuen Moschee in der kroatischen Landeshauptstadt Zagreb arabisches Geld eine größere Rolle ...

Die Zahl der Moslems in Jugoslawien beziffert Smailovic mit 4 bis 4,5 Millionen Menschen. Wie viele davon wirklich gläubig seien, könne er nicht sagen. Doch sei auch in Jugoslawien, ebenso wie in der ganzen Welt, ein religiöser Aufschwung festzustellen. Smailovic: „Es scheint, daß die Ideologien nicht fähig sind, den Menschen das zu geben, was das Herz verlangt."

# Bischof Kruse rechtfertigt EKD-Gespräch

epd/DW. Berlin/Bonn

Nach dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat nun auch der Berliner Bischof Martin Kruse das Treffen von Vertretern des EKD-Rats mit der südafrikanischen Unabhängigkeitsorganisation „Afrikanischer Nationalkongreß" (ANC) verteidigt. Kruse, der an dem Treffen teilgenommen hatte, erklärte im „Berliner Sonntagsblatt", die Gespräche seien auch um der vielen Christen im ANC willen „nützlich" gewesen. Er bezeichnete eine Wiederzulassung des ANC als politische Partei in Südafrika als die beste Lösung, um eine gemeinsame friedliche Zukunft aller Südafrikaner zu ermöglichen. Der ANC war 1960 als Partei verboten worden.

Allerdings, so Kruse, sei die Legalisierung des Nationalkongresses ein utopischer Gedanke. Denn wer in Südafrika gegen die Apartheid auftrete – wie beispielsweise der Südafrikanische Kirchenrat oder die Katholische Bischofskonferenz –, der stehe im Verdacht des Umsturzes. Kruse ist Vorsitzender der vom Evangelischen Missionswerk und der EKD getragenen Evangelischen Kommission für das südliche Afrika.

Der Bischof wies darauf hin, daß der ANC 1912 von Schwarzen als politische Organisation mit dem Ziel gegründet worden sei, sich mit friedlichen Mitteln für die Gleichberechtigung aller Rassen einzusetzen. Erst, als die Apartheid-Politik schärfere Formen angenommen habe – also fast nach einem halben Jahrhundert –, habe der Kongreß den Weg in Illegalität und Emigration gewählt und schließe Gewaltanwendung und Anschläge nicht mehr aus.

Das Treffen des Rates der EKD mit dem ANC war besonders von evangelikalen Kreisen scharf verurteilt worden. Die Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland hat angekündigt, für die Opfer des auch vom ANC im südlichen Afrika verursachten Terrorismus 10 000 Mark zur Verfügung zu stellen.

# Amal und die Macht der Schiiten in Libanon

**Khomeinis Schatten liegt auch über Nabih Berri**

PETER M. RANKE, Beirut

Der Ausbruch der schiitischen Amal-Miliz aus den südlichen Vorstädten und die Zerschlagung der Armee in West-Beirut ist das Werk *eines Mannes, der erst seit vier Jahren* eine politische Rolle spielt. Nabih Berri (46) ist ein Beiruter Rechtsanwalt und seit April 1980 Führer der Amal-Partei (Hoffnung) mit ihrer starken Miliz.

Nabih Berri, der eine amerikanische Frau und Familie in Detroit hat, gilt nicht als Radikaler, sondern als geschickter Taktiker. Er will Amal als unabhängige Kraft erhalten und fordert jetzt die Beteiligung an der Macht in Beirut. Mit dem Drusen-Chef Dschumblatt hatte sich Berri im vorigen Sommer verbündet, weil beide, *wie auch die syrische Regierung,* das libanesische Abkommen mit Israel vom 17. Mai ablehnen und Südlibanon „befreien" wollen.

Nach dem Ziel West-Beirut und Reformen zugunsten der größten moslemischen Religionsgruppe, den etwa 800 000 Schiiten in Libanon, will Berri mit seiner Miliz den Guerrilla-Krieg gegen die Israelis im Süden weiter anheizen. Dabei verhält er sich durchaus reserviert gegenüber Hilfszusagen der Syrer und Palästinenser. Das hat gute Gründe.

Berri ist kein Ayatollah wie Khomeini in Iran oder sein Vorgänger Imam Mussa Sadr in Libanon, der Ende August 1978 in Libyen verschwand. Daher steht Berri mit seiner Amal ständig unter dem Druck der radikalen schiitischen Geistlichkeit, einen Religionskampf für die „Islamische Revolution" zu führen. *Die „Khomeinisten" haben bei Amal* ohnehin an Einfluß zugenommen, seitdem persische Revolutionswächter in der Bekaa Milizionäre der Amal ausbilden und Terrorkommandos und Geheimparteien wie „Hizbollah" unter den Scheichen Mohammed Yasbek und Hussein Fedlallah den Krieg gegen Amerikaner und andere westliche „Teufel" führen.

In Libanon würde sich ein solcher Krieg auch gegen Christen und Sunniten richten sowie gegen alle westlichen Einflüsse. Berri glaubt jedoch noch an die Erhaltung des Staates *Libanon, er fordert sogar den Präsidentenposten* für einen Schiiten. Deshalb lehnen er und die im „höheren schiitischen Rat" zusammengefaßte schiitische Geistlichkeit unter Scheich Chamseddine Bindungen an Syrien ab. Antikommunistisch wie sie sind, ist ihnen das Regime in Damaskus zu moskauhörig und zu eng mit Khadhafi befreundet, dem wahrscheinlichen Mörder von Imam Mussa Sadr.

Schließlich ist Amal von dem aus Iran stammenden Imam Mussa Sadr 1973 als „Partei der Entrechteten" gegründet worden, als sich in Südlibanon die Schiiten immer heftiger gegen die mit Syrien verbündeten Palästinenser zur Wehr setzen mußten. Amal als Miliz-Organisation kam dann 1975 hinzu, kämpfte aber im „Bürgerkrieg" nicht auf seiten der PLO und der Linksfront. In West-Beirut und im Süden gab es sogar zwischen 1978 und 1982 bewaffnete Auseinandersetzungen der Amal mit der PLO, bei denen viel Blut floß.

Wenn jetzt in West-Beirut wie in der Bekaa viele Khomeini-Poster zu sehen sind, so ist das praktisch ein Programm der radikalen Schiiten in der Amal. Berri läßt lieber Poster mit dem in Libyen verschwundenen Imam Mussa Sadr kleben, der immerhin vom christlichen Präsidenten Schehab in den sechziger Jahren als Libanese eingebürgert worden war. Nabih Berri sieht seine Rolle als *durchaus religiös denkender Parteichef,* nicht als Miliz-Kämpfer. Ob er sie durchhalten kann, ist bei dem augenblicklichen Siegestaumel und den drängenden Forderungen der schiitischen Geistlichkeit nach einem Glaubenskrieg sicher fraglich. Der Schatten Khomeinis liegt eben auch über dem Schicksal des Libanesen Nabih Berri. (SAD)

# *Ihn interessierte nur die Illusion des Erfolgs*

Von FRITZ WIRTH

Die Augenlider haben sich schwer über seine fast erblindeten Augen gelegt und lassen ihn müder erscheinen, als er in Wahrheit ist. Vor zwei Jahren reiste er noch durch die Welt, die er einst mitformte, heute läßt er sich berichten, was um ihn herum geschieht und versieht es mit den altvertrauten störrischen und zynischen Kommentaren.

Er ist der älteste unter den „elder statesmen" dieser Welt. Die Jungen suchen immer noch seinen *Rat*, die Älteren geraten in nostalgische Träumereien von einem besseren Gestern, als es ihnen „so gut wie nie zuvor ging". Er ist die letzte lebende Legende der britischen Politik. Am Freitag wird Harold Macmillan 90 Jahre alt.

Vicky, der Karikaturist, taufte ihn einst „Supermac". Nye Bevan, der Labour-Opponent, hängte ihm in schmerzhaftem Neid das Etikett „MacWonder" um. Für fast alle Briten verkörpert er Erinnerungen an Zeiten, da die letzten Strahlen des Wohlstands auf dieser Nation lagen, bevor sie im Krisendunkel der Wilson-Ära und der nachfolgenden wirtschaftspolitischen Problemjahre versank.

Er war der Mann, der den Briten noch das Gefühl gab, daß ihr Land zu Recht den Namen „Groß"-Britannien führt, daß ihr Land noch eine Rolle unter den Mächtigen in der internationalen Politik spielt. Ihn interessierte nichts als der Erfolg, oder genauer: das Image und die Illusion des Erfolges. Er war es, der den Briten nach dem Suez-Desaster des Jahres 1956 das Selbstvertrauen wiederschenkte. Seine Regierungsjahre gaben den Briten das Gefühl, in einer heilen Welt des Optimismus zu leben, einer Welt, die die jugendfrische Woge des „Swinging London" und in lasziver Unbekümmertheit den „Profumo-Skandal" gebar.

Er war der letzte edwardianische Gentleman dieses Jahrhunderts in Downing Street. Sorglos, souverän und selbstbewußt. Als er am 10. Januar 1957 die Regierungsgeschäfte vom kranken und demoralisierten Sir Anthony Eden übernahm, warnte er die Königin, daß seine Regierung sich wohl kaum länger als sechs Wochen über Wasser halten könne.

Er blieb knapp sieben Jahre im Amt, und kein Premierminister nach den Kriege hat es verstanden, sich so sehr mit Glanz und Gloria zu behängen wie „Supermac". Seinem brillanten Pressechef Harold Evans gelang es meisterhaft, daraus noch in seinen Amtstagen eine Legende zu machen.


Harold Macmillan

Seine Erfolge waren in der Tat eindrucksvoll. Er restaurierte mit Geschick und Charme unter Eisenhower und Kennedy das Suez-geschädigte anglo-amerikanische Verhältnis und reaktivierte die „special relationships" zwischen beiden Ländern, die ihn aus amerikanischer Sicht zum verläßlichsten und angesehensten Staatsmann und Gesprächspartner in Europa machten. Er belebte das Commonwealth, brachte Bewegung in die britische Afrikapolitik, spielte eine maßgebende Rolle bei der Abfassung des Atomversuchs-Stopp-Vertrages und führte seine Partei, die 1957 am Boden zerstört schien, im Oktober 1959 zu einem sensationellen Wahlsieg mit einer Unterhausmehrheit von 107 Sitzen. Ein neo-viktorianisches goldenes Zeitalter schien für ihn und seine Tories angebrochen.

Heute weiß man: Hinter der Fassade dieser Erfolgslegende gediehen bereits im Ansatz jene Krisen-Erreger, die zehn Jahre später die sogenannte „englische Krankheit" auslösten. Das ist die Hypothek der Macmillan-Legende: Er widmete nach eigenem Eingeständnis drei Viertel seiner Zeit der Außenpolitik und dem schönen Schein von britischer Größe.

Er vernachlässigte jedoch sträflich die Wirtschafts- und Sozialprobleme, die das „Groß"-Britannien des Harold Macmillan spätestens ab 1965 in die zweite Liga der Industrie-Nationen abrutschen ließ. Schon 1958 überflügelten die Japaner die Briten als führende Schiffsbaunation. 1959 machten die Deutschen den Briten den Rang als größte Auto-Exporteure der Welt streitig, und 1964 schließlich hatte die Bundesrepublik mit ihrem Lebensstandard die Briten überflügelt.

Sein Abtritt im Oktober 1963, dem Jahr des „Profumo-Skandals", war nicht ruhmvoll. Ein Zeitgenosse nannte die Art, in der er vom Krankenbett aus seinen „Thronfolger" Butler ausschaltete und den Außenseiter Douglas-Home ins Amt des Regierungschefs hievte, „ein Meisterstück der Intrige unter dem Mantel des selbstlosen Patriotismus".

Den britischen Bürger haben die kritischen Analysen, mit denen seit Jahren die Legende vom „Supermac" zerpflückt wird, *nicht davon* abhalten können, ihn dennoch als den weisesten und wirksamsten Premier der Nachkriegszeit zu verehren. Da mischt sich unverändert unter die Bewunderung die Erinnerung an eine heile Welt. Harold Macmillan ist für sie immer noch ein wunderschöner Wegweiser in die Vergangenheit.

# Wenn Sie lieber Erster Klasse fliegen, gibt es wenig Alternativen.



Von City zu City.



Von Land zu Land.



Von Kontinent zu Kontinent.

Lufthansa ist die Fluggesellschaft, bei der Sie auch in Zukunft überall mit der Ersten Klasse fliegen können. Denn Lufthansa möchte, daß Sie weiterhin auf allen Ihren Flügen auf die Annehmlichkeiten und Services, die nur eine echte Erste Klasse bieten kann, nicht verzichten müssen. Gleichgültig, ob Sie Kurz-, Mittel- oder Langstrecke fliegen.

Erste Klasse bedeutet separates Check-in, ein beträchtliches Mehr an Platz und Komfort, besonders anspruchsvoller Bordservice und – auf Langstrecken – die Ausstattung mit Senator Sleepers. Das sind spezielle Sessel, in denen Sie Tausende von Kilometern bequem verschlafen können.

Ein kleiner Hinweis am Rande: Auf Langstrecken hat Ihnen auch die Lufthansa Business Class viel zu bieten. Generell aber gilt: Wenn Sie lieber Erster Klasse reisen wollen, gibt es wenig Alternativen. Buchen Sie Lufthansa.

**Der Unterschied ist Lufthansa**

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## *Zwischen Lob und Tadel*

„Selig sind, die Frieden stiften." Aber kaum hat das mal einer gewagt, gleich wird er in der Luft zerrissen! Oder hat der Bundeskanzler etwa keinen Frieden gestiftet? Sind Kießling und Wörner nicht einverstanden? Ist hier nicht vielmehr der Versuch mit Erfolg gemacht worden, die Sache in Anständigkeit beizulegen?

O nein, alles andere, nur kein Friede – lieber Haß und Hetze! So sieht die Wahrheit aus!

*R. Hernekamp*
*Bochum*

**„Großer Zapfenstreich": WELT vom 28. Januar**

Ihre Zeitung, die ich seit 20 Jahren gerne lese, hat sich in der Angelegenheit General Kießling nicht so verhalten, wie ich es erwartet habe. Sie haben für mich unverständlicherweise an der allgemeinen „Hatz" gegen den untadeligen und aufrechten Verteidigungsminister Dr. Wörner leider teilgenommen. Das war kein Glanzstück und kein patriotisches Verhalten.

Nur ein einziger Artikel aus Ihrer Zeitung entsprach der Haltung, die die WELT sonst einzunehmen pflegt; *derjenige von Herrn Walter Görlitz.*

*Dr. A. Windorfer,*
*Erlangen*

*

*Sehr geehrte Damen und Herren,*
die 180-Grad-Kursänderung der WELT finde ich schlecht begründet, vordergründig! Der „Strauß" soll her, für mich ein schlechter Rat.

Nehmen wir zur Kenntnis, daß der Vier-Sterne-General a. D. Graf Kielmansegg (Oberbefehlshaber der NATO von Mitteleuropa von 56 bis 68) – ein General von hohem Ansehen – noch am 25. Januar in der FAZ feststellte: „...Aber was Sachverstand und Fachwissen angeht, ist Wörner ganz sicher der beste..." (...von den Verteidigungsministern – mit Ausnahme Apels – die er alle gut kannte...). Für mich, Frontoffizier des letzten Weltkrieges, wiegt diese Aussage schwer.

Minister Wörner hat mit Wissen und im Einvernehmen mit dem Generalinspekteur und dem Stellvertreter des Generalinspekteurs die Entscheidung vom 8. 12. 83 getroffen: Versetzung des Generals Dr. Kießling in den einstweiligen Ruhestand, gemäß Paragraph 50 SG. War diese Entscheidung zum damaligen Zeitpunkt, nach Vorliegen der bekannten Fakten, Rechtens, oder stand sie im Widerspruch zu dem bestehenden Gesetz? Darum geht es, um nicht mehr, aber auch um nicht weniger. Daß der Minister im späteren Ablauf der Dinge bestimmt Fehleinschätzungen zu verantworten hat, dies beurteilt und bewertet der Verteidigungsausschuß. Dort sollte es eine objektive Klärung geben. Jetzt den Minister zum Rücktritt zwingen, konfrontiert einen Nachfolger akkurat mit dem gleichen ungelösten Problemkreis.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Hans A. Richter*
*Freiburg/Br.*

*

*Sehr geehrte Herren,*
in der Pressekonferenz zum Fall Kießling hat der Bundeskanzler gesagt, der Verteidigungsminister werde noch lange Zeit an diesen Fall zurückdenken müssen – und die Journalisten reagierten darauf mit allgemeinem Gelächter.

Ein trauriger Anlaß und das mit Ernst und Würde vorgetragene Eingeständnis eines Verschuldens! Wo auf der ganzen großen weiten Welt gibt es wohl einen Menschen, der mir erklären könnte, was daran zum Lachen wäre. Sie sollten sich schämen, die Damen und Herren Journalisten!

Als Deutsche im Ausland empfinde ich solch beschämendes Verhalten als besonders peinlich.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Dr. Barbara Gok,*
*Luzern/Schweiz*

*

*Sehr geehrte Damen und Herren,*
was sich zum Fall Kießling am 31. 1. und 1. 2. 84 in Presse, Rundfunk und Fernsehen abgespielt hat, erinnert – von um so rühmlicheren Ausnahmen abgesehen – in geradezu beklemmender Weise an das Aufheulen einer Meute, der das wochenlang gehetzte Wild buchstäblich im letzten Augenblick noch entwischt. Wieviel aufgeputschte Emotionen, wieviel Hysterie, wieviel Verlust an Augenmaß!

Der Gipfel wurde wohl erreicht, als im Fernsehen ausgerechnet Herr Bastian, der wegen Belagerung einer Kaserne gerade verurteilt worden war, zum Sprecher der Generalität der Bundeswehr aufgewertet wurde.

*Mit freundlichem Gruß*
*Dr. J. Götz*
*Baden-Baden*

## *Belastungsprobe*

Die jüngste deutsche Geschichte weist für einen normalen Menschen geradezu unbegreifbare (Kriegs-)Verbrechen gegen das jüdische Volk auf, die wir als mahnende Warnung niemals verdrängen dürfen. Dazu gehört für die Praxis auch die moralische Verpflichtung, daß wir niemals wieder gegen das auch heute um seine bloße Existenz zu fürchten genötigte Israel direkt oder indirekt kriegerische Aktivitäten unterstützen dürfen.

Von diesem Grundprinzip müssen auch mögliche Überlegungen über Waffenexporte an Saudi-Arabien geleitet sein. Denn wenn dieses Land auch als „gemäßigt" gilt, so ist es doch als arabisches Land auch ein erklärter Gegner Israels.

Wenn die Saudi-Araber aber wirklich auch unsere Freunde sind, dann werden sie verstehen, daß wir Deutsche ihren Wunsch nicht erfüllen können. Wenn sie wirklich gemäßigt sind, dann wird die Versagung ihres Wunsches keine ernsthafte Belastungsprobe für diese Freundschaft sein.

*Wolfram Pott,*
*Wallenhorst 1*



## Wort des Tages

„Das Wort vom mündigen Gewissen ist ein gutes und gewichtiges Wort. Aber was heißt mündig? Manche verstehen darunter doch zweifellos: „wie ich es meine". Und dies hat mit Gewissen herzlich wenig zu tun. Mündigkeit kann doch nur heißen, daß er den Sinn der Gebote erkennt, nicht daß er sie abzuschaffen versucht."

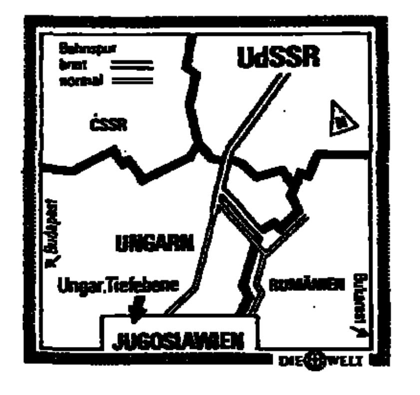
Alfred Bengsch, kath. Theologe (1921–1979)

# Militär-Eisenbahn der Sowjets führt durch Ungarn nach Rumänien

**Von großer strategischer Bedeutung für den Kreml / Verkürzte Transportzeit**

WERNER KAHL/DW. Bonn

Die Sowjetunion hat eine strategisch wichtige Eisenbahnlinie im sowjetischen Breitspursystem, die aus der UdSSR durch den nordöstlichen *Zipfel Ungarns bis zur ungarisch-rumänischen* Grenze führt, in Betrieb genommen. Nach Angaben von Sachverständigen des osteuropäischen Eisenbahnwesens haben die Sowjets damit erstmals eine Breitspurstrecke über das Territorium eines Nachbarlandes (Ungarn) bis an die Grenze eines dritten Landes (Rumänien) gebaut.




Über die Eröffnung der für Militärtransporte und logistische Ausrüstungsgüter reservierten Direktverbindungen wurde die Öffentlichkeit bisher ebenso wenig informiert wie über die vorausgegangenen Bauarbeiten. Für den zivilen Reiseverkehr endet die Breitspurbahn nach Auskunft der Botschaft Budapests in Bonn weiterhin am Grenzübergang nach Ungarn.

Die neue Strecke wird als eingleisig und nicht elektrifiziert beschrieben. Sie verläuft parallel zu einer vorhandenen alten ungarischen Normalspurbahn. *Die Trasse umgeht die* geophysikalisch hindernisreichen Karpaten und führt durch die ungarische Tiefebene. Geplant ist nach Ansicht westlicher Militärexperten offenbar eine Weiterführung zur jugoslawischen Grenze mit dem Ziel, diese bis an die Adria fortzusetzen.

Die militärstrategische Bedeutung der Sonderlinie wird in der zusätzlichen leistungsfähigen Transportverbindung gesehen. Bei operativ-strategischen Planungen des Kreml für den Fall von Kriegshandlungen auf dem Schauplatz Südosteuropa soll damit ein zügigerer Aufmarsch und eine verbesserte Nachschublinie für Ausrüstungen gewährleistet werden. Gleiches gilt bei einem Eingreifen der Roten Armee und Truppen des Warschauer Paktes aus anderen Anlässen im Dreiländereck Ungarn–Rumänien–Jugoslawien.

Erste Hinweise auf Pläne des Kreml, eine Breitspurbahn über die Landesgrenzen hinaus in den südosteuropäischen Raum zu verlegen, waren 1974 bekanntgeworden. Rumänische Stellen hatten damals nach einem WELT-Bericht wissen lassen, Moskau habe bei einem Besuch des damaligen Oberkommandierenden des Warschauer Paktes, Marschall Jakubowski, den Bau einer Bahnlinie mit sowjetischer Spurweite durch die *rumänische Provinz Dobrudscha* Richtung Süden gefordert. Diese von den Rumänen abgelehnte Eisenbahnstrecke sollte angeblich sogar exterritorial sein und nicht ausschließlich rumänischer Souveränität unterliegen.

Die Meldungen wurden seinerzeit stark beachtet. Denn der bulgarische Parteichef Todor Schiwkoff hatte vor Bekanntwerden eines solchen Plans von der Möglichkeit gesprochen, sein Land als „16. Sowjetrepublik" an die UdSSR anzugliedern.

# Diskussion um Tempolimit ein „Scheingefecht"

E. N./DW. Bonn

Ein „System finanzieller Anreize" zum Kauf umweltfreundlicher Autos wird von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion befürwortet. Ihr innen- und umweltpolitischer Sprecher Paul Laufs erklärte in Bonn, damit sollen die Autofahrer animiert werden, *Kraftfahrzeuge zu erstehen, die den* von 1986 an geplanten strengen Abgasgrenzwerten entsprechen. In den Katalog der beabsichtigten finanziellen Anreize will die CDU/CSU-Fraktion die Kraftfahrzeugsteuer, die Mineralölsteuer, eventuell noch weitere Steuerarten einbeziehen. Um die Umweltbedingungen zu verbessern, darf es nach den Worten von Laufs „keine Tabus, auch nicht in der überkommenen Steuersystematik, geben". Die Diskussion über ein Tempolimit zur Reduzierung der Luftbelastung halten CDU/CSU und FDP für ein Scheingefecht. Der Nutzen eines solchen Tempolimits sei „dubios", seine Nachteile seien unübersehbar. Laufs plädierte statt dessen für die Einführung einer jährlichen strengen Abgaskontrolle.

Als „abenteuerlichen Vorschlag" bezeichnete Laufs Überlegungen, deutschen Atommüll nach China zu schaffen. Dies würde die Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Kernkraft von einem kommunistischen Land abhängig machen.

# Späth: Mehr Geld für kinderreiche Familien

**„Vorrang vor allgemeinen steuerlichen Erleichterungen" / Stuttgart und München weichen von Bonner Position ab**

XING-HU KUO, Stuttgart

Baden-Württemberg vertritt – ähnlich wie Bayern – den Standpunkt, daß die Entlastung von kinderreichen Familien „Vorrang vor allgemeinen steuerlichen Erleichterungen" haben müsse. Damit weichen beide Bundesländer von der Position der Bundesregierung und großen Teilen der Union in dieser Frage ab.

Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) erklärte gestern in Stuttgart, für ihn sei diese Frage ein Test für die „politische Glaubwürdigkeit". Denn gerade die Familien mit Kindern hätten in *letzter Zeit* durch Kürzungen im sozialen Bereich wesentlich zur Verbesserung der Staatsfinanzen beigetragen. Deshalb müsse nunmehr mit der Rückgabe „heimlicher Steuererhöhungen" bei Mehrkinderfamilien begonnen werden.

Späth schlug als „Diskussionsgrundlage" folgendes Modell vor: Kindergeld und Kinderfreibeträge sollen für alle Einkommensgruppen erhöht werden. Vom zweiten Kind an jedoch soll diese Erhöhung „einkommensbezogen" gestaffelt sein. Nach diesem Konzept würde das erste Kind in jedem Fall Kindergeld in Höhe von 65 DM (Bisher 50 DM) und ein Kinderfreibetrag von 2200 Mark (bisher 432 Mark zuzüglich einiger Sonderausgaben) zu beanspruchen haben. Bei einer Einkommensgrenze etwa ab 42 000 DM Jahreseinkommen netto sollten dann diese Leistungen vom zweiten Kind an differenziert werden.

Nach den Vorstellungen Baden-Württembergs könnte das Kindergeld für das zweite Kind unter dieser Einkommensgrenze statt bisher 100 dann 130 Mark betragen. Im Falle höherer Einkommen könnte ein Betrag von 100 statt bisher 70 DM gezahlt werden. Für das dritte und jedes weitere Kind würden die Leistungen des Kindergeldes auf 300 Mark (bisher 240) für einkommensschwache Familien betragen, bei Überschreiten der Einkommensgrenze auf 200 angehoben werden, *statt* bislang, je nach Einkommen und Kinderzahl zwischen 140 und 220 DM. Die Kinderfreibeträge würden nach diesem Vorschlag für alle Familien für das zweite Kind auf 1800, für jedes weitere Kind auf je 600 DM erhöht werden. Durch diese Regelung würden Familien mit drei und mehr Kindern mit geringem oder mittlerem Einkommen weitaus mehr profitieren als Spitzenverdiener, betonte Späth. Eine Arbeiterfamilie mit drei Kindern könnte fast 2200 DM mehr Geld bekommen, bei vier Kindern sogar 2900 DM.

Späth wies Vorwürfe zurück, seine Pläne seien nicht finanzierbar und würden eine „Ausplünderung" der Bundeskasse zur Folge haben: Davon könne „keine Rede sein", denn bis 1986 hätten sich Mehreinnahmen in Form von heimlichen Steuererhöhungen von rund 8,6 Milliarden Mark angesammelt. Die steuerlichen Mindereinnahmen als Folge der von ihm vorgeschlagenen Entlastungen würden in erster Linie Länder und Kommunen mehr belasten als den Bund. Trotzdem sei er zu Lösungsgesprächen über einen möglichen Ausgleich *zwischen* Bund und Ländern bereit, erklärte der Regierungschef. Späth verwies darauf, daß die besser Verdienenden von Ende 1985 an ohnehin ihre finanzielle Lage durch das Ende der Investitionshilfeabgabe verbessern würden.

Scharfe Kritik richtete Späth an die Adresse der FDP, die sich heute zum Fürsprecher der „Spitzenverdiener" mache, weil sie hier eine „neue Zielgruppe" entdeckt habe. Die FDP, so Späth, habe ja schließlich die Politik der SPD/FDP-Bundesregierung gegen die Kinderfreibeträge „mitgetragen und mitverantwortet". Späth argumentiert: „Wenn sich die FDP jetzt so nachhaltig für die steuerliche Lösung erhöhter Kinderfreibeträge einsetzt, dann muß sie sich fragen lassen, warum plötzlich etwas sozial ausgewogen sein soll, was sie vor wenigen Jahren als soziale Ungerechtigkeit gebrandmarkt hat", so Späth.

# Personalien

## WAHL

Dr. **Rudolf Strauch**, Korrespondent der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" in Bonn, wurde während der Jahreshauptversammlung der Bundes-Pressekonferenz mit überwältigender Mehrheit wieder zum Vorsitzenden gewählt. Rudolf Strauch hat den Vorsitz 1981 zum ersten Mal übernommen. Der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" gehört er seit 1972 an. Von 1964 bis 1966 war er für *die WELT in Hamburg* tätig. Von 1966 bis 1972 arbeitete er als Korrespondent im Bonner WELT-Büro. Rudolf Strauch übernimmt mit sechs Stellvertretern abwechselnd die Leitung der Bundes-Pressekonferenzen, in denen die Regierungssprecher Rede und Antwort stehen. Darüber hinaus finden über das Jahr zahlreiche Pressekonferenzen direkt mit den Regierungsmitgliedern statt.

## VERANSTALTUNGEN

„Früher war der ‚Ploetz' noch so, daß man ihn unter der Schulbank benutzen konnte." So Professor Dr. **Thomas Ellwein** zur Frage, was Geschichtsinteressierte mit einem Ploetz alles anstellen konnten. Der jüngste Ploetz paßt notfalls wieder unter eine Schulbank. Der Freiburger Verlag präsentierte in Bonn das Buch „Die Bundesrepublik Deutschland", Daten, Fakten, Analysen. Herausgeber sind der Freiburger Politikwissenschaftler Ellwein und Dr. **Wolfgang Bruder**, beide Uni Konstanz. Das Werk versucht eine lückenlose Ereignisgeschichte aller Phasen des staatlichen Neubeginns der Bundesrepublik. In der baden-württembergischen Landesvertretung wies Ellwein im Kreise der Gäste, unter ihnen der frühere Minister **Alex Möller**, darauf hin, daß „Geschichte" glücklicherweise in den letzten Jahren in der Bundesrepublik wieder Karriere gemacht hat. Und bei dieser Geschichts-Renaissance gilt es, auch jüngere Menschen zu erfassen. Die Hausherrin, Ministerin Annemarie Griesinger, sprach die Hoffnung aus, daß sich die jüngere Generation wieder intensiv mit Geschichte befaßt.

Zu einem Gesellschaftsabend hatte Bundespräsident **Karl Carstens** am Mittwoch in die Villa Hammerschmidt eingeladen. Unter den Gästen waren Thailands Botschafter Dr. **Kosol Sindhvananda** und der indonesische Botschafter **Ashadi Tjahjadi**. Carstens wird am 24. Februar zu seinem letzten Staatsbesuch nach Thailand und Indonesien fahren. Eingeladen hatte Carstens auch Professor Dr. **Thomas Nipperdey**, dessen Buch „Deutsche Geschichte von 1800 bis 1866" der Bundespräsident gerade mit besonderem Interesse gelesen hat. Musikalischer Gast war gestern **Andor Foldes**.

## GESTORBEN

**Frank-Michael Dunkmann**, Chefredakteur und Mitinhaber der „Ostfriesischen Nachrichten", starb wenige Tage vor seinem 52. Geburtstag. Der Ostfriese, dessen Familie seit 1861 die Buchdruckerei A. H. F. Dunkmann in Aurich besitzt, war 15 Jahre lang Sprecher der Pressekonferenz Ostfriesland. Dunkmann war außerdem stellvertretender Vorsitzender des Nordwestdeutschen Verlegerverbandes und Mitglied im Vorstand der Standortpresse in Bonn.

# *Die Wiege des CVJM stand in Bremen*

W. WESSENDORF, Bremen

„Als Pastor Mallet im Jahre 1834 den Bremer Jünglingsverein gründete, schaffte er Grundlagen, auf denen der CVJM später aufbauen konnte. Viele überzeugte Christen taten ähnliches in anderen Teilen Europas", schreibt der Präsident des Weltbundes der Christlichen Vereine Junger Männer, James Love, in der Festschrift zum 150jährigen Bestehen des CVJM Bremen. Heute zählt die christliche Weltbewegung mit überkonfessionellem Charakter 22 Millionen Mitglieder in 90 Ländern.

Love: „Diese beiden Bereiche, ökumenisches Entgegenkommen und soziale Verpflichtungen, sind zwei der bedeutenden Aufgaben, in denen die CVJMs überall in der Welt engagiert sind. Wir sind wie auch immer in diesen Aufgabenbereichen nur auf Grund unsere Glaubens an die Botschaft und die Person Jesu Christi engagiert, unsere soziale Mission ist ein Resultat unserer christlichen Mission."

Es begann in Bremen am 9. Februar 1834 mit der Zufluchtsstätte für Jünglinge. Der älteste noch erhaltene *Druck der Statuten der Zufluchtsstätte* aus dem Gründungsjahr enthält schon alle typischen Kennzeichen eines CVJM. Merkmal war einmal die doppelte Mitgliedschaft im „Bremer Hilfsverein" für Jünglinge und im „Bremer Jünglingsverein", die in einer Satzung der „Zufluchtsstätte für Jünglinge" zusammengefaßt war. Die Mitglieder des Hilfsvereins .. trugen die Verantwortung für die Unterhaltung der Zufluchtsstätte, der Zweck des „Jünglingsvereins" war die „Förderung eines ordentlichen, fleißigen, sittlichen und religiösen Lebens und Wandels ...".

Auch das Laienmissionswerk war als ein weiteres Kennzeichen schon vorhanden. Auf Anregung von Pastor Friedrich Mallet im „Bremer Kirchenboten" (Dezember 1833) zur Errichtung der Zufluchtsstätte fand sich ein Kreis von Bremer Bürgern zusammen, die sich bereit erklärten, „Gaben zu diesem Zweck in Empfang zu nehmen, sich nach einem paßlichen Lokal umzusehen und überhaupt alles treu zu besorgen, was zur Erhaltung einer solchen so notwendigen und wohltätigen Anstalt nötig ist". Mit ihren Einrichtungen stand die Zufluchtsstätte vorwiegend Handwerksgesellen zur Verfügung, die meist nicht aus Bremen stammten. Sie sollten von den Wirtshäusern und „Herbergen übelster Art" ferngehalten werden.

Weitere geschichtliche Meilensteine sind die Gründungen des Londoner CVJM (1844), des Weltbundes in Paris (1855), an der der Bremer Verein beteiligt war, und des Berliner CVJM (1883). Heute gibt es in jeder größeren Stadt der Welt einen CVJM mit einem Haus für junge Menschen.

Erst 1972 änderte der Bremer Verein seinen Namen in „Christlicher Verein Junger Menschen". Damit wurde auch rechtlich verankert, was schon Jahrzehnte zuvor praktiziert wurde: die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Der Bremer CVJM-Sekretär Frank Baumann schildert die Arbeit aus heutiger Sicht: „Neben der traditionellen Arbeit in Gruppen erproben wir zeitgemäße neue Formen der Jugendarbeit. Mitarbeiter-Teams planen selbständige Aktionen, in offenen Treffen sehen wir die Chance, Jugendliche unverbindlich anzusprechen und auf weitere Veranstaltungen, zum Beispiel auch zur Friedensthematik, aufmerksam zu machen."

## Lambsdorff dringt auf Aufklärung im Fall Flick

hey, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff wird heute vor dem Parlamentarischen Flick-Untersuchungsausschuß aussagen. Er werde „nach Kräften dazu beitragen, daß die Wahrheit ans Licht kommt", schreibt Lambsdorff im „Express". Er sei „dringend" an der Aufklärung all dessen interessiert, was ihm von anderen vorgeworfen werde.

Lambsdorff wandte sich erneut mit allem Nachdruck gegen den „Hinrichtungsjournalismus" zweier Hamburger Illustrierten: „Ich hätte auch von journalistischen Todesschwadronen sprechen können, die von Hamburg aus auf die Reise geschickt werden, um politisch mißliebige Personen ihrer Glaubwürdigkeit zu berauben."

Der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Dieter-Julius Cronenberg, vertritt die Auffassung, daß es in der Flick-Affäre nicht zur Eröffnung des gerichtlichen Hauptverfahrens gegen Lambsdorff kommen wird. In der „Westfälischen Rundschau" erklärte Cronenberg außerdem: „Sollte das wider Erwarten doch der Fall sein, dann wird die Besetzung des Wirtschaftsministeriums von der FDP bestimmt werden."

## Auch für Fraktionen Rechnungsprüfung?

Nea. Mainz

Die Konferenz der Landtagspräsidenten sollte sich mit der Frage befassen, wie und in welchem Umfang die Landesrechnungshöfe künftig auch das Finanzgebaren der Landtagsfraktionen überprüfen können. Mit dieser Anregung nahm der rheinland-pfälzische FDP-Vorsitzende Rainer Brüderle (Mainz) zu den heftigen Auseinandersetzungen Stellung, die um die Verwendung einer sechsstelligen Summe aus den Mitteln der im März 1983 aus dem Landtag ausgeschiedenen FDP-Fraktion entstanden sind.

Brüderle widersprach der Darstellung des SPD-Abgeordneten Rudolf Scharping, in dieser Sache sei der FDP-Landesvorstand Rechtsnachfolger der nicht mehr bestehenden Fraktion. Im Landesvorstand sei nie über das Finanzgebaren der in diesen Fragen selbständigen Fraktion gesprochen worden.

## Steuerreform: 25 Mrd. Mark Entlastung geplant

■ Fortsetzung von Seite 1

Stoltenberg Ende Januar im Referentenentwurf eines Steuerbereinigungsgesetzes 1985 vorgeschlagenen Regelung für die Besteuerung Alleinerziehender wird in einem Punkt Kritik geäußert, der auch für SPD-Steuerexperten bereits Stein des Anstoßes war: Die Spanne zwischen der Unter- und Obergrenze des abziehbaren Teils der Kinderbetreuungskosten (1200 bis 22 000 Mark) wird als zu weit angesehen. Stoltenberg soll prüfen lassen, „ob diese Spanne verringert werden kann". Unter anderem soll ferner geprüft werden, ob – wie ebenfalls bereits von der SPD-Bundestagsfraktion vorgeschlagen – „der Abzug durch einen für alle gleichen Höchstbetrag begrenzt werden kann".

In der Frage, welches Instrument nur Neuregelung der Familienbesteuerung angewandt werden soll – Familien-Splitting oder Steuerfreibetrag – hat sich die Arbeitsgruppe ebensowenig festgelegt, wie dies Stoltenberg bisher getan hat. Zwar hat Bundeskanzler Kohl in Regierungserklärungen das Splittingmodell bereits fest angekündigt. Jedoch ist der Widerstand der Länder aus verwaltungstechnischen wie steuerpolitischen Gründen ungeachtet der Parteizugehörigkeit ziemlich einhellig (WELT vom 8. Februar). Stoltenberg hat daher diese Frage bewußt offengelassen, um sich zusätzliche Schwierigkeiten in den ohnehin nicht einfachen Verhandlungen mit den Ländern zu ersparen. Die Arbeitsgruppe hat auch zur Neuordnung der Besteuerung des Wohnungsbaus Stellung genommen, ohne allerdings den Gestaltungsspielraum der Bundesregierung durch die Auswahl bestimmter Instrumente festzulegen. Ziel müsse sein, eine stärkere Konzentration der Hilfen auf das selbstgenutzte Wohneigentum, vor allem bei Familien mit Kindern, sowie eine Vereinfachung des unsystematischen und zu ungleichmäßigen Ergebnissen führenden derzeitigen Rechtszustands zu erreichen. Die Arbeitsgruppe empfiehlt, auf die Besteuerung des Nutzungswerts der selbstgenutzten Wohnung zu verzichten, um bei der Besteuerung zu gleichmäßigen Ergebnissen zu kommen und eine verschärfte Besteuerung des Eigenheims vor allem im Alter zu vermeiden. Eine Neuregelung in dieser Frage steht ebenfalls an, da der begrenzte Schuldzinsenabzug (10 000 Mark je Objekt und Jahr) bis Ende 1986 befristet ist.

Steuervereinfachung wird nicht nur bei der Neuregelung der Wohnungsbaubesteuerung, sondern zum Beispiel auch beim Abbau von Sonderregelungen bei der Korrektur des Lohn- und Einkommensteuertarifs als „dringend notwendig" angesehen. Allgemein lautet die Zielsetzung, daß „jedes Gesetz per saldo zu einer Vereinfachung für Bürger, Betriebe, Berater und Verwaltung" führen soll.

## Uni-Rektoren halten Politikern Widersprüche vor

dpa/AP, Bonn

Weiter steigende Studentenzahlen erfordern nach Ansicht des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), Professor Theodor Berchem, von den Politikern in nächster Zeit „eine klare und deutliche Antwort". Bei wachsender Überlastung der Hochschulen gebe es nur noch die Alternativen, „entweder die Tür dicht zu machen, oder mehr Geld zu geben", erklärte Berchem nach einer zweitägigen Plenarversammlung der WRK in Bonn.

Kritisch äußerte sich Berchem zu Überlegungen, die Lehrstundenzahl für Professoren zu erhöhen. Bei einer Aufstockung von acht auf neun Vorlesungsstunden pro Woche würde zwar die Lehrkapazität um zwölf Prozent vergrößert – was der erwarteten Zunahme der Studenten von rund 1,3 auf 1,45 Millionen entspräche –, aber durch eine solche Regelung drohe der Forschungstätigkeit der Hochschulen „schwerer Schaden".

Die Rektoren wollten unter diesen Umständen von den Politikern nicht mehr „das Gefasel von Spitzenleistungen und Eliten hören". Man könne auf der einen Seite nicht so reden, auf der anderen aber durch Einsparungen gegensätzliche strukturelle Vorgaben schaffen. Ungeachtet des bestehenden Bedarfs an Nachwuchskräften tritt die WRK für einen bundesweiten Numerus clausus für das Fach Informatik ein, weil nicht genügend Lehrkräfte vorhanden sind.

## Löst UNO-Truppe westliche Soldaten in Beirut ab?

▲ Fortsetzung von Seite 1

nung möchte Reagan offenbar signalisieren, daß die USA weiterhin entschlossen sind, alles zu tun, um die Regierung Gemayel zu stützen. Politische Beobachter meinen jedoch, durch die Ankündigung des Abzugs der amerikanischen Soldaten habe sich die politische und militärische Position von Präsident Gemayel drastisch verschlechtert.

Mit seiner Entscheidung, die Truppen auf die Schiffe zurückzuziehen, hat der Präsident in den USA Beifall geerntet.

Bei Reagans Wahlmanagern löste die Entscheidung Erleichterung aus. Das militärische Engagement in Libanon war im Kongreß und in den Medien zuletzt immer heftiger kritisiert worden, so daß von den Anhängern Reagans schließlich eine Beeinträchtigung der Chancen Reagans bei den Präsidentschaftswahlen befürchtet wurde.

Wenige Stunden nach der Bekanntgabe der Rückzugsorder für das amerikanische Kontingent sind die 115 britischen Angehörigen der Friedenstruppe in Beirut mit Hubschraubern auf ein vor der Küste liegendes britisches Kriegsschiff gebracht worden.

Die britische Regierung stand seit Monaten unter dem Druck der Opposition und einiger konservativer Politiker, die Soldaten endgültig nach Hause zu bringen.

Auch die Regierung in Rom zeigt sich entschlossen, ihr Kontingent der internationalen Friedenstruppe in Beirut abzuziehen. Italien wünscht jedoch nach den Worten von Außenminister Andreotti, daß die italienischen Soldaten „von einer anderen Macht ersetzt werden, die wirksamen Schutz gewährleisten kann".

In Paris ist noch keine endgültige Entscheidung über einen möglichen Abzug der 700 französischen Soldaten in Beirut gefallen. Staatspräsident Mitterrand gab jedoch zu verstehen, daß er entschlossen ist, die französischen Soldaten nicht „auf ewig" in Libanon zu belassen. Gestern betonte Mitterrand, daß Paris die Einberufung des Weltsicherheitsrats zur Lage in Beirut wünscht.

Ministerpräsident Shamir hat in Jerusalem deutlich gemacht, daß Israel nicht vorhabe, in die Kämpfe um Beirut einzugreifen. Jerusalem werde jedoch weiter die Regierung Gemayels schützen. Daran habe sich auch nach der Entscheidung Washingtons für einen Abzug aus Beirut nichts geändert, meinten israelische Regierungskreise.

Während das US-Schlachtschiff „New Jersey" über die Stadt hinweg auf moslemische Stellungen in den Schufbergen feuerte, hat sich gestern in Beirut ein Vorkommando der von Syrien unterstützten, gegen PLO-Chef Arafat rebellierenden PLO-Einheiten im Stadtteil Sabra in den alten PLO-Büros einquartiert. In den Palästinenserlagern Sabra und Schatila wurden PLO-Fahnen an den Häusern angebracht. Die Rückkehr der prosyrischen PLO gilt hier als sicher.

## „Prawda": USA wollen Jalta in Frage stellen

AFP/DW. Moskau

Das sowjetische Parteiorgan „Prawda" hat der amerikanischen Regierung vorgeworfen, sie wolle die 1945 auf der Konferenz von Jalta festgelegten europäischen Grenzen in Frage stellen. US-Außenminister George Shultz, der im Januar auf der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa von einer „künstlichen Teilung Europas" sprach, habe damit die Reaktionen der Europäer auf die Pläne der USA testen wollen, die in Jalta festgelegte „Unverletzlichkeit der Nachkriegsgrenzen" in Frage zu stellen. In Helsinki seien aber 1975 auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) die Prinzipien der Unverletzlichkeit der Grenzen, der Souveränität und der Nichteinmischung festgeschrieben worden.

Shultz hatte in Stockholm Moskau vorgeworfen, es habe in Europa eine „künstliche Barriere" aufgerichtet und „sogar herzlos eine seiner großen Nationen geteilt". Der Minister hatte betont: „Die Vereinigten Staaten erkennen die Legitimität dieser künstlich auferlegten Teilung Europas nicht an."

## Drei Filme über die Vertreibung

AP. Bonn

Die Bundesregierung hat die Absicht, die Erinnerung an die Vertreibung deutscher Staatsbürger aus ihrer Heimat nach dem Krieg wachzuhalten. Wie Staatssekretär Ludwig Rehlinger vom Innerdeutschen Ministerium auf Fragen des CDU-Abgeordneten Herbert Hupka im Bundestag erklärte, bietet das Gesamtdeutsche Institut gegenwärtig drei verschiedene Filme zu diesem Thema an. Die Bundesregierung werde auch künftig für die deutschlandpolitische Bildungsarbeit geeignete Filme zeigen lassen. Hupka hatte die Frage gestellt, welche Filme „über Ostdeutschland und die Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat" für die Bildungsarbeit angeboten würden. Mit der Begründung, 20 Jahre alte Filme könnten neuere Erkenntnisse nicht berücksichtigen, hatte der Abgeordnete gefordert, das Filmmaterial zu aktualisieren und vom Fernsehen bereits gesendete Filme zu übernehmen.

## Die CSU bleibt auf Distanz zur Entscheidung des Kanzlers

● Fortsetzung von Seite 1

sehr daran interessiert, daß die von der Opposition aufgeworfenen Fragen vom Untersuchungsausschuß beantwortet werden. Dabei wurde die Stoßrichtung der CDU/CSU-Bemühungen klar: Kohl wies darauf hin, es sei wichtig, die Fehler im Verteidigungsministerium aufzudecken, allerdings auch die, die unter früheren Regierungen begangen worden seien. Kohl verwahrte sich gegen den Oppositionsvorwurf, er habe von Wörner lediglich ein „augenzwinkerndes Rücktrittsangebot" erhalten. Die Verfassung gebe dem Kanzler das Recht, derartige Angebote abzulehnen.

Auffällig war, daß während der gut zweistündigen Debatte – anders als bei der jüngsten Aktuellen Stunde zu diesem Thema – das gesamte Kabinett anwesend war. Kohl und Genscher blieben bis zum Schluß, so daß die ursprünglich für zehn Uhr angesetzte Sitzung des Bundeskabinetts um mehr als eine Stunde verschoben werden mußte.

Der FDP-Abgeordnete Ronneburger stellte in Aussicht, seine Fraktion werde die Lehren aus dem Fall Kießling ziehen und an einer zeitgemäßen Veränderung der Sicherheitsrichtlinien der Bundesregierung mitwirken. Für Minderheiten müsse „gesellschaftliche Akzeptanz" erreicht werden. In den Richtlinien dürfe ihnen nicht von vornherein die Gefahr der Erpreßbarkeit unterstellt werden. Auch werde sich die FDP für eine klare Regelung der Amtshilfe zwischen Nachrichtendiensten und anderen Sicherheitsorganen einsetzen.

Mit der formgerechten Entlassung des beamteten Staatssekretär Hiehle durch den Verteidigungsminister wird erst in der nächsten Woche gerechnet. Gestern unterrichtete Wörner den Bundeskanzler lediglich am Rande der Kabinettssitzung informell darüber, daß Hiehles Gesundheit seine Rückkehr in den Dienst wahrscheinlich nicht mehr zulasse. Der Staatssekretär, der Wörner am 8. Dezember 1983 empfohlen hatte, General Kießling aus Sicherheitsgründen schon zum Jahresende zu entlassen, hatte sich einer Nierenoperation unterzogen. An deren Folgen leidet er immer noch.

Bundesverteidigungsminister Wörner teilte gestern vor dem Untersuchungsausschuß mit, den Kanzler bereits vor der parlamentarischen Sommerpause 1983 über den Wunsch Kießlings, vorzeitig in den Ruhestand zu treten, informiert zu haben. Er habe dem Kanzler auch deutlich gemacht, daß er diesen Wunsch unterstütze. Anlaß dazu seien „gewisse Schwierigkeiten" in Kießlings Dienststellung und „auch sonstige Probleme im Verhältnis zu seinem Vorgesetzten" gewesen. Dies war der US-General Rogers.

Später, als gegen Kießling Verdachtsmomente und damit Bedenken wegen seiner Ermächtigung zum Umgang mit Geheimmaterial auftauchten, habe er, Wörner, den Kanzler darüber erstmals am 21. September letzten Jahres „am Rande einer Kabinettssitzung über die neue Sachlage" informiert. Die Entscheidung, Kießling deswegen bereits zum 31. Dezember aus dem Dienst zu entfernen, hat Kohl Wörners Darlegungen zufolge am 9. Dezember während einer Plenarsitzung des Bundestags vom Minister erfahren. Kohl habe gefragt, ob die Erkenntnisse über den General gesichert seien. Als er dies bejaht hätte, habe der Kanzler Wörner sinngemäß geantwortet: „Wenn Sie so handeln müssen, tun Sie Ihre Pflicht."

Wörners erster Zeugenauftritt vor dem Ausschuß dauerte vier Stunden. Seine Vernehmung soll heute um 15 Uhr fortgesetzt werden.

## Zwanglos besteuert

**gil.** – Eine Erfolgsstory war die kurze Geschichte der „Zwangsanleihe" gewiß nicht. Schon ihre Erfinder waren von Selbstzweifeln geplagt, ob denn die Sonderabgabe für Besserverdienende praktikabel, weise und Rechtens sei. Morgen nun verhandelt der Bundesfinanzhof über den legislativen Wechselbalg.

Seit Beginn vergangenen Jahres müssen Ledige, die jährlich mehr als 50 000 Mark versteuern und Verheiratete, die es auf mehr als 100 000 Mark bringen, einen fünfprozentigen Zuschlag auf ihre Steuerschuld entrichten. Unternehmer und Selbständige können sich jedoch von der Abgabe freikaufen, indem sie den fünffachen Betrag investieren, also eine Maschine oder einen neuen Firmenwagen kaufen.

Schon hier setzte Kritik ein. Vielfach bezweifelten Gerichte, ob die vollständige Erfassung der Lohnsteuerzahler einerseits und die Befreiung von Selbständigen andererseits mit dem Gleichheitsgrundsatz vereinbar seien. Umstritten ist, ob sich der Staat bei seiner Konjunktursteuerung durch Ungleichbehandlung noch im Rahmen der Verfassung bewegt.

Von ihrem Charakter her wissen Juristen den Malus auch nicht so recht einzuordnen – ist er eine Steuer, eine Abgabe oder ein fiskalischer Zugriff sui generis? Ordnungspolitisch war die Abgabe eh umstritten, finanziell liegt ihr Aufkommen etwa die Hälfte unter den Erwartungen. Der Bundesfinanzhof (BFH) befindet zwar nur darüber, ob die Finanzämter bis zum endgültigen Spruch des Bundesverfassungsgerichts die Abgabe zwangsweise beitreiben müssen, wenn sich die Betroffenen wehren. Aber das BFH-Urteil zwingt wohl auch Bonn zur Stellungnahme.

## Wunschzettel

**Ha.**(Brüssel) – Mehr als der Sache gut tut, nutzen manche Regierungen die EG-Präsidentschaft zur Selbstdarstellung. So erweckt auch das „Arbeitsprogramm", das der französische Finanzminister seinen Kollegen unterbreitet hat, lediglich falsche Hoffnungen. Von der Vertiefung des Binnenmarktes und der Schaffung eines günstigeren Umfeldes für die Unternehmenskooperation ist darin ebenso. Nicht fehlen durfte natürlich auch die „Stärkung der internationalen Aktion der EG" im Wirtschafts- und Währungsbereich. In Wirklichkeit weiß jeder, daß zur Zeit weder der politische Wille noch die sachlichen Voraussetzungen gegeben sind, um in Europa Bäume auszureißen. Die Präsentation eines langen „Wunschzettels" ist um so weniger seriös, als die Finanzminister sich während der Zeit des französischen Vorsitzes nur noch dreimal treffen werden.

AGRARBERICHT / Finanzierungsproblem verbietet weitere Kapazitätsausweitung

# Einkommen der Bauern im letzten Wirtschaftsjahr um 15 Prozent höher

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Nach einer deutlichen Verbesserung der Einkommen der deutschen Landwirte im abgelaufenen Wirtschaftsjahr rechnet Ernährungsminister Ignaz Kiechle für 1983/84 wieder mit einem Rückgang, der noch kräftiger ausfallen dürfte. Nach dem Agrarbericht 1984, der gestern vom Kabinett verabschiedet wurde, sind die Gewinne in den landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieben je Familienarbeitskraft 1982/83 um 14,8 Prozent auf 26 282 Mark gestiegen. Für das laufende Wirtschaftsjahr, das am 30. Juni endet, wird eine Abnahme um 22 Prozent erwartet.

„Die Einkommenslage der deutschen Landwirtschaft war in den letzten zehn Jahren von einem Auf und Ab gekennzeichnet, das insgesamt kaum eine Verbesserung gebracht hat", betonte Kiechle vor der Presse in Bonn. Im Wirtschaftsjahr 1982/83, das der Agrarbericht untersucht, sei erstmals das bisher beste Ergebnis des Jahres 1975/76 von 25 263 Mark übertroffen worden.

Im laufenden Wirtschaftsjahr dürften die Einkommen unter das Niveau von 1980/81 absacken. Dieser Rückgang wird im Agrarbericht zum einen auf die geringeren Ernten aufgrund der schlechten Witterungsbedingungen zurückgeführt, zum anderen sind die Erzeugerpreise, vor allem bei Schlachtschweinen, in den letzten Monaten unter Druck geraten. Überdies dürften sich die Betriebsmittel weiter verteuern.

Die Bundesregierung sei bemüht, so Kiechle, leistungs- und anpassungsfähige bäuerliche Familienbetriebe auf der Grundlage einer an den Boden gebundenen Produktion zu erhalten und die Lebensverhältnisse im ländlichen Raum zu verbessern. Auf dieses Ziel habe sie ihre Agrarstrukturpolitik ausgerichtet. Wegen der bestehenden Finanzierungsprobleme innerhalb der EG spricht sie sich nach Angaben Kiechles gegen jegliche Förderung von Investitionen zur Kapazitätsausweitung bei Überschußprodukten aus.

„Die ungünstige Situation auf dem Arbeitsmarkt verbietet eine Politik des Anpassungsdrucks; sie erfordert vielmehr die Erhaltung und Sicherung landwirtschaftlicher Arbeitsplätze", erklärte Kiechle. Ein Strukturwandel sei auch weiterhin erforderlich. 1983 hat die Zahl der Betriebe gegenüber der Vorperiode um 2,7 Prozent auf 743 700 abgenommen.

Hinter dem Durchschnittsgewinn von 26 282 Mark im Wirtschaftsjahr 1982/83 – dies ist der Betrag, der dem Landwirt und seinen mitarbeitenden Familienangehörigen als Entgelt für nicht entlohnte Arbeitsleistung, für den Einsatz des Eigenkapitals und für die unternehmerische Tätigkeit zufließt – stecken erhebliche Unterschiede. So kletterten die Gewinne in Schleswig-Holstein um 65,5 Prozent, in Rheinland-Pfalz jedoch nur um 2,2 Prozent. Der Einkommensabstand zwischen dem untersten Viertel der Vollerwerbsbetriebe mit den niedrigsten und dem obersten Viertel mit den höchsten Gewinnen hat sich auf rund 54 000 Mark erhöht. Im obersten Viertel wurde ein Gewinn von durchschnittlich 56 988 Mark erzielt, während es im untersten Viertel nur 2810 Mark waren.

In den überwiegend größeren landwirtschaftlichen Zuerwerbsbetrieben lag der Gewinn bei durchschnittlich 19 107 Mark. Zusammen mit dem außerbetrieblichen Einkommen wurde hier ein Gesamteinkommen von 37 289 Mark erreicht. Noch etwas günstiger schnitten mit 37 378 Mark die Nebenerwerbsbetriebe ab. 40 Prozent aller Betriebe waren 1983 Nebenerwerbsbetriebe. Sie bewirtschafteten aber nur 12,7 Prozent der Fläche. Ihr Anteil an den Verkaufserlösen lag bei 9,6 Prozent. Die alternativ bewirtschafteten Betriebe brachten es auf ein Durchschnittseinkommen von 24 548 Mark.

Kiechle bekräftigte, ein weiterer Anstieg der Überschüsse, vor allem bei Milch, könne nach Auffassung der Bundesregierung kurzfristig nur durch Begrenzung der Preisgarantie auf die am Markt absetzbaren Mengen verhindert werden. Eine Markt- und Preispolitik „des existenzgefährdenden Preisdrucks wäre sozial nicht vertretbar und würde allenfalls langfristig zu einem Abbau der Überschüsse führen".

KREDITWESENGESETZ

# Stoltenberg hat sich gegen Lambsdorff durchgesetzt

HEINZ HECK, Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat sich bei der gestrigen Verabschiedung der Novelle zum Kreditwesengesetz gegen Widerstände der FDP, vor allem von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, durchsetzen können. Der Kabinettsentwurf der Novelle sieht jetzt vor, daß auch Hypothekenbanktöchter in die Quotenkonsolidierung einbezogen werden. Lambsdorff hat sich hier überstimmen lassen. Als Schwelle der Konsolidierung wird, wie von Stoltenberg vorgeschlagen, eine 40prozentige Kapitalbeteiligung eines anderen Kreditinstituts oder die faktische Beherrschung angesehen.

In einer Pressekonferenz bezeichnete es Stoltenberg als Ziel des Entwurfs,

- Das Bankaufsichtsrecht an die veränderte Situation der Kreditinstitute anzupassen,
- auf eine echte Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Kreditinstitute hinzuwirken,
- eine bessere Streuung der Kreditrisiken zu erreichen.

Schwerpunkt der Novelle ist die Einführung der bankaufsichtlichen Konsolidierung. Die geltenden Regeln zur Risikobegrenzung erfaßten nicht die Mehrfachbelegung von Eigenkapital in Kreditinstituts-Konzernen. Das geltende Recht lasse es zu, durch Erwerb oder Gründung von Tochterinstituten ein zusätzliches Kreditvolumen aufzubauen, ohne daß zusätzliches Eigenkapital eingesetzt werde. Neben den einzelnen Banken sollen daher künftig auch der jeweilige Bankkonzern einschließlich in- und ausländischer Töchter überwacht und das von ihnen aufbaubare Gesamtkreditrisiko begrenzt werden.

Wie Stoltenberg betonte, habe Ende 1982 die Überbelegung, also der Anteil der durch Eigenkapital nicht ausreichend unterlegter Kredite, rund 71 Milliarden Mark betragen. Die Novelle sieht eine Übergangszeit von fünf Jahren vor, danach in begründeten Ausnahmefällen auch Sonderregelungen durch das Bundesaufsichtsamt. Stoltenberg rechnet für einige Kreditinstitute „möglicherweise mit einer Phase verlangsamter Expansion", allerdings „wohl kaum" mit einer Rückführung ihres Kreditgeschäfts.

Die Grenze für den jeweils größten Kredit, den eine Bank vergeben kann, wird von 75 auf 50 Prozent ihres haftenden Eigenkapitals herabgesetzt. Künftig gelten Unternehmen schon dann als ein Kreditnehmer, wenn sie durch 40prozentige Beteiligung miteinander verbunden sind.

Im Kabinett sei der Eigenkapitalbegriff (mit Blick auf die Forderung der Sparkassen und kommunalen Spitzenverbände nach einem Haftungszuschlag) diskutiert worden. Es ist jedoch bei seiner Linie geblieben. Der Widerstand der Länder gerade gegen diese Haltung ist bekannt. Doch erinnerte Stoltenberg daran, daß der Gesetzentwurf im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig sei.

## Neues aus Nürnberg

Von WERNER NEITZEL

Die Spielwaren-Branche glaubt aufatmen zu können: Sie sieht das Pendel, das in den letzten beiden Jahren stark zu Elektronik-Produkten auszuschlagen begann, wobei insbesondere Videospiele Furore machten, wieder zurückschwingen. In dieser Einschätzung fühlt sie sich nicht zuletzt auch durch den Verlauf der jetzt in Nürnberg zuende gegangenen Internationalen Spielwarenmesse, des größten Schaufensters der Spielwarenproduzenten aus aller Welt, bestätigt.

In der Tat, die Anbieter von Videospielen sehen sich nicht nur im Schrittmacher-Land USA, sondern auch hierzulande mit einer deutlichen Ernüchterung am Markt konfrontiert. Es hat sich ausgeboomt. Da und dort wurde auf Herstellerseite bereits klammheimlich der Rückzug angetreten. Die kleinen freßgierigen Kopffüßler wie auch die zahllosen Bildschirm-Ballerspiele haben lediglich begrenztes Interesse wachhalten können. Zu den Ermüdungserscheinungen trug bei, daß die Märkte mit einer riesigen Flut teilweise vom Spielwert und von grafischer Qualität her allzu simpel angelegter Elektronikspiele überschwemmt wurde.

Die deutschen Spielwaren-Produzenten, die sich schon aufgrund ihrer durchweg mittelständischen Struktur und der durch begrenzte Mittel gedrosselten Risikobereitschaft aus jenem Geschäft heraushielten, frohlocken. Ihre Prognose über die Schnellebigkeit derartig konzipierter Elektronik-Erzeugnisse erwies sich im großen und ganzen als richtig.

Dennoch darf nicht übersehen werden, daß sich elektronisches Spielgerät inzwischen einen Anteil von acht bis zehn Prozent am gesamten deutschen Spielwaren-Marktvolumen, der auf runde drei Milliarden Mark zu veranschlagen ist, gesichert ist. Dies mußte natürlich angesichts der gesamtwirtschaftlich schwierigen Lage und des anhaltenden Schrumpfungsprozesses der real verfügbaren Einkommen zu Lasten einiger Produktgruppen der äußerst reichhaltigen Spielzeug-Pallette gehen.

Den Sprechern der deutschen Spielwaren-Branche ist beizupflichten, daß bei Marktbetrachtungen vielfach allzu sehr auf die Kirsche (sprich: Elektronik) gestarrt wurde, die sich überdies nicht immer als rechte Gaumenfreude erwiesen hat. Dabei droht häufig vergessen zu werden, daß der Kuchen, also das klassische Spielwaren-Sortiment, doch immerhin gute 90 Prozent des Marktvolumens ausmacht.

Für die Tatsache, daß sich das herkömmliche Spielzeug, in dem die deutsche Industrie und die vielen kleinen Werkstätten aufgrund ihres Qualitätsstandards und der Ideenvielfalt zu Recht weltweites Ansehen genießen, die Position behaupten konnte, gibt es eine Reihe plausibler Erklärungen: Das Bedürfnis vieler Kinder (und auch anderer Altersgruppen) nach Gefühl und Hinwendung ist, wenn es auch schwülstig klingen mag, nicht erlahmt. Wachsendes Nostalgie-Bewußtsein und die Suche nach phantasievollem und kreativem Spiel sind weitere Komponenten.

All dies sind Gründe, weshalb beispielsweise das traditionelle Gesellschaftsspiel – bereichert um neue Spielideen und geschmackvolle Aufmachung – seine Stellung behauptet und festigt. Auch wird erklärlich, warum zum Beispiel Puppen, Plüschtiere, gutes Holzspielzeug oder auch die elektrische Modelleisenbahn Trümpfe in der Käufergunst blieben. Die deutsche Spielwarenindustrie hat den Beweis angetreten, daß sie unter jenen Prämissen mit Kreativität und ansprechendem Design weiterhin in der Lage ist, Pluspunkte zu sammeln.

Dies dürfte auch unter dem Aspekt einer inzwischen wieder etwas ungünstigeren Situation im Außenhandel Gültigkeit behalten. Nachdem im Jahre 1982 der Importüberhang zurückgegangen war, hat er sich im Verlaufe des vergangenen Jahres wieder vergrößert. Die Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß in steigendem Maße elektronische Produkte und Billigspielzeug, für das auch ein gewisser Markt besteht, aus dem Ausland importiert wurden.

Der Verlauf der Nürnberger Spielwarenmesse, der von einer stärkeren Dispositionsfreudigkeit des Handels (bei zwar harten Preisgesprächen) gekennzeichnet war, gibt diesem Wirtschaftszweig allen Anlaß, der weiteren Zukunft mit Zuversicht entgegenzusehen, wenngleich auch hier Konzentrationstendenzen immer wieder für Unruhe sorgen. Für gutes Spiel und Hobby besteht allerorts Bedarf.

## AUF EIN WORT



„Durch die 35-Stunden-Woche sieht sich die Bekleidungsindustrie in ihrer inländischen Existenz bedroht. Denken wir doch noch an die 60er und 70er Jahre, in denen die Löhne so hochschnellten, daß durch die Einfuhr billiger Bekleidung aus dem Ausland rund 50 Prozent unserer Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verloren haben."

Friedrich W. Brinkmann, Vorsitzender des Verbandes der Herrenbekleidungsindustrie FOTO: DIE WELT

## Protektionismus wird abgelehnt

J. Sch. Paris

Verschiedene Ansätze zu einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind auf der dreitägigen Regierungskonferenz der OECD über das Beschäftigungswachstum erkennbar geworden. Insbesondere waren sich die Delegationen darüber einig, daß durch Protektionismus auf die Dauer keine Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen werden können. Vielmehr müßten die Anstrengungen für eine bessere Berufsausbildung vorangetrieben werden. Andererseits sprach man sich allgemein für eine Neuordnung der Arbeitszeit aus.

US-HAUSHALTSDEFIZIT

# Volcker sagt Verdoppelung des Kapitalzuflusses voraus

H.-A. SIEBERT, Washington

Die ausländischen Kapitalzuflüsse in die USA werden sich in diesem Jahr verdoppeln, und zwar gegenüber 1983 von netto 40 auf 80 Milliarden Dollar. Das sagte der Vorsitzende des Federal Reserve Board, Paul A. Volcker, vor dem Bankenausschuß des Repräsentantenhauses in Washington voraus. Das seien zwei oder mehr Prozent des amerikanischen Bruttosozialprodukts – „ein Zustand, der sich nicht lange aufrechterhalten läßt". Volcker, der die Geldpolitik der US-Notenbank verteidigte, machte dafür die hohen Zinsen verantwortlich, die aus Washingtons Rekordhaushaltsdefiziten resultierten.

Amerika befände sich an einem Scheideweg, fuhr Volcker fort. Bedroht sei die Netto-Investitionsposition der USA im Ausland; das größte und reichste Land der Welt sei im Begriff, international zu einem Netto-Schuldner zu werden. Es gäbe nur eine Rettung: Die Defizite müßten jährlich um 50 Milliarden Dollar abgebaut werden. Nur auf diese Weise könne ein Mechanismus installiert werden, der sinkende Zinsen garantiere. Offensichtlich glaubt Volcker, daß der ausländische Geldstrom bald abebbt.

Die Reaktion der Ausschußmitglieder läßt vermuten, daß der Kongreß im Wahljahr keine großen Defizitschnitte vornehmen wird. Nach eigenen Projektionen des Congressional Budget Office steigt das US-Haushaltsdefizit, einschließlich der staatlichen Kreditagenturen, im Finanzjahr 1985 auf 208 (1984: 203) und dann bis 1989 auf 339 Milliarden Dollar, „wenn sich die Steuer- und Ausgabenpolitik nicht ändert". Gleichzeitig nehmen Washingtons öffentliche Schulden von zur Zeit 1,3 auf 2,7 Billionen Dollar zu.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

# Optimistischere Stimmung auch bei den Unternehmern

WILHELM HADLER, Brüssel

Europas Unternehmer investieren wieder. Dies, zeigen die Ergebnisse der jüngsten EG-Umfragen. Für 1984 rechnen die Brüsseler Konjunkturexperten mit einer Zunahme der industriellen Investitionen in der Gemeinschaft um real 4,8 Prozent (zehn Prozent in laufenden Preisen). Eine ähnlich hohe Wachstumsrate hat es zuletzt im Jahre 1973 gegeben.

Wie die Kommission betont, müssen die genannten Zahlen allerdings in der richtigen Perspektive gesehen werden: Selbst wenn die (im Oktober/November) gemeldeten Investitionsvorhaben voll verwirklicht würden, wäre das Investitionsniveau immer noch niedriger als im Jahre 1981. Die Erfahrung zeige jedoch, daß die tatsächlich getätigten Investitionen meist etwas geringer ausfielen als ursprünglich beabsichtigt.

Die bedeutendsten Investitionen werden 1984 auf Gemeinschaftsebene in der Metallindustrie erwartet, worin sich vor allem die Strukturierungsbemühungen der europäischen Stahlunternehmen widerspiegeln. Erheblich mehr soll auch im Maschinenbau investiert werden. Hier melden besonders Großbritannien, die Niederlande, Belgien und Dänemark höhere Zahlen.

Allgemein setzt sich in der EG eine optimistischere Stimmung durch. Nach den Brüsseler Umfragen meldete die verarbeitende Industrie im Dezember in allen Mitgliedsstaaten vollere Auftragsbücher. Über bessere Exportaufträge berichteten vor allem die Industriellen in Großbritannien. Auch die Verbraucher äußerten sich durchweg positiver über die wirtschaftliche Entwicklung.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Über eine Billion längerfristige Anlagen

**Frankfurt** (dpa,VWD) – Zum Jahresende 1983 hat die längerfristige anlage von Ersparnissen im Bankensystem der Bundesrepublik durch inländische Kunden erstmals eine Billion Mark überschritten. Nach Angaben der Commerzbank AG, Frankfurt, fiel der Zuwachs der Geldkapitalbildung mit gut 70 Milliarden Mark wesentlich stärker aus als 1982 (48 Milliarden Mark), blieb aber weit hinter dem Rekord von 88 Milliarden Mark in 1981 zurück.

### Teuerungsrate gestiegen

**Wiesbaden** (rtr) – Der Preisauftrieb in der Bundesrepublik Deutschland hat sich im Januar beschleunigt. Wie das Statistische Bundesamt gestern mitteilte, stieg der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach endgültigen Berechnungen um 0,3 Prozent gegenüber Mitte Dezember. Die Jahresteuerungsrate erhöhte sich nach Angaben des Amtes damit wieder auf 2,9 Prozent von 2,6 Prozent im Dezember.

### Rekord-Handelsdefizit

**Washington** (Sbt.) – Auch auf Zahlungsbilanzbasis hat das US-Handelsdefizit alle Rekorde gebrochen. Es erhöhte sich 1983 um 24,2 auf 60,6 Milliarden Dollar. Im ersten Halbjahr machte das Durchschnittsminus auf Jahresbasis 47,2, im zweiten 74 Milliarden Dollar aus. Amerikas Exporte schrumpften um 11,2 Milliarden Dollar. Die US-Leistungsbilanz schloß mit einem Passivsaldo von rund 40 (1982: 11,2) Milliarden Dollar ab. Als Grund für die fatale Außenposition der USA nannte Handelsminister Malcolm Baldrige den starken Dollar, der amerikanische Waren auf dem Weltmarkt zu sehr verteuert habe. Diese Expansionsbremse werde nur beseitigt, wenn die US-Zinsen beträchtlich sinken würden.

### Run auf die Wintermode

**Düsseldorf** (Py.) – Mit einem wahren Run auf die neue Mode für Herbst/Winter 1984/85 haben die ersten Collections Premieren Düsseldorf der Internationalen Modemesse alle bisherigen Veranstaltungen in den Schatten gestellt. Rund 25 200 Einkäufer, fast 46 Prozent mehr als im Februar 1983, sorgten für eine erfolgreiche Orderrunde. Gut zwölf Prozent des Auftragsvolumens wurden zu überwiegend festen Lieferzeiten von Mitte Juni bis August vergeben. Dabei spielten Strickwaren, Mäntel, Sportswear und junge Mode eine dominierende Rolle.

### EG bleibt hart

**Genf** (rtr) – Die Europäische Gemeinschaft (EG) will nach Informationen aus Handelskreisen ihre Gegenmaßnahmen auf die US-Importbeschränkungen für Edelstahl wie geplant am 1. März einführen. EG-Repräsentant Frau von Thinh räumte jedoch ein, bis dahin gebe es noch „Raum für Diskussionen". Die USA hatten beim Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) beantragt, die EG-Maßnahmen um zwei Wochen zu verschieben, weil die geplanten Restriktionen der EG „exzessiv" seien.

### Wein-Import unbeschränkt

**Washington** (AP) – Die amerikanische Regierung lehnt nach den Worten von Landwirtschaftsminister John Block nach wie vor eine vom Kongreß gewünschte Einfuhrbeschränkung für Weine aus der EG ab. Wie Block am Dienstag in Washington vor Journalisten mitteilte, gilt dies selbst dann, wenn die Europäische Gemeinschaft Handelsschranken für landwirtschaftliche Produkte aus den Vereinigten Staaten errichten sollte.

### Kooperation mit Boeing?

**Paris** (J.Sch.) – Die Verwirklichung des Airbus-Projektes A 320 würde sich als unrentabel erweisen. Dies erklärte der Vizepräsident des amerikanischen Flugzeugbauers Boeing, Tex Boullioun, vor Luftfahrt-Journalisten in Paris. Bei Entwicklungskosten von zwei Milliarden Dollar müßte der Jahresabsatz 80 Flugzeuge im Jahr erreichen. Das aber sei unmöglich. Deshalb wäre es besser, die Airbus Industrie würde wegen dieses Projektes mit Boeing zusammenarbeiten.

ITALIEN / Hoffnung auf Zunahme der Investitionen

## Die Konjunktur erholt sich

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Anlageinvestitionen werden in Italien im laufenden Jahr voraussichtlich um real 0,7 Prozent zunehmen gegenüber einer Abnahme von 5,8 Prozent im vorigen Jahr und von 5,3 Prozent im Jahre 1982. Für die leichte Steigerung nach dreijähriger Rezession und Stagnation spricht dem Spitzenverband der italienischen Industrie zufolge vor allem die internationale Konjunkturerholung, die jetzt immer mehr auch die italienische Wirtschaft zu erfassen beginnt. Impulse werden auch von den Rationalisierungsbemühungen der Unternehmen ausgehen.

Die im Verhältnis zu dem erwarteten Wachstum des Bruttosozialprodukts (plus zwei Prozent) nur schwache Zunahme erklärt der Spitzenverband vor allem mit dem noch immer erst geringen Auslastungsgrad in den meisten Produktionszweigen sowie mit den Zinsen, die gegenüber denen im Ausland weiter hoch bleiben werden. Die Prime Rate des Bankensystems beträgt derzeit 18,25 Prozent, der durchschnittliche Schatzamtszins für kurzfristige Papiere etwas über 16 Prozent. Wirtschafts- und Finanzexperten zufolge werden diese Sätze bis Jahresmitte bestenfalls um einen Punkt gesenkt werden können, wenn es der Regierung mit etat- und lohnpolitischen Maßnahmen bis dahin gelingt, die Inflationsrate von jetzt 13 auf 12 Prozent zu senken. Einen noch stärkeren Zinsrückgang erwarten Experten dagegen erst, wenn die Inflationsrate wie beabsichtigt bis Jahresende auf 10 Prozent gedrückt wird.

Die Investitionskurve war in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres stark nach unten geneigt, richtete sich in der Folge aber wieder auf und läßt inzwischen eine gewisse Stabilisierung erkennen, die auch in den kommenden Monaten andauern dürfte. Nach Berechnungen des Spitzenverbandes der Industrie verzeichneten die Investitionen in Maschinenausrüstungen und Transportmitteln im vergangenen Jahr eine überdurchschnittliche Abnahme von real neun Prozent nach einem Rückgang im Vorjahr von acht Prozent. Prognosen für 1984 liegen in diesen drei Fällen noch nicht vor.

RAIFFEISEN / Politisches Umfeld macht Geschäft mit Agrarprodukten schwieriger

## Eindeutige Zielsetzungen notwendig

HENNER LAVALL, Bonn

Mit mehr Skepsis als Zuversicht geht der Deutsche Raiffeisenverband, Bonn, Spitzenorganisation der rund 6800 angeschlossenen Einzelgenossenschaften mit insgesamt 3,7 Millionen Mitgliedern, in das laufende Jahr. Präsident Willi Croll begründete dies gestern vor der Presse in Bonn mit dem abrupten Kurswechsel in der Brüsseler Agrarpolitik. Sowohl die Bauern als auch die Genossenschaften müßten sich auf geringere Erlöse, stärkere Marktschwankungen und eine Verwaltung einstellen, „die nur noch an der verfügbaren Finanzmasse orientiert ist".

Dabei sei die Agrarwirtschaft zu den notwendigen Opfern bereit, vorausgesetzt, die Politik definiere ihre Ziele endlich einmal „längerfristig und eindeutig". Was sich allerdings im Moment zwischen den Regierungen der einzelnen EG-Länder und der Kommission in Brüssel abspiele, lasse wenig Hoffnung.

Der Raiffeisen-Präsident warnte auch davor, die Vorschläge der EG-Kommission nur auf die Preisdaten hin abzuklopfen. „Der Teufel steckt im Detail", meinte Croll mit Blick auf die sogenannten flankierenden Maßnahmen. So würden die schon in Kraft getretenen verlängerten Zahlungsfristen für Milcherzeugnisse und Getreide sinkende Erzeugerpreise von mindestens einem Pfennig je Kilogramm (Milch) bzw. 1,50 DM je 100 kg (Getreide) bewirken.

Auch die verschärften Qualitätskriterien bei beiden Produkten würden ohne Preisausgleich für die Produzenten erfolgen. Als gefährlich stufte Croll ferner die zeitliche Aussetzung der Magermilchpulver-Intervention ein. Da die Erzeugung weitergehe, sei mit nachhaltigen Preiseinbrüchen auf dem gesamten Milchmarkt zu rechnen.

Die Raiffeisen-Genossenschaften sehen sich deshalb im laufenden Jahr verstärkt dem Zwang ausgesetzt, die Belastungen aus Kostensteigerung und Preisdruck an die Erzeuger weiterzugeben. Schon im vergangenen Kalenderjahr, so Raiffeisen-Generalsekretär Hans-Jürgen Wick, sei es der Organisation schwergefallen, Agrarprodukte zu Preisen in den Märkten unterzubringen, die den Vorstellungen und den Bedürfnissen der Erzeuger entsprachen.

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung habe kaum Spielraum für Verbrauchszunahmen im Inland gelassen. Dies gelte auch für andere EG-Länder und verstärkt für den Weltmarkt, auf dem es zwar genügend Nachfrage, aber deutlich weniger Kaufkraft gebe.

Die Zuversicht, mit der die Genossenschaften in das Jahr 1983 gegangen sind, hat sich dennoch als richtig erwiesen. So stiegen die addierten Umsätze der Waren-, Verwertungs- und Dienstleistungs-Genossenschaften um 4,3 Prozent auf 82,8 Mrd. DM. Die Ertragslage war nach Angaben des Verbandes zwar regional und nach Tätigkeitsfeld unterschiedlich, insgesamt jedoch befriedigend. Investiert wurden von fast 2 Mrd. DM, vorwiegend in den schwach strukturierten Gebieten. Die Genossenschaften wickeln inzwischen gut ein Drittel der Verarbeitung und des Verkaufs bei deutschen Ernährungsgütern ab.

MUSIKMESSE / Es wurden handfeste Aufträge geschrieben

## Exporterfolge halten an

INGE ADHAM, Frankfurt

Noch schwieriger als an den vier vorangegangenen Tagen wurde es am letzten Tag der Frankfurter Musikmesse, traditionell der „Publikumstag", an die ausgestellten Instrumente vorzudringen. Kein Zweifel, das Interesse nicht nur der „Professionellen" am Musizieren ist groß. Zur Freude der 748 Aussteller aus 32 Ländern, darunter rund 100 Musikverlage, die ihre Präsenz deutlich verstärkt haben, blieb es aber nicht beim Interesse: es wurden handfeste Aufträge geschrieben.

Ungefähr jeder dritte der an die 48 000 (i. V. 40 000) Besucher kam aus dem Ausland, Beleg für die Internationalität der Frankfurter Musikmesse, aber auch Indiz für die anhaltenden Exporterfolge der rund 100 deutschen Instrumente-Hersteller. Sie exportieren etwa 60 Prozent ihrer Produktion und sehen, nachdem die Branche die schwierigen Jahre 1982 und 1983 nach eigenem Bekunden „ohne Substanzverlust" überstanden hat, aufgrund der Bestellungen auf dieser Messe einen Aufwärtstrend. Schwerpunkt des Messegeschäfts war auch diesmal wieder der Bereich der Elektronik, jedoch registrierten auch die Hersteller „klassischer" Instrumente ein Wiedererwachen des Interesses.

Daß auch die Deutschen im weitgehend von den Japanern beherrschten Feld der Elektronik mitmusizieren können, hat übrigens die Hohner AG, der mit knapp 140 Mill. DM Jahresumsatz größte deutsche Instrumentehersteller, unter Beweis gestellt: Die 20 Prozent Umsatzzuwachs des vergangenen Jahres stammen fast ausschließlich aus dem Bereich elektronischer Musikinstrumente.

Auch die Namen deutscher Klavierbauer wie beispielsweise Grotrian-Steinweg haben dort einen guten Klang. Noch nicht wieder ausgleichen konnten die Klavierhersteller die rezessionsbedingten Einbrüche in den wichtigen Abnehmer-Ländern Frankreich und Italien, obwohl auch bei ihnen von einer „guten Messe" gesprochen wird. Weniger zufrieden zeigen sich deutsche Kleinmusikinstrumente-Hersteller, die seit langem unter einer Flut von Billigimporten leiden.

GROSSBRITANNIEN / Rekord bei Verbraucherkrediten

## Haushaltsgüter sehr gefragt

WILHELM FURLER, London

Teilzahlungs- und andere Verbraucherkredite haben in erster Linie den Boom bei den Konsumentenausgaben im vergangenen Jahr in Großbritannien finanziert. Nach Angaben des Ministeriums für Handel und Industrie erreichte der Gesamtbetrag der ausstehenden Raten für Verbraucherkredite Ende vergangenen Jahres den Rekord-Betrag von 14,3 Milliarden Pfund (57 Milliarden Mark). Das sind immerhin 24 Prozent mehr als zum Ende 1982. Insgesamt erreichten die Privatpersonen neu eingeräumten Kredite im vergangenen Jahr einen Betrag von 10,5 Milliarden Pfund (gut 40 Milliarden Mark).

Entsprechend stiegen die Umsätze bei Konsumgütern. Jetzt veröffentlichten Statistiken zufolge lagen die Einzelhandelsverkäufe im vergangenen Jahr wertmäßig um 5,7 Prozent über denen von 1982. Der stärkste Nachfrage-Anstieg wurde bei Haushaltsgütern verzeichnet, wo die Verkäufe im vergangenen Jahr dem Volumen nach um elf Prozent höher lagen als im Jahr zuvor.

Der Grad, zu dem sich die Briten durch Käufe auf Stottern, Überziehungs-Kredite und Hypothekenkredite in den letzten Jahren verschuldet haben, hat rapide zugenommen. Zwar liegen nur Schätzungen vor, doch gibt es kaum Zweifel an deren Richtigkeit. So geht die Lloyds Bank, viertgrößte britische Geschäftsbank, in ihrem jüngsten Wirtschaftsüberblick davon aus, daß der Grad der Gesamtverschuldung im Durchschnitt der britischen Haushalte von 40 Prozent des Einkommens im Jahre 1970 auf heute 60 Prozent geklettert ist.

Diesen Schätzungen zufolge lag die Höhe der ausstehenden Hypothekenkredite im Schnitt der britischen Haushalte bei 9100 Pfund (gut 36 000 Mark), die der ausstehenden Verbraucherkredite bei knapp 1000 Pfund (4000 Mark). Seit einiger Zeit wird beobachtet, daß die Briten ihre Hypothekenkredite erheblich stärker erhöhen, als der Wert des Hausbestandes in Großbritannien zunimmt.

FRANKREICH / Die industrielle Umstrukturierung verursacht hohe Kosten

## „Umschulungsurlaub" für Entlassene

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung hat gestern die Grundsätze ihres Plans zur industriellen Umstrukturierung festgelegt. Sie betreffen vor allem die Stahlindustrie, den Schiffbau und den Kohlenbergbau, deren Unternehmen zum weitaus größten Teil verstaatlicht sind. Die Kosten ihrer „Mutation" werden allein für dieses Jahr auf sechs Milliarden Franc geschätzt. Dazu kommen etwa vier Milliarden Franc an neuen Staatskrediten zu Vorzugsbedingungen und der noch nicht bezifferte soziale Aufwand für die Freisetzung überschüssiger Arbeitskräfte ohne Entlassungen.

In der Stahlindustrie, die ihre Belegschaft um mindestens 20 000 Personen kürzen soll, spricht der Plan von verstärkten Investitionen in wettbewerbsfähigen Betrieben. Bei den Langprodukten müßte die Erzeugung auf das Elektroverfahren umgestellt werden, beim Edelstahl sei die Produktion auf am besten geeignete Werke zu konzentrieren.

Bei der Kohlenförderung ist entgegen früherer Regierungspläne keine Steigerung, sondern ebenfalls eine weitere Verminderung geplant. Die Produktion soll auf die besten Zechen konzentriert und die Produktivität verbessert werden. Die ursprünglich auf 8000 Bergleute bezifferte Belegschaftskürzung wurde inzwischen auf 4000 begrenzt. Im Schiffbau wird jeder der fünf Werften eine minimale Beschäftigung garantiert. Dort soll die Reduzierung der Kapazitäten im Gleichschritt mit ihrer Modernisierung erfolgen. Die Staatshilfe allein für diese Industrie mit 6 Milliarden Franc Umsatz beträgt 3,8 Milliarden Franc. Dafür wird ein Einstellungsstopp verfügt. Außerdem sollen die vorzeitigen Pensionierungen beschleunigt werden. Hier sind etwa 6000 Arbeitsplätze aufzugeben.

Von früheren Restrukturierungsplänen unterscheidet sich der jetzt beschlossene sozial vor allem durch die Einführung eines sogenannten „Umschulungsurlaubs" (Congé de Reconversion), von dem in den drei Betriebszweigen 10 000–15 000 Arbeitnehmer profitieren sollen. Sie scheiden zwar aus dem Unternehmen aus, erhalten aber zwei Jahre lang weiterhin 70 Prozent des Lohns und gelten nicht als Arbeitslose. Die Lohnfortzahlung soll vom Staat, dem Unternehmen und der Arbeitslosenversicherung finanziert werden. Um für die Umschulungsurlauber neue Arbeitsplätze verfügbar zu machen, werden zwölf Rekonversionszonen mit besonders günstigen Investitionsbedingungen geschaffen. Dort erhalten Unternehmen für jeden dieser von ihnen übernommenen Urlauber einen staatlichen Zuschuß von 40 000–50 000 Franc. Darüber hinaus werden Steuererleichterungen und staatliche Vorzugskredite gewährt. Dagegen hat die Regierung den Vorschlag abgelehnt, in den Rekonversionszonen die Entlassungsrestriktionen zu lockern.

SCHWEIZER BÖRSE / Vom Ausland vernachlässigt

## Bankiers sind optimistisch

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Gute Chancen für die schweizerische Börse mit einem Anstieg des Kursniveaus um 10 bis 15 Prozent und größeren Steigerungen einzelner Werte sieht die Zürcher Bank Bär & Co AG. Auf ihrer Empfehlungsliste stehen zur Zeit marktbreite Publikumsaktien wie BBC, Hoffman La Roche, Holderbank, Bankgesellschaft-Partizipationsscheine und Surveillance sowie als marktengere Titel Interdiscount, Intershop, Autophon, Zürcher Ziegelen, Crédit Foncier und Hypo Aargau.

Die Schweizer Börse sei ein von Ausländern noch nicht „entdeckter" Markt, der die Hausse der Weltbörsen nur in bescheidenem Maße mitgemacht hat. Damit begründen die Bankiers ihren Optimismus. Das Kursniveau liege noch um rund sechs Prozent unter dem historischen Höchststand, der an anderen internationalen Märkten um 20 bis 50 Prozent überschritten worden ist.

Die Wertpapierexperten der Bank rechnen damit, daß international operierende Investoren im Zuge der Diversifizierung am Schweizer Markt nicht vorübergehen, wo Aktien derzeit im Schnitt nur mit dem 10,4fachen der für dieses Jahr erwarteten Gewinne bewertet werden, während das Kurs/Gewinn-Verhältnis in den vier Vorjahren zwischen 11 und 12,7 gelegen habe und auf dem 1972er Kursgipfel sogar bei 16 bis 17. Für eine Wiederentdeckung der Schweizer Börse durch Ausländer spreche noch ein zu erwartender Kursanstieg des Franken gegenüber dem Dollar um etwa zehn Prozent.

Für – trotz einiger Störfaktoren – weiterhin interessant halten die Zürcher Bankiers die deutsche Börse. Für deutsche Standardwerte mit relativ niedrigem Kurs/Gewinn-Verhältnis – in der letzten Zeit waren Veba und Deutsche Bank zu erheblich niedrigeren Kursen empfohlen worden – sehen sie Kurssteigerungschancen. Sollte das Kursniveau noch etwas zurückgehen, „sind wir wieder voll auf der Kaufseite", sagten die Bär-Experten.



## Merck-Ergebnis wieder auf Kurs

Wb. Darmstadt

Das Chemie- und Pharmaunternehmen E. Merck, Darmstadt, hat nach vorläufigen Angaben seinen Jahresgewinn (vor Gesellschafter-Steuern) 1983 um etwa 30 Prozent auf rund 30 (23) Mill. DM gesteigert. Damit wurde der 15prozentige Rückgang des Vorjahrs mehr als ausgeglichen – das Ergebnis liegt auch um 10 Prozent über dem des Jahres 1981.

Der Weltumsatz der Gruppe hat um 7 Prozent auf 2,6 (2,3) Mrd. DM zugenommen. Dabei hat sich die Lage der meisten Auslandstöchter gebessert, so das Unternehmen. Auch der Inlandskonzern, auf den etwa die Hälfte der Umsätze entfallen, verzeichnete wieder eine günstigere Entwicklung als 1982. Seine Warenerlöse – noch nicht ganz gleichbedeutend mit den Umsätzen – wuchsen um 6,5 Prozent auf 1,226 (1,15) Mrd. DM.

Im Gegensatz zum Vorjahr kam dabei der Schub aus dem Inlandsgeschäft, das um 9,5 (1,5) Prozent zunahm. Im Export wurde mit einem Plus von 4,1 (4,7) Prozent das Wachstumstempo des Vorjahrs nur knapp gehalten. Grund dafür war vor allem ein Rückgang der Pharmaausfuhr um 18 Prozent, der auch durch 12 Prozent höhere Chemikalienexporte nicht mehr auszugleichen war. Der Pharmabereich war schon 1982 nur noch mit 36 Prozent am Konzernumsatz beteiligt.

WESTDEUTSCHE KUNSTMESSE / Zum 15. Mal

## Preistrend hat sich beruhigt

LEO FISCHER, Düsseldorf

Unter besonders schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen findet nach Meinung von Günther Abels, dem Vorsitzenden des rheinischen Kunsthändler-Verbandes, die 15. Westdeutsche Kunstmesse vom 16. bis 21. März in Düsseldorf statt. Wie Abels auf einer Pressekonferenz erklärte, habe der Kunsthandel die Rezession zwar vergleichsweise gut überstanden. Auch sei er von so schwerwiegenden Krisenerscheinungen wie Eisen und Stahl in Nordrhein-Westfalen verschont geblieben. Insgesamt hat sich die Preisentwicklung auf dem Kunstmarkt aber beruhigt, auch wenn Spitzenobjekte nach wie vor Höchstpreise erzielen. Die Westdeutsche Kunstmesse – jetzt schon die 15. – gehört heute nach den Worten von Abels zu den bedeutendsten Ausstellungen dieser Art in Deutschland und Europa.

Der Vorsitzende des Rheinischen Kunsthändler-Verbandes bestätigte, daß es gar keine Diskussion über den von Anfang an praktizierten jährlichen Wechsel des Veranstaltungsortes zwischen Düsseldorf und Köln geben könne. Diese Praxis werde von der Westdeutschen Kunstmesse fortgesetzt. Die Teilnehmerzahl der diesjährigen Messe ist mit 162 etwas kleiner als in den letzten Jahren. Gegenüber der ersten Messe im Jahre 1970 mit 110 Ausstellern ist aber eine kräftige Zunahme festzustellen.

Sosehr es den Kunsthändler mit Stolz erfülle, meinte Abels, wenn eins seiner Objekte Eingang in ein Museum gefunden habe – wichtigster Partner für den Kunsthandel bleibe der private Kunstsammler. Die Bedeutung des privaten Sammlers für die Förderung der Kunst werde bei der Besteuerung jedoch nicht berücksichtigt. Abels verwies in diesem Zusammenhang auf das gute Beispiel der Franzosen. In Frankreich wurde der Kunstbesitz bei der Einführung der Vermögensteuer unter Präsident Mitterrand ausdrücklich ausgenommen.

Bei diesem Vorwurf an den deutschen Gesetzgeber geht es Abels aber nicht so sehr um die zahlenmäßigen Beträge. Das Aufkommen der Vermögensteuer aus Kunstbesitz werde auf unter zehn Millionen Mark geschätzt. Schlimmer wirke das unübersichtliche und komplizierte Bewertungs- und Veranlagungsverfahren. Der psychologische Abschreckungsprozeß bewirke, daß Käufe und Verkäufe möglichst im Ausland getätigt werden und Sammlungen im Ausland angelegt und dort belassen werden, um sie der Erfassung des deutschen Fiskus zu entziehen.

GENERAL MOTORS / Umfangreiche Kostensenkungen bringen deutlichen Erfolg

## Rekordgewinn im Aufschwungjahr

H.-A. SIEBERT, Washington

Schon im ersten Aufschwungsjahr nach zwei kurz aufeinanderfolgenden Rezessionen hat die General Motors Corp., Detroit, einen neuen Rekordgewinn erzielt. Wie der Vorstandsvorsitzende des größten Automobilkonzerns der Welt, Roger B. Smith, vor dem National Press Club in Washington mitteilte, betrug er 1983 nach Steuern 3,7 Milliarden Dollar (rund 10,2 Milliarden Mark), verglichen mit 962,7 und 333,4 Millionen Dollar in den beiden vorausgegangenen Jahren. 1980 hatte das Unternehmen einen Verlust in Höhe von 762 Millionen Dollar erwirtschaftet. Den alten Rekord stellte „GM" 1978 mit 3,5 Milliarden Dollar auf. Das heißt, in nur drei Jahren haben sich die Erträge um 4,5 Milliarden Dollar verbessert.

Einen neuen Höchststand erreichten auch die Umsätze. Sie betrugen nahezu 74,6 Milliarden Dollar gegenüber 60,0 und 62,7 Milliarden Dollar 1982 und 1981. Die Kraftfahrzeugverkäufe sind seit 1980 weltweit lediglich um 9,9 Prozent auf knapp 7,8 Millionen Einheiten gestiegen. In den USA wurden im vergangenen Jahr 5,1 (Pkw: 4, Lkw und Busse: 1,1) Millionen, in Kanada 802 000 und in Übersee mehr als 1,8 Millionen Fahrzeuge abgesetzt.

Smith führte die scharfe Wende auf die durch umfangreiche Kostensenkungen reduzierte Gewinnschwelle zurück. Ohne diese Schnitte und gemessen am 78er Aufwand wäre der Konzern 1983 nur knapp einem erneuten Verlust entgangen, betonte er. Obwohl sich die Umsatzrendite, verglichen mit 1982, von 1,6 auf fünf Prozent verbessert hat, ist laut Smith „noch viel zu tun". Die Geschäftsführung will nach seinen Worten die Bedingungen der 60er Jahre wiederherstellen, als sich bei General Motors das eingesetzte Kapital mit zehn Prozent verzinste.

„GM" hat im letzten Jahr vier (1982: 6,2) Milliarden Dollar investiert, für 1984 werden die Investitionen auf rund sechs Milliarden Dollar veranschlagt. Das Schwergewicht liegt auf dem Projekt „Saturn", das auf die Entwicklung eines neuen Verfahrens zum Bau von Kleinwagen zielt, dem kalifornischen Joint Venture mit Toyota und der Errichtung zwei neuer Montagewerke für Luxuswagen.

Ende 1983 beschäftigte „GM" weltweit 730 000 Mitarbeiter, gegenüber 626 000 vor Jahresfrist. Eine Arbeitsstunde kostete in den USA 22 Dollar. Das Betriebskapital erhöhte sich von 1,6 auf 5,9 Milliarden Dollar, während sich die Verbindlichkeiten von 5,6 auf 4,4 Milliarden Dollar verringerten. Das Verhältnis der Schulden zum Eigenkapital schrumpfte von 23,6 auf 17,5 Prozent; die Aktiva nahmen von 41,4 auf 45,7 Milliarden Dollar zu. Für Forschung und Entwicklung wendete „GM" 1983 über 2,6 Milliarden Dollar auf.

Für das Gesamtjahr 1983 wird General Motors eine Dividende in Höhe von 892 Millionen Dollar ausschütten; zum erstenmal seit vier Jahren erhält das Management eine Tantieme, für die 180 Millionen Dollar vorgesehen sind. An die 531 000 Beschäftigten in den USA verteilt der Konzern als Anteil am Gewinn 322 Millionen Dollar. Das sind 606 Dollar pro Kopf. Laut Smith will „GM" das System der Gewinnbeteiligung weiter ausbauen. Nach einem neuen Plan können die Mitarbeiter für das Geld „GM"-Aktien erwerben und/oder es in einen „garantierten Einkommensfonds" einbringen.

GHH / Hauptversammlung: Aufschwung in Sicht

# Götte dämpft Optimismus

py./dpa/VWD, **Oberhausen**

Beim Gute Hoffnungshütte Aktienverein (GHH), Europas größtem Maschinen- und Anlagenbauer, sieht man Zeichen eines Aufschwungs. Allzu optimistische Erwartungen dämpfte der neue Vorstandsvorsitzende Klaus Götte in der Hauptversammlung gestern in Oberhausen jedoch mit der Vermutung, daß die Belebung „rasant wie nach früheren Rezessionen nicht verlaufen" werde. Das liege vor allem an den nicht kurzfristig lösbaren Problemen der weltweiten Verschuldung sowie am immer noch relativ hohen Zinsniveau.

Die GHH konnte in der ersten Hälfte des laufenden Geschäftsjahres 1983/84 (30. Juni) den Umsatz um 5,5 Prozent auf 7,65 Mrd. DM, den Auftragseingang um gut 11 Prozent auf 8,4 Mrd. DM und den Auftragsbestand bis Ende 1983 um 4,9 Prozent auf 17,8 Mrd. DM steigern.

Die Bestellungen aus dem Inland blieben noch um 7,8 Prozent hinter dem Vorjahreswert zurück, während sie im Ausland um 31 Prozent anstiegen. Diese Zahlen relativierte Götte jedoch mit der Feststellung, daß der Trend im Inlandsgeschäft deutlich aufwärts gerichtet sei. Seit September hätten die Auftragseingänge in diesem Bereich mit durchschnittlichen Monatsraten von über 15 Prozent kontinuierlich zugenommen. Die Situation im Export nannte Götte „unstet, im Großanlagenbau sogar unbefriedigend". Insgesamt sei die Beschäftigung der Kapazitäten immer noch unzureichend.

Vorstandsmitglied Heinz Krämer kündigte an, daß GHH für das laufende Geschäftsjahr nochmals die Dividende senke. Bereits für 1982/83 war die Ausschüttung an die 30 000 Aktionäre, darunter der Regina Verwaltungsgesellschaft (Allianz/Commerzbank) als Großaktionär mit über 25 Prozent, von sieben auf fünf DM je 50-DM-Aktie zurückgenommen worden. Krämer begründete die erneute Dividendenkürzung, über deren Ausmaß heute noch keine Aussage gemacht werden könne, mit dem völligen Dividendenausfall bei der Tochter M.A.N. im Geschäftsjahr 1983.

Entscheidend für die weiteren Dividendenaussichten der Gutehoffnungshütte und damit der Kapitalmarktfähigkeit sei, daß M.A.N. die Krise schnell überwinde. Im Verlauf der Diskussion sagte Kraemer, daß auch im Geschäftsjahr 1984 wieder mit einem Fehlbetrag zu rechnen sei. Die Hauptversammlung, die Kritik an Fehlern des früheren Managements im Zusammenhang mit M.A.N. übte, genehmigte die Tagesordnungspunkte schließlich bei nur wenig Gegenstimmen.

Alles in allem bezeichnete Götte den GHH-Konzern als eine „durchaus kraftvolle Veranstaltung". Die Konzernbilanz des Jahres 1982/83 mit den daraus ersichtlichen Deckungs- und Liquiditätsverhältnissen würde sich auch manche Firma wünschen, die nicht gerade in der GHH-Verlegenheit sei, die Dividende kürzen zu müssen. Dabei seien die stillen Reserven, die in den Unternehmen und damit bei den im Aktienverein ruhenden Beteiligungen liegen, aus der Bilanz noch gar nicht ersichtlich.

Der Vorstand habe eine Analyse möglicher Strukturalternativen eingeleitet. Er werde in absehbarer Zeit festlegen, was zu tun ist, um ein neues Gleichgewicht herzustellen.

## KONKURSE

**Konkurs eröffnet: Arnsberg:** Sonnewend GmbH; **Bad Homburg:** Malei-Marketing u. Service GmbH; **Bochum:** Elisabeth Augstein geb. Seeger, Kauffrau; **Braunschweig:** Magni-Bauges. mbH; **Duderstadt:** Erd- u. Wegebau Glahn GmbH; **Düsseldorf:** Gustav Manthei, Kaufmann, Ratingen 5; **Freiburg i. Br.:** Freizeit- u. Gewerbe Auto GmbH Kfz.-Meisterbetrieb; **Gelsenkirchen:** Merkur-Möbel GmbH; **Gießen:** Fritsch-Immobilien Fritsch Verwaltungs GmbH; **Kehl:** Manfred Schmitt, Kaufmann, Kehl-Neumühl, Inh. d. Gebr. Schmitt Baustoffe; **Michelstadt:** Nachl. d. Hans Willi Faust, Breuberg-Neustadt; **Mönchengladbach:** Willi Vos Verwaltungsges. mbH; **München:** Carl Robert Preyß, Kaufm., Alleininh. d. Ertel-Werk f. Feinmechanik, Puchheim; Laimer Teppichhandels GmbH; High Bird Filmverleih & Musikverlag GmbH; UDO Rechenzentrum GmbH; GAV Grundstücksankaufs- u. Verwertungsges. mbH, Rosenheim; Pro Domo Ges. f. Verwaltung v. Haus- u. Grundbesitz mbH, Rosenheim; Nachl. d. Emile André Souvignier; Nachl. d. Reinhold Alfred Kurt Schaller; **Münster:** Hermann Borchard GmbH & Co. KG; **Schwäbisch Gmünd:** KG d. Gebr. Kühn; Rolf Wolfgang Veit, Kaufm.; **Wuppertal:** Wolfgang Benkert Bauelemente Vertriebs-GmbH.

**Anschluß-Konkurs eröffnet: Augsburg:** ILA-Bau GmbH & Co. KG, Diedorf; **Pforzheim:** Robert Vogel GmbH & Co. KG.

**Vergleich beantragt: Bonn:** Dienel & Jakob KG, Konservenfabrik, Bad Honnef; Werner Röhle, Bad Honnef; Siegfried Röhle, Bad Honnef.

DEUTSCHE PAPIERINDUSTRIE / Preiserhöhungen bei fünf Prozent – Die Kapazitäten sind voll ausgelastet

# Exportwachstum beflügelte zu Rekordproduktion

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die deutschen Verbraucher von Papier und Kartonagen müssen im laufenden Jahr mit zum Teil nicht unerheblichen Preissteigerungen rechnen. Nach den Worten des Präsidenten des Verbandes Deutscher Papierfabriken (VDP), Carl-Ludwig Graf von Deym, werden sich die Preiserhöhungen nicht sprunghaft, sondern innerhalb der Fünf-Prozent-Marke vollziehen, in Spezialsortengruppen aber auch darüber liegen. Deym begründete die künftige Preisentwicklung mit dem Hinweis, daß es im vergangenen Jahr trotz Produktions- und Umsatzsteigerungen nur in „bescheidenem Umfang" von zwei Prozent gelungen sei, Preiserhöhungen weiterzugeben, zumal die Ertragsentwicklung hinter der Mengenentwicklung zurückgeblieben sei.

Der Ertragsdruck rührt nicht allein von den bis zu 20 Prozent gestiegenen Zellstoffpreisen, die 1984 um weitere elf Prozent gewachsen sind, sondern auch von den höheren Dollarkursen. Und die treffen im Zellstoffbereich gleich zweimal, da dieser wichtige Rohstoff in Dollar fakturiert wird. Die Industrie verbrauchte 1983 rund 3,1 Mill. t Papierzellstoff, von denen über 2,5 Mill. t eingeführt werden mußten. Weiterer Kostendruck entstand aus dem teureren Einsatz von schwerem Heizöl (plus 25 Prozent), dem nach Preissenkungen auch 1984 wieder höhere Holzpreise folgten.

In den einzelnen Sortengruppen rechneten Sprecher der Papierindustrie bei graphischen Papieren für Werbung und Bürozwecke über Jahr mit schrittweisen, oberhalb 5 Prozent liegenden Preisen, bei Illustrationspapieren ab Mitte des Jahres nach längerer Phase der Stabilität mit einem Plus von 5 Prozent. Bei Zeitungspapieren lasse sich die Entwicklung wegen des harten Wettbewerbs und eher labilen Preisen noch nicht absehen. Einen gewissen Druck auf die Preise üben nach den Worten von Graf Deym die Importe von Zeitungspapier (bei 60 Prozent) aus. Dagegen liege die Importquote bei Zeitschriftenpapier bei 25 bis 30, und bei Karton um 30 Prozent.

Mit der wiederangesprungenen Konjunktur laufen in der Branche, die als Nr. 1 in Europa gilt, auch die Papiermaschinen schneller. Schon 1983 hatte sich die Produktion insgesamt besser entwickelt als zu Anfang vorausgesagt. Höherer Inlandsverbrauch, aber vor allem das hohe Exportwachstum hatten die Produktion bei praktisch voll ausgelasteten Kapazitäten auf ein Rekordniveau gebracht. Die Verdopplung der Exportquote auf 29 Prozent innerhalb von 10 Jahren war zu Beginn der Entwicklung für ausgeschlossen gehalten worden. Die Tendenz sei weiter steigend, was die Industrie als Beweis hohen Qualitätsstandards wertet. Dagegen erreichten die Importe einen Anteil von 40 (39) Prozent.

An der Spitze der Papierkonjunktur lagen 1983 die graphischen Papiere, die gleichzeitig die Hälfte des Papiermarktes ausmachen. Hier gerade gelang es der Industrie, im Export stärker Fuß zu fassen. Aber auch im Inland sorgte die werbetreibende Wirtschaft für einen besseren Absatz in Rollendruck- und Formatpapier. Etwas langsamer lief das Geschäft im Verpackungsbereich, was aber in Zeiten anspringender Konjunktur durchaus normal erscheint.

Für 1984 rechnet die Branche mit einer Produktionssteigerung von 4 Prozent; dieses Wachstum sei durchaus noch mit den bestehenden Kapazitäten zu schaffen. Die über die letzten Jahre gesunkenen Investitionen – 1980: 1 Mrd. DM, 1983: 600 Mill. DM – seien gemessen am Umsatz durchaus passabel, meinte Graf Deym. Auch in Flautezeiten habe man mutig investiert. Die Ertragslage der Papierfabriken hat sich 1983 leicht verbessert. Der Brutto-Cash-flow ist von 7,7 auf etwas über 8 Prozent des Umsatzes gestiegen, zur nachhaltigen Sicherung der Arbeitsplätze waren jedoch 12 bis 13 Prozent nötig.

SCHÖPFLIN

# Versandhandel stagnierte

**M. F. Lörrach**

Das Großversandhaus Schöpflin GmbH, Lörrach/Baden, blieb im vergangenen Jahr nicht von der Flaute im deutschen Versandhandel verschont. War 1982 das schlechteste Jahr der Nachkriegszeit im stationären Handel, so traf es im Jahr 1983 die Versandunternehmer. Schöpflin, Tochtergesellschaft des zur Schickedanz-Gruppe, Fürth, gehörenden Großversandhauses Quelle, war nach Angaben der Schöpflin-Geschäftsleitung gezwungen, im Preissenkungsspiel der Warenhaus-Unternehmen mit Sonderkatalogen und Prospekten mitzumischen, verlor aber dennoch nicht den Blick auf die Ertragsrechnung: das Ergebnis des Geschäftsjahres 1983/84 (31. Januar) werde in Vorjahreshöhe liegen, das zwar „nicht berauschend", aber „schwarz" war.



Der Pro-Kopf-Umsatz stieg 1983 auf 305 924 (Vorjahr: 289 722) DM. Die Zahl der Beschäftigten wurde auf 1570 (1693) reduziert. Nachdem im Kalenderjahr 1983 der Schöpflin-Umsatz um 2,1 Prozent auf 480,3 Mill. DM zurückging, wird für das Jahr 1984 ein Umsatzwachstum von voraussichtlich zehn Prozent erwartet, das sowohl von der Zusammenlegung des Quelle- mit dem Schöpfling-Außendienst bei den Sammelbestellern ab 1. Februar 1984 als auch vom Einzelbesteller-Geschäft kommen soll. Der gesamte Marktanteil von Schöpflin im Bundesgebiet liegt bei etwa 2,6 Prozent.

CG VIEH / Schweinepreise galoppieren abwärts

# Positive Betriebsergebnisse

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Nach dem Verlustabschluß im Geschäftsjahr 1982 (gut 6 Mill. DM) arbeitet die Centralgenossenschaft für Viehverwertung eG (CG), Hannover, wieder mit schwarzen Zahlen. Nach Angaben des Vorstands wird das Konzernergebnis zwar „nicht berauschend" ausfallen; gemessen am Jahre 1982 aber sei das Prädikat „sehr befriedigend" gerechtfertigt.

Die wesentlichen Tochtergesellschaften, vor allem die Landwirtschaftliche Fleischzentrale GmbH (LFZ), operierten mit positiven Betriebsergebnissen. Das schlechte Ergebnis 1982 wurde nach den Worten des CG-Vorstandschefs Rickwan Freiherr von der Lancken-Wakenitz durch Schwierigkeiten bei der Abwicklung eines Polen-Auftrags, durch Stillegungs- und Anlaufverluste bei Schlachthöfen und durch interne Probleme bei der LFZ verursacht. In der CG-Bilanz, die 1982 ausgeglichen abschloß, wurde die LFZ-Beteiligung um 40 Prozent abgeschrieben.

Der in der LFZ-Bilanz vorgetragene Verlust (8,9 Mill. DM) wird nach den Worten von der Lanckens 1983 dazu führen, daß auch die Konzernbilanz der CG noch einmal negativ abschließen wird. Die Beteiligung der LFZ stehe jetzt noch mit 12 Mill. DM bei der Mutter zu Buche.

Im Jahre 1983 hat die CG/LFZ, einer der größten Fleischvermarkter Europas, der Menge nach 8 Prozent Schweinefleisch mehr vermarktet als im Vorjahr. Der Rückgang der Schweinepreise um rund 12 Prozent ließ aber den Gruppenumsatz um rund 6 Prozent auf knapp 3 Mrd. DM zurückgehen. Der Fremdumsatz verringerte sich auf 2,2 (2,28) Mrd. DM. Vom Umsatz entfallen etwa zwei Drittel auf Schweine und ein Drittel auf Rinder. Das Preisniveau für Rindfleisch (1983 knapp 200 000 Schlachtungen) sei 1983 nahezu stabil geblieben.

Zufrieden zeigt sich die CG mit der Entwicklung des Außenhandelsumsatzes, der von der Deutschen Vieh- und Fleischzentrale Nord abgewickelt wird. Die hohen Rindfleischexporte ließen den Umsatz auf 112 Mill. DM steigen. Auch die Zuchtviehexporte brachten mit 3000 Zuchtrindern ein Rekordergebnis. Hinzu kamen rund 6000 Aufstall- und Schlachtbullen. Die wichtigsten Lieferländer liegen in Nordafrika und im arabischen Raum.

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

### Stöhr baut Verluste ab

**Düsseldorf** (Py.) – Für die Stöhr & Co. AG, Mönchengladbach, ist das Jahr 1983 besser verlaufen als zunächst angenommen. Der Spinnereibereich schaffte wieder schwarze Zahlen, „technische Textilien" erneut ein gutes Ergebnis. Der Verlustvortrag der AG von 4,5 Mill. DM konnte zum weitaus größten Teil ausgeglichen werden. Der Umsatz wurde auf Vorjahreshöhe (178 Mill. DM) gehalten. Für 1984 wird ein verbessertes Ergebnis erwartet. Die gute Auftragslage sichert die Kapazitätsauslastung bis zu den Betriebsferien.

### 10 DM von Asko

**Saarbrücken** (Wb.) – Die Asko Deutsche Kaufhaus AG hält ihr Versprechen: Für 1983 wird den Aktionären eine Dividende von 10 (6) DM je 50-DM-Aktie angeboten. Der Umsatz der Einzelhandelsgruppe stieg 1983 um 6,4 Prozent auf 1,8 Mrd. DM. Die Großaktionärin Rewe Leibbrand hat ihre Beteiligung zum Jahresende auf 24,5 (15) Prozent aufgestockt.

### VGT kauft Dyko

**Mannheim** (Wb.) – Das Pharma-Unternehmen Boehringer Mannheim GmbH, Mannheim, hat sich wie geplant von der branchenfremden Tochter Dyko Industriekeramik, Düsseldorf, getrennt. Der Feuerfest-Spezialist fand eine neue Mutter in der eigenen Branche: die Vereinigten Großalmeroder Tonwerke (VGT) AG, Großalmerode bei Kassel.

### Solides Ergebnis

**Bremen** (hdt.) – Um 3,3 Prozent auf fast 450 (434) Mill. DM konnte die Edeka Bremen eG ihren Umsatz 1983 erhöhen. Nach der Stagnation im Vorjahr sieht die Genossenschaft dies als Zeichen einer leichten Marktbelebung und gleichzeitig als ein solides Ergebnis, zumal es auf nahezu gleicher Verkaufsfläche erwirtschaftet wurde. Sorge macht jedoch weiterhin der Verdrängungswettbewerb durch Großanbieter, vor allem im Einzugsbereich der Stadt Bremen.

### Bananen-Umschlag

**Bremerhaven** (ww.) – Eine neue Bananenumschlagsanlage in Bremerhaven wurde gestern in Betrieb genommen. Damit verfügen die bremischen Häfen über die modernste Anlage dieser Art an der nordwesteuropäischen Küste. Die Bremer Lagerhausgesellschaft (BLG) und die Schifffahrts- und Speditions-Gesellschaft Meyer & Co. GmbH (SSG) haben zusammen 15,5 Mill. DM investiert.

# AEG machte das Rennen

## Bei den Aktien Ansätze für eine Stabilisierung

**DW. – Die kleine Erholung des Dow-Jones-Index in den USA am Dienstag löste bei einigen inländischen institutionellen Anlegern, aber auch bei der Börsenkulisse in zahlreichen Standardaktien zunächst Meinungskäufe aus. Die anfangs erzielten Kursgewinne hielten nicht an, weil besonders aus dem Kreis der privaten Bankenkundschaft Gewinnmitnahmen vorgenommen wurden, wie die Vielzahl der Kassaorders erkennen ließ. Daß die Risikobereitschaft bestimmter Anlegergruppen auch unter erschwerten Verhältnissen erhalten geblieben ist, beweist die Hausse in AEG-Aktien, die sich auf positive Geschäftserwartungen stützt.**

Von den Rückkäufen profitierten vor allem Siemens und die Papiere der *Deutschen Bank, doch in* beiden Fällen blieben schließlich nur Tagesgewinne von 1 bis 3 DM übrig. Rätsel gibt immer noch die Vernachlässigung des Daimler-Kurses auf, der an der Erholung keinerlei Anteil hatte, sondern um weitere 6 DM zurückgenommen *werden mußte. Bei einem etwaigen* Streik um die Einführung der 35-Stunden-Woche gilt Daimler in Börsenkreisen als Hauptangriffsziel der IG Metall. Zu einer Sonderbewegung kam es bei Horten, wo der Kurs um weitere 6 DM auf 198 DM stieg.

*Düsseldorf: Dyckerhoff St.* befestigten sich um 6 DM auf 246 DM, Kochs Adler zogen um 15 DM auf 345 DM an und Mauser stiegen um 4 DM auf 120 DM. DAT verminderten sich um 13 DM auf 430 DM, Gerresheimer Glas sanken um 2 DM auf 115,50 DM und Stahlwerke Bochum gaben um 10 DM auf 255 DM nach.

**Frankfurt:** Die Standardwerte waren meist bis zu 2 DM und vereinzelt bis zu 5 DM pro Aktie verbessert. Flachglas konnten sich um 6 DM auf 282 DM und Kochs Adler *um 10,50 DM auf 350,50 DM* befestigen. Dagegen ermäßigten sich Hartmann & Braun-Stämme um 10 DM auf 345 DM so wie Balke Dürr um 8,50 DM auf 166,50 DM.

**Hamburg:** Reichelt setzten ihren Anstieg um 6 DM auf 139 DM fort. HEW gingen zu 105 DM (plus 1 DM) *und NWK-Vz.* zu 177,50 DM (plus 0,50 DM) aus dem Markt. Phoenix Gummi begannen mit 161,80 (plus 1,80 DM). Beiersdorf blieben bei 375 unverändert. Holsten Brauerei schwächten sich auf 289 DM (minus 3 DM) ab.

**München:** Agrob Vz. sanken um 3 DM auf 297 DM, Audi NSU schlossen mit einem Minus von 20 DM auf 272 DM ab, und Flachglas fielen um 2 DM auf 278 DM. Gehe AG konnten sich um 5 DM auf 280 DM verbessern, und Wanderer verzeichneten einen Anstieg von 7 DM auf 243 DM.

**Berlin:** Herlitz Vorzüge befestigten sich um 5,50 DM, Herlitz Stämme um 4,50 DM und DUB-Schultheiss um 2,50 DM. Berthold schwächten sich um 8 DM, Schering um 6,50 DM und Berliner Kindl um 5,50 DM ab. Engelhardt wurden um 10 DM und Kempinski um 3 DM niedriger taxiert.

**Nachbörse:** freundlicher

**WELT-Aktienindex vom 8. 2.: 155,7 (155,0)**
**WELT-Umsatzindex vom 8. 2.: 4425 (4117)**

## Fortlaufende Notierungen und Umsätze

## Aktien-Umsätze

## Inlandszertifikate

## Ungeregelt. Freiverkehr

## Freiverkehr

## Unnotierte Werte

## Ausländische DM-Anleihen

## Auslandszertifikate (DM)

## Fremde Währungen

## Ausland

### New York

### Toronto

### London

### Amsterdam

### Mailand

### Wien

### Tokio

### Kopenhagen

### Zürich

### Brüssel

### Madrid

### Paris

### Hongkong

### Sydney

### Singapur

## Optionshandel

## Euro-Geldmarktsätze

## Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 8. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

| Gesetzliche Zahlungsmittel*) | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|
| 20 US-Dollar | 1595,00 | 1932,30 |
| 10 US-Dollar (Indian)**) | 1198,00 | 1410,26 |
| 5 US-Dollar (Liberty) | 610,00 | 673,60 |
| 1 £ Sovereign alt | 243,00 | 299,82 |
| 1 £ Sovereign Elizabeth II | 238,00 | 294,12 |
| 20 belgische Franken | 187,00 | 242,82 |
| 10 Rubel Tscherwonez | 258,00 | 295,26 |
| 2 südafrikanische Rand | 240,00 | 295,26 |
| Krüger Rand, neu | 1074,00 | 1264,26 |
| Maple Leaf | 1074,00 | 1264,26 |
| Platin Noble Man | 1095,00 | 1288,20 |
| **Außer Kurs gesetzte Münzen *)** | | |
| 20 Goldmark | 265,00 | 329,46 |
| 20 schweiz. Franken „Vreneli" | 202,00 | 254,22 |
| 20 franz. Franken „Napoléon" | 202,00 | 254,22 |
| 100 österr. Kronen (Neuprägung) | 991,00 | 1193,58 |
| 20 österr. Kronen (Neuprägung) | 198,00 | 248,52 |
| 10 österr. Kronen (Neuprägung) | 106,00 | 137,94 |
| 4 österr. Dukaten (Neuprägung) | 470,00 | 575,70 |
| 1 österr. Dukaten (Neuprägung) | 111,00 | 149,34 |

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

## Devisen und Sorten

## Devisen

Der günstige Verlauf der 1. von drei Auktionen des Schatzamtes wirkte am 8. 2. beruhigend auf den Markt. Auch der neuerliche Anstieg des Goldpreises, der am Nachmittag 388 erreichte, wurde zur Kenntnis genommen und sorgte für eine Abschwächung des US-Dollars, die mit 2,7440 bis 2,7520 gegenüber Vortag deutlich ausfiel. Die amtliche Notiz wurde mit 2,7493 ohne Mitwirkung der Bundesbank errechnet. Die Befestigung der D-Mark setzte sich sowohl gegenüber den EWS-Währungen als auch anderen Währungen fort. Historische Tiefstkurse wurden für den Holländischen Gulden mit 88,61, den Belgischen Franc, der erstmals auf dem unteren Interventionspunkt von 4,882 fiel, den Französischen Franc mit 32,85 und die Dänische Krone mit 27,475 notiert. Kräftige Kurskorrekturen verzeichneten auch der Schweizer Franken mit einem Rückgang um 4,3 Promille auf 123,44 und der Japanische Yen mit einem Rückgang um 5,9 Promille auf 1,1760. US-Dollar in: Amsterdam 3,1085; Brüssel 56,3275; Paris 8,4490; Mailand 1690,00; Wien 19,3670; Zürich 2,2367; irl. Pfund/DM 3,089; Pfund/Dollar 1,4171; Pfund/DM 3,896.

**Ostmarkkurs** am 8. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

## Devisenterminmarkt

Trotz veränderten Kassakurses kam es am 8. Februar nur zu unwesentlichen Veränderungen bei den Swapsätzen.

| | 1 Monat | 3 Monate | 6 Monate |
|---|---|---|---|
| Dollar/DM | 0,97/0,87 | 2,77/2,67 | 5,37/5,17 |
| Pfund/Dollar | 0,05/0,08 | 0,20/0,23 | 0,39/0,43 |
| Pfund/DM | 1,80/0,40 | 4,00/2,60 | 7,10/5,70 |
| FF/DM | 29/13 | 77/61 | 144/128 |

## Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 8. 2.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,55–5,65 Prozent; Dreimonatsgeld 5,9–6,05 Prozent.

Privatdiskontsätze am 8. 2.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 8. 2.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 9,50 (7,69). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,03. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,80, Rendite 7,80.

# Renten teilweise erholt

**Da sich in den USA die Bonds-Zinsen nicht weitererhöht haben, und der Dollar wieder rückläufig ist, nahmen die Angaben am Rentenmarkt ab. Im Bereich der öffentlichen Anleihen überwogen wieder die Käufe, so daß hier die Kurse bis zu einem Viertelpunkt heraufgesetzt werden konnten. Nur in Einzelfällen gab es noch begrenzte Abschläge. Auch bei den DM-Auslandsanleihen floß das Material wieder etwas flotter ab. Versuche, die freundlichere Tendenz zu einer leichten Heraufsetzung der Pfandbriefkurse zu nutzen, waren kaum Erfolg beschieden.**

## Bundesanleihen

## Bundespost

## Länder – Städte

## Bankschuldverschreib.

| | 8. 2. | 7. 2. |
|---|---|---|
| F 6 Allg. Hypo. Pf 1 | 82G | 82G |
| 6½ dgl. Pf 5 | 86G | 86G |
| 7 dgl. Pf 2 | 89,5G | 89,5G |
| F 7½ Bakola Pf 104 | 100,3G | 100,3G |
| 9 dgl. Pf 106 | 103G | 103G |
| 10 dgl. Pf 108 | 107,45G | 107,45G |
| 7 dgl. KS 132 | 95G | 95G |
| 8 dgl. KS 155 | 98,65G | 98,65G |
| 9 dgl. KS 169 | 102,4G | 102,4G |

## Bundesbahn

| | | 8. 2. | 7. 2. |
|---|---|---|---|
| F 4 Abl. 57* | 4/84 | 100,25G | 100,25G |
| 6 Bdbahn 72 | 9/84 | 100,85 | 100,85 |
| 8¼ dgl. 78 | 9/84 | 101 | 101 |
| 6 dgl. 78 II | 11/84 | 99,75 | 99,75 |

## Optionsscheine

## Sonderinstitute

## Optionsanleihen

## Industrieanleihen

## Währungsanleihen

## Wandelanleihen

## Ausländische Aktien




# DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND










# Warenpreise – Termine

**Fester schlossen am Mittwoch die Gold-, Silber-Notierungen an der New Yorker Comex. Nur gut behauptet ging Kupfer aus dem Markt. Überwiegend etwas schwächer notierte Kaffee. Ausgenommen hiervon waren der leicht befestigte vordere Mai-Kontrakt und die unveränderte Dezembersicht. Größere Gewinne in allen Positionen verzeichnete dagegen Kakao.**

## Getreide und Getreideprodukte

| | 8. 2. | 7. 2. |
|---|---|---|
| **Weizen Chicago (c/bush)** | | |
| März | 335,75 | 333,00 |
| Mai | 334,50 | 333,75 |
| Juli | 331,25 | 330,00 |
| **Weizen Winnipeg (can. $/t)** | | |
| Wheat Board cif. | | |
| St. Lawrence 1 CW | 247,70 | 247,90 |
| Amber Durum | 236,80 | 236,40 |
| **Roggen Winnipeg (can. $/t)** | | |
| März | 132,50 | 129,50 |
| Mai | 135,00 | 132,00 |
| Juli | 135,00 | 134,00 |
| **Hafer Winnipeg (can. $/t)** | | |
| März | 125,50 | 126,00 |
| Mai | 123,80 | 123,00 |
| Juli | 123,00 | 122,30 |
| **Hafer Chicago (c/bush)** | | |
| März | 172,25 | 171,00 |
| Mai | 173,75 | 173,00 |
| Juli | 173,50 | 173,00 |
| **Mais Chicago (c/bush)** | | |
| März | 330,00 | 329,00 |
| Mai | 333,25 | 332,75 |
| Juli | 333,25 | 333,50 |
| **Gerste Winnipeg (can. $/t)** | | |
| März | 127,60 | 127,30 |
| Mai | 129,00 | 128,30 |
| Juli | 130,30 | 129,50 |

## Genußmittel

| | 8. 2. | 7. 2. |
|---|---|---|
| **Kaffee** | | |
| New York (c/lb) | | |
| März | 139,55 | 139,80 |
| Mai | 134,01 | 133,76 |
| Juli | 130,50 | 130,60 |
| **Kakao** | | |
| New York ($/t) | | |
| Terminkontr. März | 2540 | 2480 |
| Mai | 2487 | 2431 |
| Juli | 2475 | 2401 |
| Umsatz | 8058 | 2054 |
| **Zucker** | | |
| New York (c/lb) | | |
| Kontrakt Nr. 11 März | 7,03 | 7,04 |
| Mai | 7,35 | 7,33 |
| Juli | 7,66 | 7,63 |
| Sept. | 7,90 | 7,89 |
| Okt. | 8,10 | 8,09 |
| Umsatz | 10 205 | 10 735 |
| Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) | 6,72 | - |
| **Kaffee** | | |
| London (£/t) Robusta-Kontrakt März | 2056–2058 | 2064–2065 |
| Mai | 1901–1903 | 1921–1924 |
| Juli | 1832–1835 | 1847–1848 |
| Umsatz | 5459 | 5761 |
| **Kakao** | | |
| London (£/t) | | |
| Terminkontrakt März | 1869–1871 | 1839–1840 |
| Mai | 1859–1861 | 1826–1827 |
| Juli | 1844–1845 | 1812–1813 |
| Umsatz | 5655 | 4973 |
| **Zucker** | | |
| London (£/t) | | |
| März | – | 129,75–129,90 |
| Mai | 134,25–134,50 | 134,75 |
| Umsatz | – | 2427 |
| **Pfeffer** | | |
| Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg) | | |
| schw. Sarawak spez. | 410,00 | 405,00 |
| weißer Sarawak | 662,50 | 647,50 |
| weißer Muntok | 670,00 | 655,00 |
| **Orangensaft** | | |
| New York (c/lb) | | |
| März | 157,60 | 159,25 |
| Mai | 158,40 | 160,50 |
| Juli | 158,80 | 160,25 |
| Sept. | 158,25 | 159,75 |
| Nov. | 157,00 | 159,00 |
| Umsatz | 1700 | 1500 |

## Öle, Fette, Tierprodukte

| | 8. 2. | 7. 2. |
|---|---|---|
| **Erdnußöl** | | |
| New York (c/lb) | | |
| Südstaaten fob Werk | 46,75 | 47,25 |
| **Maisöl** | | |
| New York (c/lb) | | |
| US-Mittelweststaaten fob Werk | 26,75 | 27,00 |
| **Sojaöl** | | |
| Chicago (c/lb) März | 27,00 | 27,05 |
| Mai | 27,47 | 27,52 |
| Juli | 27,70 | 27,75 |
| Aug. | 27,65 | 27,65 |
| Sept. | 27,25 | 27,05 |
| Okt. | 26,50 | 26,45 |
| Dez. | 26,35 | 26,25 |
| **Baumwollsaatöl** | | |
| New York (c/lb) | | |
| Mississippi-Tal | 29,50 | 29,50 |
| **Schmalz** | | |
| Chicago (c/lb) | | |
| loco lose | 27,00 | 29,00 |
| Choise white hog 4% fr. F. | 19,00 | 19,00 |
| **Talg** | | |
| New York (c/lb) | | |
| top white | 18,75 | 18,75 |
| fancy | 18,25 | 18,25 |
| bleichfähig | 18,00 | 18,00 |
| yellow max. 10% fr. F. | 16,75 | 16,75 |
| **Schweine** | | |
| Chicago (c/lb) | | |
| Febr. | 48,10 | 48,75 |
| Apr. | 46,10 | 46,40 |
| Juni | 52,10 | 52,35 |
| **Schweinebäuche** | | |
| Chicago (c/lb) | | |
| Febr. | 63,70 | 63,70 |
| März | 64,25 | 64,50 |
| Mai | 65,95 | 66,25 |
| **Häute** | | |
| Chicago (c/lb) | | |
| Ochsen einh. schwere River Northern | 53,00 | 53,00 |
| Kühe einh. schwere River Northern | 56,00 | 58,00 |
| **Sojabohnen** | | |
| Chicago (c/bush) | | |
| März | 727,00 | 719,50 |
| Mai | 742,50 | 737,50 |
| Juli | 756,00 | 750,00 |
| Aug. | 753,00 | 748,00 |
| Sept. | 729,00 | 723,50 |
| Nov. | 715,00 | 712,50 |
| Jan. | 729,00 | 725,00 |
| **Sojaschrot** | | |
| Chicago ($/sht) | | |
| März | 190,50 | 189,20 |
| Mai | 194,50 | 192,30 |
| Juli | 198,80 | 196,30 |
| Aug. | 198,50 | 196,20 |
| Sept. | 196,00 | 193,50 |
| Okt. | 193,00 | 190,50 |
| Dez. | 194,00 | 192,40 |
| **Leinsaat** | | |
| Winnip. (can. $/t) | | |
| März | 364,00 | 361,00 |
| Mai | 366,50 | 364,00 |
| Juli | 371,00 | 368,50 |
| **Kokosöl** | | |
| New York (c/lb) | | |
| Westküste fob Werk | 58,00 | 51,00 |
| **Erdnußöl** | | |
| Rotterdam ($/t) | | |
| jegl. Herk. cif | 1045,00 | 1040,00 |
| **Leinöl** | | |
| Rotterdam ($/t) | | |
| jegl. Herk. ex Tank | 490,00 | 485,00 |
| **Palmöl** | | |
| Rotterdam ($/lgt) | | |
| Sumatra cif | 1025,00 | 1075,00 |
| **Sojaöl** | | |
| Rotterd. (hfl/100 kg) | | |
| roh Niederl. fob Werk | 202,00 | 209,50 |
| **Kokosöl** | | |
| Rotterdam ($/lgt) | | |
| Philippinen cif | 1260,00 | 1270,00 |
| **Leinsaat** | | |
| Rotterdam ($/t) | | |
| Kanada Nr. 1 cif Rotterdam | 302,00 | 303,00 |

## Wolle, Fasern, Kautschuk

| | 8. 2. | 7. 2. |
|---|---|---|
| **Baumwolle** | | |
| New York (c/lb) | | |
| Kontrakt Nr. 2: | | |
| März | 76,05 | 76,55 |
| Mai | 76,05 | 76,45 |
| Juli | 76,10 | 76,50 |
| Okt. | 73,50 | 73,55 |
| Dez. | 71,95 | 72,00 |
| März | 73,25 | 73,25 |
| **Kautschuk New York** | | |
| (c/lb); Händlerpreis | | |
| loco RSS–1: | 57,75 | 57,75 |
| **Wolle** | | |
| Lond. (Neusl. c/kg) | | |
| Kreuzz. Nr. 2: | | |
| März | 435–440 | 433–438 |
| Mai | 457–460 | 454–457 |
| Aug. | 482–488 | 481–484 |
| Umsatz | 113 | 19 |
| **Wolle** | | |
| Roubaix (F/kg) | | |
| Kammzüge: | | |
| März | 44,80 | 48,30 |
| Mai | 48,80 | 48,70 |
| Juli | 49,10 | 49,00 |
| Okt. | 49,10 | 49,40 |
| Umsatz | 0 | 0 |
| Tendenz: | | ruhig |
| **Wolle Sydney** | | |
| (austr. c/kg) | | |
| Merino-Schweißwolle | | |
| Standardtype | | |
| März | 575,00–575,50 | 575,00–576,00 |
| Mai | 588,60–592,00 | 580,00–582,00 |
| Juli | 603,00–605,00 | 603,0 |
| Umsatz | 83 | 82 |
| **Sisal London ($/t)** | | |
| cif eur. Haupthäfen | | |
| East African 3 long | 670,00 | 670,00 |
| undergraded | 640,00 | 640,00 |
| **Seide Yokoh. (Y/kg)** | | |
| AAA, ab Lager | | |
| Febr. | 13 939 | 13 928 |
| März | 13 943 | 13 936 |
| **Kautschuk** | | |
| London (p/kg) | | |
| Nr. 1 RSS loco | 87,25–90,50 | 87,50–89,50 |
| März | 86,90–90,50 | 87,50–89,80 |
| April | 88,00–90,50 | 88,00–89,00 |
| April/Juni | 88,70–89,00 | 88,80–88,90 |
| Tendenz: stetiger | | |
| **Kautschuk** | | |
| Malaysia (mal. c/kg) | | |
| Febr. | 261,00–262,00 | 261,50–261,75 |
| März | 269,00–270,00 | 270,00–275,75 |
| Nr. 2 RSS Febr. | 254,50–255,50 | 255,00–256,00 |
| Nr. 3 RSS Febr. | 251,00–252,00 | 251,50–252,50 |
| Nr. 4 RSS Febr. | 244,50–245,50 | 245,00–246,00 |
| Tendenz: ruhig | | |
| **Jute London (£/lgt)** | | |
| BWC | 500,00 | 500,00 |
| BWD | 495,00 | 495,00 |
| BTC | 500,00 | 500,00 |
| BTD | 495,00 | 495,00 |

## Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (-); BTC – (-); BTD – (-).

## Westdeutsche Metallnotierungen

| (DM je 100 kg) | 8. 2. | 7. 2. |
|---|---|---|
| **Blei:** Basis London | | |
| laufend. Monat | 109,28–109,67 | 108,45–108,84 |
| drittfolg. Monat | 113,19–113,28 | 112,16–112,26 |
| **Zink:** Basis London | | |
| laufend. Monat | 282,58–282,77 | 274,83–275,22 |
| drittfolg. Monat | 279,06–279,26 | 273,46–273,66 |
| Produz.-Preis | 289,10 | 291,05 |
| **Reinzinn** 99,9% | 3764–3801 | 3729–3766 |

## NE-Metalle

| (DM je 100 kg) | 8. 2. | 7. 2. |
|---|---|---|
| **Elektrolytkupfer** | | |
| für Leitzwecke (DEL-Notiz*) | 393,03–394,90 | 390,52–392,48 |
| Blei in Kabeln | 117,00–118,00 | 116,25–117,25 |
| **Aluminium** | | |
| für Leitzwecke (VAW) | | |
| Rundbarren | 430,50–452,00 | 430,50–452,00 |
| Vorziehdraht | 439,50–464,00 | 439,50–464,00 |

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupfervearbeiter und Kupferbeisteller.

## Messingnotierungen

| | 8. 2. | 7. 2. |
|---|---|---|
| MS 58, 1. Verarbeitungsstufe | 377–386 | 375–384 |
| MS 58, 2. Verarbeitungsstufe | 428–430 | 426–427 |
| MS 63 | 423–429 | 422–427 |

## Zinn-Preis Penang

| | 8. 2. | 7. 2. |
|---|---|---|
| Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg) | 29,15 | 29,15 |

## Deutsche Alu-Gußlegierungen

| (DM je 100 kg) | 8. 2. | 7. 2. |
|---|---|---|
| Leg. 225 | 470–473 | 470–473 |
| Leg. 226 | 472–475 | 472–475 |
| Leg. 231 | 502–505 | 502–505 |
| Leg. 233 | 512–515 | 512–515 |

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

## Edelmetalle

| | 8. 2. | 7. 2. |
|---|---|---|
| Platin (DM je g) | 37,20 | 36,75 |
| **Gold** (DM je kg Feingold) | | |
| Banken-Vkfpr. | 34 450 | 34 050 |
| Rücknahmepr. | 33 700 | 33 300 |
| **Gold** (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) | | |
| Degussa-Vkfpr. | 34 410 | 34 100 |
| Rücknahmepr. | 33 880 | 33 570 |
| verarbeitet | 36 120 | 35 790 |
| **Gold** (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg) | 33 135 | 33 810 |
| **Silber** (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) | | |
| Degussa-Vkfpr. | 811,60 | 781,20 |
| Rücknahmepr. | 795,30 | 765,50 |
| verarbeitet | 847,60 | 815,80 |

## Internationale Edelmetalle

| | 8. 2. | 7. 2. |
|---|---|---|
| **Gold** (US-$/Feinunze) | | |
| London | | |
| 10.30 | 384,95 | 379,25 |
| 15.00 | 386,25 | 379,75 |
| Zürich mittags | 386,00–386,50 | 378,75–379,25 |
| Paris (F/1-kg-Barren) mittags | 104 400 | 103 600 |
| **Silber** (p/Feinunze) | | |
| London Kasse | 637,00 | 610,70 |
| 3 Monate | 650,65 | 624,25 |
| 6 Monate | 665,00 | 639,20 |
| 12 Monate | 697,50 | 669,20 |
| **Platin** (£-Feinunze) | | |
| London fr. Markt | 276,35 | 272,25 |
| **Palladium** (£-Feinunze) | | |
| London 1. Händlerpr. | 112,90 | 110,95 |

| New Yorker Preise | 8. 2. | 7. 2. |
|---|---|---|
| Gold H & H Ankauf | 386,25 | 379,75 |
| Silber H & H Ankauf | 908,00 | 881,00 |
| Platin fr. Händlerpr. | 386,00–388,00 | 386,00–388,00 |
| Produz.-Preis | 475,00 | 475,00 |
| Palladium fr. Händlerpr. | 158,00–160,00 | 156,00–158,00 |
| Produz.-Preis | 130,00 | 130,00 |
| **Silber** (c/Feinunze) | | |
| Feb. | 897,80 | 879,50 |
| März | 900,00 | 882,00 |
| April | 909,10 | - |
| Mai | 914,00 | 891,00 |
| Juli | 931,00 | 897,00 |
| Sept. | 949,00 | 914,00 |
| Dez. | 979,00 | 929,50 |
| Umsatz | 30 000 | 20 000 |

## New Yorker Metallbörse

| | 8. 2. | 7. 2. |
|---|---|---|
| **Kupfer** (c/lb) | | |
| Feb. | 63,20 | 63,05 |
| März | 63,50 | 63,40 |
| Mai | 64,80 | 64,70 |
| Juli | 66,10 | 66,00 |
| Sept. | 67,50 | 67,45 |
| Dez. | 69,55 | 69,45 |
| Jan. | 70,25 | 70,20 |
| Umsatz | 7500 | 7000 |

## Londoner Metallbörse

| | 8. 2. | 7. 2. |
|---|---|---|
| **Aluminium** (£/t) | | |
| Kasse | 1071,5–1072,5 | 1073,0–1074,0 |
| 3 Monate | 1098,5–1099,0 | 1100,0–1100,5 |
| **Blei** (£/t) Kasse | 283,50–284,50 | 277,00–277,50 |
| 3 Monate | 293,00–293,50 | 287,00–287,25 |
| **Kupfer** | | |
| Highergrade (£/t) | | |
| mittags Kasse | 994,00–995,00 | 984,50–985,50 |
| 3 Monate | 1014,0–1014,5 | 1005,5–1006,0 |
| abends Kasse | 993,00–994,00 | 986,00–987,00 |
| 3 Monate | 1014,5–1015,0 | 1008,0–1009,0 |
| (Kupfer-Standard) | | |
| Kasse | 981,00–983,00 | 974,00–976,00 |
| 3 Monate | 1003,0–1004,0 | 995,00–995,50 |
| **Zink** (£/t) Kasse | 720,00–721,50 | 708,00–709,00 |
| 3 Monate | 713,00–714,00 | 705,00–705,50 |
| **Zinn** (£/t) Kasse | 8585–8595 | 8615–8625 |
| 3 Monate | 8730–8739 | 8765–8766 |
| **Quecksilber** ($/Fl.) | 300–315 | 300–315 |
| **Wolfram-Erz** ($/T-Einh.) | 75,00–80,00 | 72,00–77,00 |



FINANZANZEIGEN




Gutehoffnungshütte Aktienverein Aktiengesellschaft

| Wertpapier-Kenn-Nummern: | Deutschland | Schweiz |
|---|---|---|
| Stammaktien: | 593 700 | 334 700 |
| Vorzugsaktien ohne Stimmrecht: | 593 703 | 334 703 |

## Dividendenzahlung

In der 103. ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 8. Februar 1984 wurde beschlossen, für das Geschäftsjahr 1982/83 eine Dividende zu verteilen von

5,– DM je Stamm- und Vorzugsaktie im Nennwert von 50 DM

Die Dividende wird ab Donnerstag, 9. Februar 1984, unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 2 von unserer Kasse in Oberhausen und von sämtlichen Niederlassungen nachstehender Banken ausgezahlt:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Commerzbank AG
Berliner Commerzbank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Delbrück & Co.
Dresdner Bank AG
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG
Commerz-Credit-AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG

Mit der Dividende ist ein Steuergutschein von 9/16 der Dividende verbunden, der bei inländischen, nicht von der Steuer befreiten Aktionären ebenso wie die Kapitalertragsteuer auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet wird.

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn eine inländische natürliche Person dem depotführenden Kreditinstitut eine Nichtveranlagungsbescheinigung des Wohnsitz-Finanzamtes eingereicht hat. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben vom depotführenden Kreditinstitut gutgeschrieben.

Oberhausen, im Februar 1984 DER VORSTAND

# BHF-BANK

BERLINER HANDELS- UND FRANKFURTER BANK

FRANKFURT AM MAIN UND BERLIN

## Bezugsangebot
### an die Kommanditaktionäre unserer Bank

– Wertpapier-Kenn-Nummer 802 500 –

Aufgrund der Ermächtigung in § 4 Abs. 2 der Satzung unserer Gesellschaft (genehmigtes Kapital) haben die Geschäftsinhaber mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Kommanditaktionäre das Grundkapital von DM 135 450 000,– um DM 19 650 000,– auf DM 155 100 000,– durch Ausgabe von 393 000 neuen Aktien im Nennbetrag von je DM 50,– zu erhöhen. Die neuen, auf den Inhaber lautenden Aktien sind ab 1. Januar 1984 gewinnberechtigt und stehen im übrigen den bisher ausgegebenen Aktien gleich. Sie sind mit Gewinnanteilscheinen Nr. 11 bis Nr. 20 und Erneuerungsschein versehen.

Von dem Kapitalerhöhungsbetrag sind nom. DM 19 350 000,– von Kreditinstituten zum Ausgabebetrag von DM 190,– je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– mit der Verpflichtung übernommen worden, sie unseren Kommanditaktionären im Verhältnis 7:1 zum Ausgabebetrag börsenumsatzsteuerfrei während einer Ausschlußfrist zum Bezug anzubieten. Die restlichen nom. DM 300 000,– des Kapitalerhöhungsbetrags dienen der Ausgabe von Belegschaftsaktien.

Nachdem die Durchführung der Kapitalerhöhung in die Handelsregister der Amtsgerichte Frankfurt am Main und Charlottenburg in Berlin eingetragen worden ist, bitten wir unsere Kommanditaktionäre, ihr Bezugsrecht auf die neuen Aktien zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

**vom 14. Februar bis zum 28. Februar 1984 einschließlich**

bei einer Bezugsstelle während der üblichen Schalterstunden auszuüben. Bezugsstellen sind sämtliche Niederlassungen der

Berliner Handels- und Frankfurter Bank

sowie der folgenden Banken:

ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Bankhaus H. Aufhäuser
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Merck, Finck & Co.
B. Metzler seel. Sohn & Co.
National-Bank Aktiengesellschaft
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Karl Schmidt Bankgeschäft
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale

Zum Ausgabebetrag von DM 190,– je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– kann gegen Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 9 von jeweils sieben alten Aktien im Nennbetrag von je DM 50,– eine neue Aktie im Nennbetrag von DM 50,– börsenumsatzsteuerfrei bezogen werden. Der Bezugspreis ist spätestens am 28. Februar 1984 zu entrichten.

Die Bezugsrechte aus den alten Aktien (Wertpapier-Kenn-Nummer 802 508) werden vom 14. Februar bis zum 24. Februar 1984 einschließlich an den Wertpapierbörsen in Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart gehandelt und amtlich notiert werden. Vom 14. Februar 1984 an werden die alten Aktien „ex Bezugsrecht" gehandelt. Die Bezugsstellen sind bereit, den börsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten aus alten Aktien nach Möglichkeit zu vermitteln.

Für den Bezug wird die banküBliche Provision berechnet. Er ist provisionsfrei, sofern er während der üblichen Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugsstelle unter Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 9 vorgenommen wird und ein weiterer Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Die neuen Aktien sind in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Frankfurter Kassenverein AG, Frankfurt am Main, hinterlegt worden ist. Die Bezieher erhalten zunächst Gutschrift auf Girosammeldepotkonto. Ansprüche auf Auslieferung von Einzelurkunden können nach Austausch der hinterlegten Globalurkunde gegen Einzelurkunden erfüllt werden. Davor können Ansprüche auf Auslieferung von Einzelurkunden frühestens am Tage nach der am 22. Mai 1984 stattfindenden Hauptversammlung – nach Zahlung der Dividende für das Geschäftsjahr 1983 – durch Lieferung von alten Aktienurkunden mit Gewinnanteilscheinen Nr. 11 bis Nr. 20 und Erneuerungsschein erfüllt werden. Vorher können Ansprüche auf Auslieferung von Einzelurkunden nicht geltend gemacht werden.

Die Zulassung der neuen Aktien zum Handel und zur amtlichen Notierung an den Wertpapierbörsen Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart wird Anfang April 1984 beantragt werden. Bis zur Gleichstellung mit den alten Aktien erhalten die neuen Aktien die Wertpapier-Kenn-Nummer 802 502.

## Mitteilung
### an die Inhaber der Optionsscheine aus der 7½% US-Dollar-Optionsanleihe von 1983/1990 der BHF-BANK International, Luxemburg

Der Optionspreis je Aktie der Berliner Handels- und Frankfurter Bank im Nennbetrag von DM 50,– ermäßigt sich infolge der Kapitalerhöhung der Bank vom Februar 1984 gemäß § 7 Abs. 1 und 2 der Optionsbedingungen nach der dort enthaltenen und erläuterten Formel von DM 271,– um DM 10,13 auf DM 260,87. Stichtag für diese Ermäßigung ist Dienstag, der 14. Februar 1984. Von diesem Tage an können bei Ausübung des Optionsrechts nur noch Aktien „ex Bezugsrecht" bezogen werden (§ 7 Abs. 3 der Optionsbedingungen).

Das Optionsrecht aus den obengenannten Optionsscheinen kann gemäß § 2 Abs. 1 der Optionsbedingungen während des folgenden Zeitraums nicht ausgeübt werden: von dem Tage an, an dem die Berliner Handels- und Frankfurter Bank das Angebot zum Bezug der neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung vom Februar 1984 im Bundesanzeiger veröffentlicht (diese Veröffentlichung erfolgt am 9. Februar 1984), bis zu dem Tag, an dem die bezugsberechtigten Aktien der Bank an der Frankfurter Wertpapierbörse erstmals amtlich „ex Bezugsrecht" notiert werden.

Frankfurt am Main und Berlin, im Februar 1984

Die Geschäftsinhaber

XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE

## Programm heute

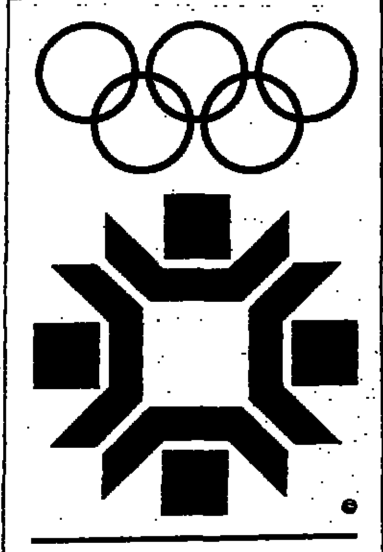
**9.00 Uhr:** Skilanglauf: 10 km, Damen (Entscheidung)
**9.30 Uhr:** Eisschnellauf: 1500 m, Damen (Entscheidung)
**12.00 Uhr:** Ski alpin: Abfahrt, Herren (Entscheidung)
**13.00 Uhr:** Eishockey: Polen – Deutschland
**13.30 Uhr:** Eishockey: UdSSR – Italien
**14.00 Uhr:** Rodeln: Damen/Herren 1. Lauf
**16.30 Uhr:** Eishockey: Finnland – Norwegen
**17.00 Uhr:** Eishockey: Kanada – Österreich
**20.00 Uhr:** Eishockey: Schweden – Jugoslawien
**20.30 Uhr:** Eishockey: CSSR – USA

## Fernsehen

**8.50–11.30 Uhr (ARD)**
Skilanglauf: 10 km Damen (live) und Eisschnellauf: 1500 m Damen (live)
**11.30–11.50 Uhr:**
Olympia-Studio
**11.50–14.00 Uhr:**
Abfahrtslauf, Herren (live)
**14.00–15.20 Uhr:**
Eishockey: Polen – Deutschland (live)
**19.30–20.15 Uhr:**
Olympia-Studio, Berichte vom Tage mit Rodeln 1. Lauf (Damen/Herren)
**23.05–0.15 Uhr:**
Eishockey: Zusammenfassung von den Spielen Polen – Deutschland, UdSSR – Italien, CSSR – USA.

## WELT-Tip

**Ski nordisch**, 10 km, Damen (9 Uhr) – Unser Tip: 1. Anette Böe; 2. Berit Aunli (beide Norwegen); 3. Marja-Liisa Hämäläinen (Finnland) – Einzige deutsche Teilnehmerin: Karin Jäger (Hirschau)
**Eisschnellauf**, 1500 m, Damen (9.30 Uhr) – Unser Tip: 1. Karin Enke, 2. Andrea Schöne (beide „DDR"), 3. Natalja Petrussewa (UdSSR) – Einzige deutsche Teilnehmerin: Sigrid Smuda (Ottobrunn)
**Ski alpin**, Abfahrt, Herren (12 Uhr) – Unser Tip: 1. Urs Räber (Schweiz), 2. Erwin Resch, 3. Franz Klammer (Österreich) – Die deutschen Teilnehmer: Herbert Renoth (Berchtesgaden), Sepp Wildgruber (Oberaudorf), Peter Dürr (Germaring) und Klaus Gattermann (Bayerisch-Eisenstein).




● Durch eine Regeländerung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) hatten die beteiligten Länder zum ersten Mal bei Olympischen Winterspielen die Möglichkeit, beim Einmarsch der Eröffnungsfeier auf ihre Nationalfahne zugunsten der Olympia-Flagge zu verzichten. Bei Siegerehrungen besteht die Möglichkeit, die Olympia-Hymne statt der Nationalhymne spielen zu lassen. Von diesem IOC-Angebot macht in Sarajevo keines der beteiligten Länder Gebrauch. Minister Friedrich Zimmermann ließ mitteilen, daß „die Bundesregierung nicht beabsichtige, eine Änderung des praktizierten Zeremoniells anzuregen".

● Mit Irene Epple marschierte die deutsche Mannschaft bei der Eröffnungsfeier auf. Das entschied der deutsche Mannschaftsarzt, trotz des verletzten Knies von Irene Epple. Die Allgäuerin war beim Training gestürzt, ihr Einsatz beim Abfahrtslauf ist noch immer in Frage gestellt.

● Pünktlich zur Eröffnung der Spiele zog über Sarajevo ein Bilderbuchwetter auf. Zum ersten Mal nach 14 Tagen fiel in Sarajevo Schnee. In der Stadt selbst wurden rund 15 Zentimeter Neuschnee gemessen. Nachdem der Schnee die zahlreichen Baustellen überdeckt hatte, kam kurz vor Mittag die Sonne durch und gab der Stadt die langersehnte Winteratmosphäre. Einen Tag vor dem Abfahrtslauf der Herren lagen auf dem Berg 120 cm Schnee, die Sichtweite betrug bei leichtem Nebel 50 m, und die Temperaturen schwankten zwischen minus vier Grad im Ziel und minus acht Grad am Start.

# Die Flamme brennt, die Spiele sind eröffnet - Bojan Krizaj vergaß den Text beim Olympia-Eid

## Heitere Töne beim Einmarsch wie damals in München 1972

DW. Sarajevo

„Ich erkläre die XIV. Olympischen Winterspiele für eröffnet." Es war gestern nachmittag, 15.08 Uhr, als der jugoslawische Staatspräsident Mika Spiljak diese traditionellen Worte sprach. Vorausgegangen war eine kurze Ansprache des spanischen IOC-Präsidenten Juan Antonio Samaranch, dessen Kernstück die Sätze waren: „Wir sind davon überzeugt, wieder einmal der ganzen Welt den wahren Sinn des Sports als Ausdruck der Freundschaft und Brüderlichkeit mit der olympischen Flagge als ihrem Symbol darstellen zu können. Dies ist der Geist des Friedens, wie wir ihn verstehen und lebendig werden lassen." Die jugoslawische Eiskunstläuferin Sanda Dubrovcic zündete das olympische Feuer im Stadion Kosevo an: The games must go on.

Bis zum 19. Februar werden nun 1437 Sportler und Sportlerinnen aus 49 Nationen in 39 Wintersport-Wettbewerben um insgesamt 117 olympische Medaillen kämpfen.

60 000 festlich gekleidete Menschen wohnten im Kosevo-Stadion einem farbenprächtigen Programm bei, das an den Fernsehgeräten in aller Welt rund 400 Millionen sahen. Folkloregruppen hatten die olympischen Ringe gebildet und die Schriftzüge Chamonix und Sarajevo. In Chamonix fanden vor 60 Jahren die ersten olympischen Wintersport-Wettbewerbe statt, in Sarajevo nun wurden die XIV. Winterspiele eröffnet.

*Traditionell marschierte die griechische* Mannschaft als erste und die des Gastgeberlandes Jugoslawien als letzte ins Stadion. Die Organisatoren hatten sich bei der Zeremonie etwas an den Olympischen Sommerspielen 1972 in München orientiert, indem Melodien aus allen fünf Erdteilen beim Einmarsch der Nationen gespielt wurden – vom spanischen Bolero bis zum deutschen Volkslied „Horch', was kommt von draußen 'rein." Es klag wie einst Kurt Edelhagen.

Als 40. Mannschaft marschierte die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland ein, die mit 88 Sportlern ihr bisher größtes Olympia-Team für ein solches Wintersport-Ereignis aufgeboten hat. Die Goldmedaillengewinnerin im Eisschnellaufen von 1972 in Sapporo, Monika Holzner-Pflug, trug die deutsche Fahne. Die Skiläuferin Irene Epple war humpelnd dabei. Als der frühere Slalomspezialist Christian Neureuther ihr zurief: „Viel Glück", winkte sie mit enttäuschtem Gesicht ab. Wahrscheinlich wird sie am Samstag nicht starten können.

Monika Holzner-Pflug war übrigens nicht die einzige Eisschnelläuferin, die die Fahne ihres Landes in die Arena trug. Auch die Kanadier wurden von einem Eisschnelläufer angeführt, von dem Olympiafavoriten im Sprint. Gaetan Boucher, die Holländer von dem Europameister im Großen Vierkampf, Hilbert van der Dium, die Australier von Colin Coates, der zum fünften Mal bei Olympischen Spielen startet und zum Training immer nach Japan oder Inzell reisen muß.

Zur großen Modenschau – wie man es eher bei den Sommerspielen gewohnt ist – geriet diese Eröffnungsfeier nicht. Zwar trugen die Argentinier wie stets ihren scharlachroten Poncho und die Franzosen ihre in jede Zeit und Landschaft passenden Kamelhaarmäntel, doch ansonsten überwogen Ledermäntel, Anoraks und Ski-Jacken.

Auf der Ehrentribüne neben Juan Antonio Smanarach und den jugoslawischen Regierungsvertretern sah Norwegens König Olaf dem bunten Treiben zu, erwartungsvoll, wie es sich für einen früheren Olympiasieger geziemt, dessen Mannschaft an frühere Traditionen anknüpfen soll: Noch immer ist Norwegen die erfolgreichste Nation der Olympischen Winterspiele.

Noch vor der Eröffnungsfeier hatte das Internationale Olympische Komitee (IOC) allen beteiligten Ländern zum ersten Mal bei Olympischen Winterspielen die Möglichkeit eingeräumt, beim *Einmarsch* auf ihre National-Fahne zugunsten der Olympia-Flagge zu verzichten. Von diesem Angebot machte jedoch in Sarajevo niemand Gebrauch. Das deutsche IOC-Mitglied Berthold Beitz sieht jedoch schon „aufgrund des herrschenden Meinungsklimas in der Bundesrepublik und vor dem Hintergrund der Vorgänge um den Olympiaboykott von Moskau im Jahre 1980 keinen Anlaß für eine Änderung des Zeremoniells". Willi Weyer, der Präsident des Sportbundes (DSB), und Heinz Fallak, bei den Sommerspielen in Los Angeles Chef de Mission des deutschen Teams, halten einen Verzicht auf die nationalen Symbole durchaus für ein Mittel der Endnationalisierung, jedoch warnen sie vor einem Alleingang.

Bojan Krizaj, Jugoslawiens großer Slalomläufer, sprach jene Verpflichtung, die man früher den „olympischen Eid" nannte, unsicher, stokkend, um dann im Text steckenzubleiben. Der Beifall der 50 000 Zuschauer war dem blonden Nordslowenen sicher. Gottlob gab es kein höhnisches Gelächter.



Einmarsch der deutschen Mannschaft ins Fußball-Stadion Koveso bei der Eröffnungsfeier. Monika Holzner, die zum vierten Mal bei Olympischen Spielen dabei ist, trägt die deutsche Fahne. FOTO: DPA



Die olympische Flamme brennt, die Spiele sind nun endgültig eröffnet: Die Eiskunstläuferin Sanda Dubravcic aus Jugoslawien hatte die ehrenvolle Aufgabe, die Flamme zu entzünden. FOTO: AP

# Überhöhte Preise – Besucher blieben aus

sid, Sarajevo

Am Tag der offiziellen Eröffnung der XIV. Olympischen Winterspiele in Sarajevo mußten die Organisatoren ihre tiefe Enttäuschung eingestehen: Der Kartenverkauf und das Tourismusgeschäft haben sich bei weitem nicht so entwickelt, wie es erhofft und geplant war. Das Organisationskomitee (OK) sitzt noch auf mehr als einem Drittel der insgesamt 761 483 Karten.

Selbst beim Eishockeyspiel zwischen dem jugoslawischen Gastgeber und der deutschen Mannschaft klafften bei einer großzügig geschätzten Zuschauerzahl von 2000 große Lükken auf den Rängen. Um die Pleite zu kaschieren, sprachen offizielle Quellen von 4000 Besuchern.

Nur einige Eiskunstlauf-Entscheidungen sind ausverkauft. Selbst eine Rabatt-Aktion in großen Firmen Sarajevos kurz vor den Spielen blieb bisher erfolglos. Für die Einheimischen, die im vergangenen Jahr eine Inflation von 50 Prozent verkraften mußten, waren noch auf vier bis elf Mark ermäßigte Preise zu teuer. Regulär kosten die Tickets der unteren Preisklasse zwischen 20 und 30 Mark.

Da viel weniger Auslandsgäste als erwartet nach Sarajevo kommen, sind viele Tickets der ersten, teuren Kategorie unverkauft.

Statt der noch vor einem halben Jahr von allzu großen Optimisten geschätzten 60 000 internationalen Gäste werden sich nur 10 000 Fremde zu 100 000 Übernachtungen in die Hotel- und Pensionsbetten im Bereich Sarajevo zur Ruhe legen. So buchten lediglich 110 Bundesbürger ein Olympia-Arrangement beim Deutschen Reisebüro in Frankfurt, dem Partner des eigens für die Winterspiele geschaffenen *jugoslawischen* Reise-Konsortiums „zoitours".

„Wir hatten das schlechte Ergebnis erwartet. Die Preise waren überhöht. Und es ist der Fehler gemacht worden, alles im Paket verkaufen zu wollen", sagt Antje Fischschneider vom Deutschen Reisebüro. „zoitours" erwies sich mit seiner ähnlichen Organisationsstruktur wie „Mundi Espana" vor zwei Jahren bei der Fußball-Weltmeisterschaft als zu unflexibel für die Reisebedürfnisse der Bundesbürger, die zudem im heimatlichen Wohnzimmer alles von den Spielen aus dem Fernsehen erfahren können.

3400 Mark für 16 Tage im Hotel Europa in Sarajevo, das keineswegs zur Spitzenklasse gehört, oder 1550 Mark für eine Unterkunft 50 km vom Olympiaort entfernt, wurden verlangt. Im Sommer bevölkern mehr als 6,5 Millionen Auslandsgäste die Adriaküsten Jugoslawiens, das bei den Deutschen als das billigste Urlaubsland Europas besonders beliebt ist.

# Epple: Arzt entscheidet

sid, Sarajevo

Vom Votum der Mannschaftsärzte macht es Irene Epple abhängig, ob sie den olympischen Abfahrtslauf am Samstag bestreiten wird. „Die Ärzte müssen entscheiden", sagt die 26jährige. Die vorgesehene Belastungsprobe der gezerrten Innenbänder im linken Knie mußte gestern durch den witterungsbedingten Ausfall des Trainings am Berg Jahorina um einen Tag verschoben werden.

„Ich bin ganz froh, daß nicht trainiert wurde, denn ein Tag ist bei einer solchen Verletzung viel Zeit", bekannte eine Irene Epple, der die psychische Belastung ins Gesicht geschrieben war. Beim freien Skilauf am Vormittag verspürte die als Medaillen-Aspirantin nach Sarajevo gereiste Allgäuerin noch starke Schmerzen.

Durch das plötzliche Interesse am linken Knie der derzeit bekanntesten deutschen Ski-Rennläuferin wurde zudem eine Verletzung bekannt, über die Irene Epple bisher nicht gesprochen hatte. „Das vordere Kreuzband ist gerissen", bestätigte Damen-Trainer Willi Lesch.

1977, unmittelbar vor den Weltmeisterschaften in Garmisch-Partenkirchen, plagten Irene Epple erstmals Probleme mit den Kreuzbändern. Beim Training im vergangenen Sommer auf dem Gletscher in Hintertux trat die Bänderverletzung „nach einem ganz normalen Slalomschwung" (Lesch) schmerzhafter auf. Die Diagnose lautete damals auf Kreuzbandriß, weswegen sie den laufenden Weltcup-Winter mit einem bandagierten Knie bestreiten mußte.

„Es ist ein irreparabler Schaden", behauptet die Läuferin, „Probleme hatte ich beim Skifahren dadurch kaum." Man darf ihr Glauben schenken: Durch die Bilanz von einem Sieg in Val d'Isère und drei zweiten Abfahrts-Plätzen avancierte die Olympia-Zweite im Riesenslalom von 1980 in Lake Placid wieder zur Medaillen-Anwärterin.

# Karin Jäger und die Nummer 44

dpa/sid, Sarajevo

Heute werden in Sarajevo die ersten neun von insgesamt 117 Medaillen vergeben. Bevor ab 12 Uhr die Herren-Abfahrt entschieden wird, fallen die Entscheidungen im 10-km-Langlauf der Damen (ab 9 Uhr) und über 1500 m der Eisschnelläuferinnen (ab 9.30 Uhr).

Die einzige deutsche Teilnehmerin am 10-km-Langlauf ist Karin Jäger aus Willingen. Ihr Ziel ist ein Platz unter den besten zehn Langläuferinnen der Welt. Karin Jäger: „Es wird nicht einfach sein, aber ich habe mich gut vorbereitet." Getan hat sie das sechs Wochen lang in einem privaten Trainingslager in Pontresina. Heute wird sie mit der Startnummer 44 in die Loipe gehen. Sie hat die starken Läuferinnen Blanka Paulu (CSSR) und Ute Noack („DDR") unmittelbar vor und die finnische Weltcup-Siegerin Marja-Liisa Hämäläinen, Berit Aunli aus Norwegen und Raisa Smetanina aus der UdSSR hinter sich.

*Im 1500-m-Eisschnellauf* der Damen wird wahrscheinlich die Dresdnerin Karin Enke heute ihren Sprint nach vier Goldmedaillen beginnen. Eine der größten Rivalinnen von Karin Enke, die in Lake Placid über 500 m gewann, sind Ex-Weltmeisterin Andrea Schöne („DDR") und die sowjetische Weltrekordlerin Natalja Petrussewa, die bereits dreimal die Weltmeisterschaft gewann.

# Sport und Industrie Hand in Hand auf dem Treppchen – wo bleibt die Fähigkeit, nur menschliche Leistung zu bewundern?

Von FRANK QUEDNAU

Die XIV. Olympischen Winterspiele sind eröffnet, sie feiern gleich*zeitig ihren 60.* Geburtstag. Bei den ersten, 1924 in Chamonix, startete ein elf Jahre altes Mädchen namens Sonja Henie, das später Millionärin wurde, weil es gut auf dem Eis tanzen konnte und die Menschen Eintritt zahlten, um es zu sehen. Es muß erlaubt sein, Brücken aus der Vergangenheit in die Gegenwart zu schlagen. Gestern, bei der Eröffnungsfeier im Kosevo-Stadion, trug Franz Klammer die Fahne von Österreich. Sein sportliches Einkommen wird auf 500 000 Mark pro Jahr geschätzt.

Über Sarajevo leuchtet die olympische Flamme, entzündet im Heiligen Hain von Olympia. Und weil es gestern schneite, dick und schwer, sah es schon vor der Eröffnungsfeier über der Feuerschale so aus, als träfe die Flamme Kristall für Kristall, immer noch ein Symbol, das sich Sarajevo mit seiner stilisierten Flocke gegeben hat.

Suche Symbole, wer will: Feuer wärmt und kann auch vernichten, Olympische Spiele sind weder nur gut noch ausschließlich schlecht. Weshalb sollten ausgerechnet sie Insel der Seligen in einer gar nicht so heilen Welt sein?

Jugoslawiens Medaillenhoffnung, der Slalom-Spezialist Bojan Krizaj hat gestern stellvertretend für alle Athleten die Worte aufgesagt, die früher hochtrabend „olympischer Eid", heute „Verpflichtung" heißen. Im Pressezentrum kursierte kurzfristig eine englische Version des Textes. Ungeklärt ist, ob sich der Übersetzer einen Witz machen wollte, ob er beinharter Realist ist oder ob er nur offenen Auges durch seine Stadt gegangen war und dann, gedanklich einmal in die Hauptstraße dieser Spiele gestoßen, intuitiv gar nicht mehr anders konnte. Also stand da eine Zeile aus der sogenannten Verpflichtung in dieser Form: „... in true spirit of sponsorship." Was denn soviel heißt wie: Im wahren Geist der Sponsoren. Nur sollte eben an entsprechender Stelle „sportsmenship" stehen. Im sportlichen Geist, zum Wohle der Sponsoren? Eine solche Formel – mögen sich jetzt auch Olympias schrecklichste Blitze über unseren Häuptern entladen – ist auch von dieser Welt.

Die Hauptstraße durch das Pressedorf heißt „Mitsubishi Avenue", sie wird aus Dankbarkeit auch noch so heißen, wenn Bürger aus Sarajevo nach den Spielen in die Wohnungen eingezogen sind und die Firma ihre Busse, PKW und allradgetriebenen Fahrzeuge abgezogen hat, die jetzt helfen, die Transportprobleme zu lösen. Das rote japanische Firmenschild prangt auch über dem Eingang des Pressezentrums. Die ehrenwerten Herren des IOC, die darüber diskutierten, ob Los Angeles die olympische *Flamme* vermarkten darf oder nicht, hatten das Plakat im Rücken, wenn sie ihren Kongreßsaal verließen. Sie haben Werbung an Olympia-Einrichtungen verboten, aber sie werden sie sehen müssen, wenn sie ab heute abend zu den Siegerehrungen gehen. Die finden am Pressezentrum statt, unter der Flammenschale, gleich links unter dem Werbetransparent.

Weil die Sportstätten weit außerhalb der 450 000-Einwohner-Stadt Sarajevo liegen, hat sich Olympia – warum *auch nicht – in den Straßen der* Hauptstadt der jugoslawischen Republik Bosnien-Herzegowina ohnehin zu einer Messe verdichtet. Das „Deutsche Haus" in der Kunstakademie wird beherrscht von Adidas, Lufthansa und Coca-Cola. Vereinigte deutsche Metzgereien sind stolz darauf, daß sich Athleten hier ihre Brotzeit abholen. Im Keller residieren Hertie und Feinkost Käfer, bezahlt wird mit sogenannten Punkten im Wert von 50 Pfennig – ein Leberkäs kostet sieben Mark.

STAND PUNKT

Österreich hat sich sein eigenes Holzhaus gebaut. Da liegt dann ein Schriftstück mit diesem ersten Satz: „Aus einer Reihe von guten Gründen darf sich Österreich Wintersportland Nummer eins nennen." Nein, es geht nicht schon wieder um Klammer, so nämlich wird fortgesetzt: „Rund 200 österreichische Firmen haben sich auf Erzeugung von Wintersportartikeln spezialisiert." Später im Text werden Produktionszahlen summiert: 2,97 Millionen Paar Ski, 1,358 Millionen Paar Skischuhe, 1,7 Millionen Skibindungen, alles in einem Jahr.

Die Frage Markt oder Tempel stellt sich bei Olympia nicht mehr. Vor dem Tempel – das ist auf jeder touristischen Exkursion festzustellen – befindet sich der Markt. So auch hier, anders kann der Tempel nicht mehr *erhalten werden.*

Mirko Mladic, im Zivilberuf Forstsekretär, hat in Sarajevo die Aufgabe, mindestens zwei Drittel der Ausgaben in Höhe von rund 140 Millionen Dollar für die Bauten durch fremdes Kapital zu decken. Schöner als er hat keiner zusammengefaßt, was gerade Winterspiele heute bedeuten: „Olympia ist einmalig auf der Welt. Olympia ist friedlich, sozial, humanitär. Die Spiele müssen anständig und ehrenhaft dargestellt werden. Und wenn wir das tun, haben auch die Firmen ein großes Interesse daran, mit uns zusammenzuarbeiten."

Das ehrenhafte und doch so blauäugige „Dabeisein ist alles" gilt hier nur noch für Männer wie den Ägypter Jamil el Reedy, der beim Abfahrtslauf als letzter starten muß, um die Gefahr auszuschließen, daß er von einem anderen Läufer auf der Piste überholt wird. „Die Niederlage beginnt mit dem zweiten Platz", hat John F. Kennedy gesagt. Der Kampf *um Höchstleistungen* beinhaltet diesen Rigorismus fast zwangsläufig: Sport und Industrie stehen hier Hand in Hand auf einem Treppchen.

Die verbiesterte Suche nach Dis*krepanzen zwischen* Ideal und Wirklichkeit ist sinnlos. Wenn heute industrielle Technik einen Skiläufer ins Tal trägt, wird die Sache ja nicht reizloser. Muskelspiel in Einheit mit Erfindungsgeist – der Sport war nie anders. Und die verbiesterten Lord-Siegel-Bewahrer Olympias sind – sonderbar genug – meist Journalisten, die für ihre Arbeit recht ordentlich bezahlt werden.

Die XIV. Olympischen Winterspiele sind eröffnet. Die olympische Flamme leuchtet in Sarajevo. Die Stadt mit den 80 Moscheen hat sich erst um dieses Spektakel beworben, nachdem eine Studie der Unesco 1982 festgestellt hatte, in dieser ärmlichen Region könnte der Wintersport eine wichtige Einnahmequelle erschließen. Selbstverständlich, schon wieder Hoffen auf einen guten Geschäftsabschluß.

Der Sport bleibt trotzdem immer Sport. Wer das Wohl und Wehe einer Nation dabei am verletzten Innenband von Irene Epple aufhängen will, gibt sich schamlosem Nonsens hin. Der sagt, ab heute hänge in Sarajevo doch alles nur von Geld und Material ab, läuft in die gleiche gefährliche Richtung. Vielleicht ist uns allen etwas die Fähigkeit abhanden gekommen, schlicht und einfach menschliche Leistung zu bewundern ...

XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE

# „Trottel“ Franz Klammer und eine Familienabfahrt

Von MARTIN HÄGELE

Bjelasnica, 25 Kilometer entfernt von Sarajevo, eine künstliche Skilandschaft. Statt einem Gipfelkreuz ragt eine Antenne aus dem Bergrestaurant. Das Lokal liegt 2067 m über dem Meeresspiegel. In dem Restaurant gibt es nicht nur Bier und Schafskäse. Da befindet sich auch der Start zur olympischen Männerabfahrt. An diesem Berg wird heute die erste wichtigste und wertvollste Goldmedaille der Spiele vergeben. Für rund eine halbe Million Mark kann sich der Sieger hinterher vermarkten. Sollte der Sieger Franz Klammer heißen, wäre das Stück Gold gut und gerne das Doppelte wert.

*Bjelasnica. Als die mutigsten unter den Skipiloten den Namen zum erstenmal gehört haben, dachten sie an Cevapcici und haben mitleidig gelächelt. Ihre hohen Nasen haben sie dann recht schnell wieder normal getragen.*

Bjelasnica, Februar '83, vorolympischer Test. Das Schweizer Abfahrts-As Peter Müller fliegt beim Training erst durch ein Loch im Fangzaun, dann mit dem Hubschrauber ins Spital. Das Loch hatten Bären in den Zaun gefressen. Franz Klammer, damals Zweiter, gesteht nach dem Rennen, leicht zitternd: „Zum erstenmal in meinem Leben habe ich Angst, *nichts als nackte Angst gespürt.*"

Bjelasnica, 5. Februar '84, ein Sonntag: Franz Klammer gerät beim Training in eine Tiefschneespur. Der Olympiasieger von 1976 stürzt mit 120 Sachen und flucht: „Ich Trottel, ausgerechnet mich erschwischt es auf dieser Familienabfahrt. Da kannst du doch achtjährige Kinder runterschicken."

Der Berg hat seinen Schrecken verloren. Nicht nur Klammer verspürte damals Angst. Auch die Verantwortlichen. Sie hatten ihre Höllenpiste korrigiert, die Buckel planiert, die Kurven begradigt und die Strecke verbreitert. Das sei jetzt eine Autobahn, aber keine Strecke würdig für Olympia, lästern hauptsächlich die Österreicher. *Und am schlimmsten* schimpft eben der Favorit Franz Klammer.

Für ihn geht es um die Krönung seiner außergewöhnlichen Karriere und um die letzte ganz große Kasse. Aber dafür kann der Ski-Kaiser nur relativ wenig riskieren. Denn die Piste ist so entschärft worden, daß eben auch Typen wie Jamil el Reedy aus Ägypten hier herunterkommen sollen, ohne sich dabei das Kreuz zu brechen. Olympia nimmt Rücksicht auf seine Exoten und bestraft damit die Besten. „Auf dieser Strecke kann man nicht richtig kämpfen", erklärt Österreichs Ski-Idol Karl Schranz, *„da gibt's zu viele Passagen, wo man* nichts tun kann, nur gleiten." Es ist in der Tat absurd, daß eine Sportart, die von Mut, Kraft und Geschicklichkeit ihrer tollkühnen Piloten lebt, nun bei Olympia einem Athleten entgegenkommt, der möglichst lange in jener Haltung ausharren kann, die unsereins vom Klosett kennen.

Die Schweizer haben nicht gejammert. Obwohl sie von der Klasse her gewiß genauso die Klappe aufreißen könnten wie die österreichischen Erz-Rivalen. Der Schweizer Trainer Karl Freshner (45), übrigens ein echter Österreicher, hat bei jedem Training in Sarajevo ein internes Ausscheidungsrennen ausgesetzt. Freshner: „Damit schon gar keiner auf die Idee kommt, groß über die Strecke und deren Leichtigkeit zu referieren." Auf diese Weise mußten sich Weltklasse-Leute wie Peter Müller, Pirmin Zurbriggen und Vize-Weltmeister Conradin Cathomen erst vor Ort für den Olympia-Start qualifizieren.

Die Österreicher haben nur ein solches Duell. Nachdem Franz Klammer, Erwin Resch und Helmut Hoflehner durch ihre Weltcup-Siege für den Olympia-Start berechtigt waren, mußten Anton Steiner, Abfahrtsentdeckung dieser Saison, und Weltmeister Harti Weirather ins Stechen um *den vierten und letzten Platz.*

Bjelasnica, 8. Februar '84, letztes Training, ein Wetter wie im Wintermärchen. Die Sonne scheint, der Neuschnee, der über Nacht gefallen ist, hat die braunen Flächen weiß überzogen.

Zwölf Uhr mittags: Mit der Nummer zwei, Anton Steiner (25), genannt Jimmy: „Gewaltig, wie der Jimmy unterwegs ist", jubelt der Juniorchef jener Firma, auf deren Produkt Steiner gerade ins Tal rast. Bei 1:49:16 stoppt die elektronische Zeitmessung.

Mit der Nummer acht, Harti Weirather (26). 1:50:17 zeigt die Uhr für Weirather. Die Stunden des Weltmeisters sind abgelaufen. Jetzt kann er mit seiner Freundin Hanni Wenzel, der Doppel-Olympiasiegerin von Lake Placid, Händchen halten. Auch Hanni darf in Sarajevo nicht starten. C'est la vie, so ist das Leben, sagt Weirather und gratuliert dem Kollegen. Er sei jetzt froh, daß alles aus sei, der ganze Wirbel vorbei ist. Und er drücke dem Jimmy die Daumen, denn er habe die Chance auf den Sieg.

Das System der österreichischen Ski-Nationalmannschaft basiert auf brutalster Auslese. Karl Kahr, der Trainer, könnte ein Enkel Darwins sein. Wie hält man den Streß einer solchen Qualifikation aus? „Man versucht, eine gezwungene *Gaudi zu machen*", erzählt Anton Steiner, „aber es ist besser, du gehst dem andern aus dem Weg." Er habe zum Beispiel dem Harti am Morgen nimmer Grüß Gott sagen können. Nun, nachdem klare Verhältnisse herrschen, schüttelt man sich wieder die Hand. Weirather war Olympia-Tourist, und Steiner ist über Nacht Österreichs heißestes Eisen im Abfahrtsrennen.

Denn Steiner hat nicht nur gegen Weirather gewonnen, er war auch der Schnellste beim Abschlußtraining, in dem bei Franz Klammer gar nichts mehr klappte. Weder ZDF-Reporter Harry Valérien noch dem Charme seiner lächelnden Assistentin gelang es, den grandelnden Franz vors Mikrophon zu bringen. *Als existierten* sie nicht, so stapfte Klammer durch die Masse seiner sonstigen Bewunderer. Drei Sekunden Rückstand, das ging ihm auf den Geist.

Obwohl Klammer ein Markengefährte Steiners ist, das Material also auch für ihn gestimmt haben müßte, konnte sich Klammer mit der Strecke immer noch nicht anfreunden. Für Österreichs Sportschreiber aber wird es langsam problematisch, wie sie in einer in Klammer-Hysterie liegenden Nation einen anderen als Ski-Kaiser Franz als Olympiasieger ausrufen sollen.

## Spott für Willi Daume

sid, Sarajevo

In dem nur mühsam abgewendeten Skandal um die Zulassung von ehemaligen Eishockey-Profis mußte Willi Daume, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für Deutschland, harte Kritik durch die englischsprachige Presse hinnehmen. Viele Kommentatoren warfen Daume vor, er habe sein Amt als Vorsitzender der Zulassungskommission des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) nicht konsequent ausgeführt. So wurde es vor allem ihm angelastet, daß die Kanadier ihre beiden Spieler Dietrich und Morrison noch kurz vor Turnierbeginn zurückziehen mußten.

Die „Washington Post" nahm sogar ein *anschauliches Mißgeschick* Daumes in ihren Kommentar auf. Da dem deutschen NOK-Präsidenten beim Aufstehen nach der Pressekonferenz die Hosen rutschten, schrieb das Blatt: „Es war symbolisch, denn auf der Pressekonferenz stand er mit heruntergelassenen Hosen da."

Der in London erscheinende „Daily Mirror" kritisierte: „Daume verteidigte eine Stellung, die nicht mehr zu verteidigen war. Deshalb wirkte er lächerlich." Der „Daily Telegraph" (London) gestand Daume allerdings zu, daß er sich in einer unüberschaubaren Lage befunden habe.

## „DDR“ und die Polizisten

dpa, Sarajevo

Nach statistischen Gesichtspunkten sieht die Olympiamannschaft der „DDR" im Vergleich zu Lake Placid bei den Spielen in Sarajevo fast unverändert aus. Von den 62 Teilnehmern gehören 80 Prozent zu den Top-Favoriten für die Medaillenränge. Drei von vier Sportlern sind ledig. Auch das Durchschnittsalter des „DDR"-Teams hat sich nur leicht gesenkt und beträgt nun knapp 23 Jahre. Jüngste Starterin der Olympia-Mannschaft ist die 20 Jahre alte Eisschnelläuferin Sabine Brehm.

Auffallend im Aufgebot der „DDR" ist der hohe Anteil an Volkspolizisten und Mitgliedern der Nationalen Volksarmee (NVA). Bei 27 Startern gehört fast jeder zweite zu einem dieser beiden Berufsgruppen. Die gleichzeitige Angabe „Student" oder „Oberschüler" ist schon obligatorisch, da viele Soldaten und Polizisten als Fernstudenten eingeschrieben sind.

Die erfolgreichsten Sportsoldaten im Team haben die höchsten militärischen Ränge. Biathlon-Olympiasieger und Weltmeister Frank Ullrich hat es bereits zum Oberleutnant gebracht. Bernd Lehmann, Olympiasieger, Welt- und Europameister im Bob, ist sogar Hauptmann.

---

Am 3. Februar 1984 ist unser Pensionär, Herr

**Dr. phil. Walter Becker**

im 83. Lebensjahr verstorben.

Über 35 Jahre war Herr Dr. Becker für unsere Gesellschaft tätig. Als Leiter der Bitumen-Abteilung hat er mit seinen umfassenden Fachkenntnissen und Erfahrungen unserem Unternehmen stets wertvolle Dienste geleistet.

Wir trauern um eine Persönlichkeit, die hoch geschätzt wurde und der wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

ESSO A.G.

Die Trauerfeier findet in kleinem Kreise in Baden-Baden statt.

---

Mein geliebter Mann und Lebensgefährte, der Kaufmann

**Jürgen Wiese**

geb. 30. September 1933 gest. 30. Januar 1984

hat den Kampf gegen seine lange, geduldig ertragene schwere Krankheit verloren.

In tiefer Trauer
Liane Wiese geb. Thormählen
im Namen ihrer Familie
und im Namen seiner
Firma Jürgen Wiese

Die Beisetzung hat in aller Stille stattgefunden. Von Beileidsbesuchen bitte ich höflichst abzusehen.

---

Für mich völlig unfaßbar, entschlief am 6. Februar 1984 mein geliebter Mann

**Karl Friedrich Grimm**

im 63. Lebensjahr.

In tiefem Schmerz
Helga Grimm geb. Pöhlmann

2000 Hamburg 70, Wendemuthstr. 61

Beisetzung am Mittwoch, dem 15. Februar 1984, um 13 Uhr, Alter Wandsbeker Friedhof, Hamburg-Wandsbek, Kirchhofstraße/Wandsbeker Allee.

---

Befiehl dem Herrn Deine Wege
und hoffe auf ihn,
er wird's wohl machen!

Nach einem reicherfüllten, christlichen Leben starben am 5. Februar 1984 völlig unerwartet durch einen Autounfall unsere liebe Mutter, Großmutter und Urgroßmutter

**Gertrud-Amely von Krause**

geb. Freiin von Cornberg
Witwe des Wilhelm von Krause, Majoratsherr auf Woedtke
* 29. April 1890

und deren Tochter, unsere liebe Mutter, Großmutter und Schwester

**Wilhelma Rechberg**

geb. von Krause
Witwe des Fabrikanten Burkhardt Rechberg
* 22. Oktober 1922

Sie waren der geliebte Mittelpunkt unserer Familien.

In tiefer Trauer danken:
Waldtraut-Sophie von Köckritz
Erika und Oscar Moeller
Gerta-Christa von Zitzewitz

Dr. Hubertus und Dr. Gabriele Rechberg
Christoph und Marie-Kathrin Rechberg
Thomas Rechberg
und alle Enkel, Urenkel, Neffen und Nichten

Der feierliche Trauergottesdienst findet am 11. Februar 1984 um 14 Uhr in der Stadtkirche Bad Hersfeld statt. Anschließend Beisetzung auf dem Städtischen Friedhof.

Bad Hersfeld, Fuldastraße 10, den 5. Februar 1984

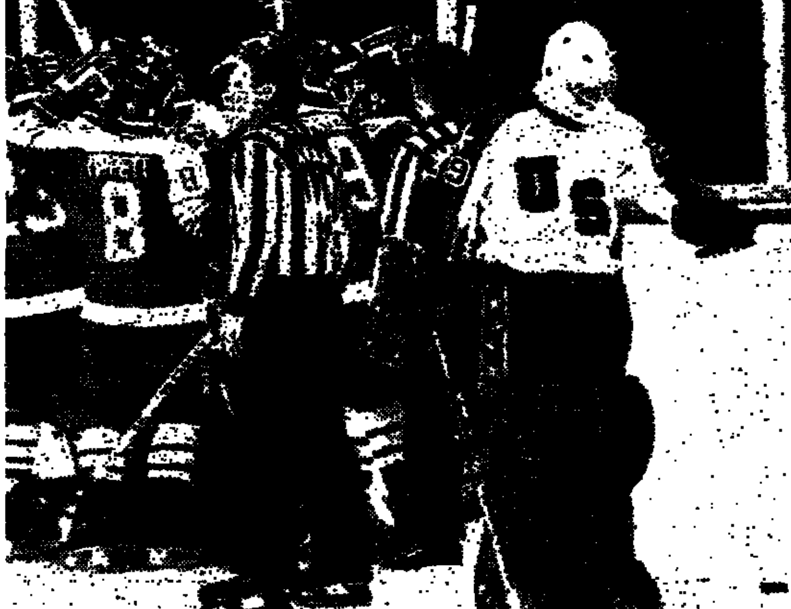
---

XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE

EISHOCKEY / 8:1 über Jugoslawien zum Auftakt nicht mehr als ein Trainingsspiel – drei Kühnhackl-Tore



Erich Kühnhackl reißt die Arme und den Schläger jubelnd in die Höhe: Er hat gerade gegen Jugoslawien das erste Tor erzielt. FOTO: AP



Des einen Freud ist des anderen Leid: Kanadas Eishockeyspieler jubeln, während US-Torwart Behrend nicht zu trösten ist. FOTO: AP

# Nach 0:1 Erinnerungen an Lake Placid, dann sagte Monika Holzner: „Nun geht es bei uns locker weiter"

**sid/dpa, Sarajevo**

Die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft hatte trotz der schlechten Trainingsbedingungen in Sarajevo einen gelungenen Auftakt. Das Team von Bundestrainer Xaver Unsinn erfüllte seine Aufgabe im ersten Spiel gegen Gastgeber Jugoslawien pflichtgemäß und siegte mit 8:1. Nicht nur für die Eishockeyspieler, sondern für die gesamte deutsche Olympiamannschaft wird der Erfolg als gutes Omen gesehen. Eisschnellläuferin Monika Holzner-Pflug war begeistert: „Nach diesem tollen Sieg geht es bei uns allen locker weiter. So lange wie in Lake Placid müssen wir hier sicher nicht auf die erste Medaille warten."

Die Olympiasiegerin von 1972 spielte damit auf die blamable Vorstellung der Eishockeymannschaft vor vier Jahren an, als es im ersten Spiel gegen die drittklassigen Rumänen eine 4:6-Niederlage gegeben hatte und die Stimmung damals im gesamten Olympia-Team auf den Nullpunkt gesunken war.

Der klare 8:1-Sieg der Spieler um Mannschaftskapitän Erich Kühnhackl war im ersten Drittel allerdings gar nicht abzusehen. Obwohl Trainer Unsinn seine Leute ausdrücklich gewarnt hatte („Ihr dürft bloß kein schnelles Tor kassieren"), gelang den Jugoslawen noch in der ersten Spielminute durch Besic das 1:0. Das deutsche Team wirkte nun verkrampft, und die Abspielfehler häuften sich trotz klarer technischer und spielerischer Überlegenheit. Ernst Höfner erklärte diese Phase des Spiels nachher so: „Wir waren übernervös, weil viele an unsere Auftakt-Niederlage in Lake Placid gedacht haben." Doch nicht bei allen stellte sich Verkrampfung ein. Für Erich Kühnhackl, der mit drei Toren entscheidenden Anteil am deutschen Sieg hatte, war die Sache ganz klar. „Schon beim Warmlaufen habe ich gemerkt, daß die nur Kraft für ein Drittel haben", schilderte der Mannschaftsführer seine Einschätzung des Gegners.

Und so war es denn auch. Nachdem Erich Kühnhackl noch im ersten Spielabschnitt für den 1:1-Ausgleich gesorgt hatte, war die Begegnung in den beiden letzten Dritteln für die deutsche Mannschaft nur noch ein Training mit Schiedsrichtern. Und wie die Trainer im Training eben probieren, so versuchte es Unsinn auch mal mit einer neuen Formation im ersten Sturm. Den Kaufbeurener Dieter Hegen neben die beiden Landshuter Kühnhackl und Steiger zu stellen, erwies sich für Unsinn dabei als Glücksgriff.

Doch nach dem leichten Spiel mit den Jugoslawen kann eine Standortbestimmung für Unsinn erst heute gegen Polen erfolgen (13 Uhr). Zwar hat die polnische Mannschaft ihr erstes Spiel gegen Weltmeister UdSSR deutlich mit 1:12 verloren, doch läßt sich daran nur die Klasse der Sowjets ablesen. Schließlich hat das deutsche Team in einem Vorbereitungsspiel in Frankfurt gegen den Weltmeister mit 4:12 auch einige Prügel bezogen.

Bei den Polen spielt außerdem mit Henryk Pytel ein Stürmer, den alle deutschen Spieler schon aus der Bundesliga kennen. Seit Saisonbeginn ist Pytel beim EV Landshut tätig und gehört zu den auffallendsten Erscheinungen im Bundesliga-Eishockey. Sein Landshuter Mannschaftskamerad Erich Kühnhackl hat dem Polen aber schon den Ausgang des Spiels vorausgesagt. „Pytel hatte am Dienstag Geburtstag. Ich habe ihm natürlich gratuliert, dabei aber auch prophezeit, daß es für ihn am Donnerstag nichts zu feiern gibt", sagte Kühnhackl mit einem Lächeln im Gesicht.

Trainer Xaver Unsinn befürchtet gegen die Polen schon deshalb keinen Ausrutscher, weil er bei einer Weltmeisterschaft und auch bei Olympischen Spielen noch nie gegen Polen verloren hat. Die letzte WM-Niederlage kam 1973 unter Gerhard Kießling in Moskau zustande. Unter der Regie von Unsinn gab es 1976 einen richtungsweisenden 7:4-Erfolg in Innsbruck, der zum Gewinn der Bronzemedaille führte. Damals hatte niemand vor Turnierbeginn damit gerechnet ...

## Olympia-Splitter

**Auszeichnung:** Gleichgültig, ob Eiskunstläufer Norbert Schramm und Biathlet Peter Angerer in Sarajevo nun eine Medaille gewinnen oder nicht: Eine Auszeichnung erhalten sie in jedem Fall. Am 11. Februar wird Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann ihnen während seines dreitägigen Besuchs in Sarajevo das vom Bundespräsidenten verliehene Silberlorbeerblatt überreichen.

**Eingesprungen:** Trotz der durch zehn Zentimeter Neuschnee bedingten widrigen Verhältnisse auf der 70-Meter-Schanze in Malo Polje scheint sich Thomas Müller aus Oberstdorf schon gut eingesprungen zu haben. Beim dritten Training der nordischen Kombinierer erzielte er mit Weiten von 82, 85 und 78 Metern eine hervorragende Serie. Damit stieß er in die Nähe der Bestleistungen von Hallstein Bøgseth (Norwegen) und Gunther Schmieder („DDR") vor.

**Neuschnee:** Weil die Räumkommandos mit den 30 Zentimetern Neuschnee, die in der Nacht zum Mittwoch auf Sarajevo fielen, überfordert waren, mußte das gestrige Abfahrtstraining der Damen abgesagt werden. Starker Nebel wäre zusätzlich zum Risikofaktor für die Damen geworden, die heute in zwei Trainingsläufen ihre Form überprüfen können.

**Fieber-Fahrt:** Nach zweitägiger Krankheitspause ging der Ohlstädter Anton Fischer gestern beim Abschlußtraining der Zweierbobs wieder an den Start. Trotz des immer noch nicht abgeklungenen Fiebers fuhr er im ersten Lauf auf Platz sieben (53,22 Sekunden) und im zweiten auf Platz sechs (54,12). Tagesbestzeit fuhr im ersten Durchgang Wolfgang Hoppe („DDR" II) mit 51,94 Sekunden.

**Mißverständnis:** Das männliche Geschlechtshormon Testosteron und das Aufputschmittel Koffein stehen in Sarajevo erstmals auf der IOC-Liste unerlaubter Doping-Mittel. Auch in Los Angeles werden Athleten daraufhin überprüft. Gegensätzliche Meldungen aus den vergangenen Tagen wies gestern Prinz Alexandre de Merode, der Präsident der medizinischen Kommission des IOC, als „Mißverständnis" zurück.

**Boykott-Aufruf:** Fünf Eishockeyspieler würden gesperrt, nachdem Finnland eine sogenannte „Schwarze Liste" veröffentlicht hatte. Damit haben sich die Finnen den Zorn der betroffenen Nationen zugezogen, die jetzt auf Rache sinnen. So hat Österreichs Trainer Rüdi Kilias zu einem Freundschaftsspiel-Boykott gegen Finnland aufgerufen und findet Unterstützung bei dem Kanadier Allan Eagleson, einem der mächtigsten Männer in der Eishockey-Welt: „Wir haben den Finnen jahrelang für Spieler-Transfers Ablösesummen bezahlt, obwohl wir nie dazu verpflichtet waren. Und dann machen sie solch einen Zirkus."

## Olympia-Zahlen

**EISHOCKEY**

**Gruppe A:** Deutschland – Jugoslawien 8:1 (1:1, 4:0, 3:0), Italien – Schweden 3:11 (1:2, 2:3, 0:6), Polen – UdSSR 1:12 (1:3, 0:4, 0:5).

**Deutschland:** Tor: Friesen. – Abwehr: Hiemer, Kießling, Berndaner, Reil, Kreis, Niederberger. – Angriff: Steiger, Kühnhackl, Hegen, Höfner, Truntschka, Reindl, Roedger, Wolf, Kuhl.

**Tore:** 0:1 Beslic (1. Minute), 1:1 Kühnhackl (12.), 2:1 Wolf (23.), 3:1 Kühnhackl (27.), 4:1 Kühnhackl (32.), 5:1 Hiemer (38.), 6:1 Kuhl (50.), 7:1 Kreis (52.), 8:1 Berndaner (58.). – **Strafminuten:** Deutschland 12, Jugoslawien 8.

**Die Tabelle:**

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. UdSSR | 1 | 1 | 0 | 0 | 12:1 | 2:0 |
| 2. Schweden | 1 | 1 | 0 | 0 | 11:3 | 2:0 |
| 3. Deutschland | 1 | 1 | 0 | 0 | 8:1 | 2:0 |
| 4. Jugoslawien | 1 | 0 | 0 | 1 | 1:8 | 0:2 |
| 5. Italien | 1 | 0 | 0 | 1 | 3:11 | 0:2 |
| 6. Polen | 1 | 0 | 0 | 1 | 1:12 | 0:2 |

**Gruppe B:** USA – Kanada 2:4 (1:2, 1:1, 0:1), Österreich – Finnland 3:4 (0:1, 1:2, 2:1), CSSR – Norwegen 10:4 (2:0, 5:2, 3:2).

**Die Tabelle:**

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. CSSR | 1 | 1 | 0 | 0 | 10:4 | 2:0 |
| 2. Kanada | 1 | 1 | 0 | 0 | 4:2 | 2:0 |
| 3. Finnland | 1 | 1 | 0 | 0 | 4:3 | 2:0 |
| 4. Österreich | 1 | 0 | 0 | 1 | 3:4 | 0:2 |
| 5. USA | 1 | 0 | 0 | 1 | 2:4 | 0:2 |
| 6. Norwegen | 1 | 0 | 0 | 1 | 4:10 | 0:2 |

FUSSBALL / Für 2,5 Millionen Mark will Köln Bernd Schuster zurückholen

# Trost von Löhr für Pierre Littbarski: „Du bist und bleibst einer von uns"

**BERND WEBER, Köln**

Stimmungen sind von Ergebnissen abhängig, beim 1. FC Köln vielleicht noch mehr als anderswo. Am Dienstagabend haben die Kölner, für viele unerwartet, aber sicherlich durchaus verdient, mit 1:0 gegen den bis dahin als „Mannschaft der Stunde" gefeierten rheinischen Nachbarn Fortuna Düsseldorf gewonnen. Da Siege über den „Erzrivalen" natürlich einen besonders hohen Stellenwert haben, war die Stimmung im Kölner Lager anschließend besonders gut. Im Geißbockheim flossen Kölsch und Pils in beachtlichen Strömen. Die FC-Stars mischten sich gutgelaunt unter ihre Fans, schrieben mit deutlich erkennbarer Lust Autogramme und genossen – drei Tage nach der 0:2-Pleite in Offenbach – den Abend sichtlich.

Die häufig auch gegenüber den „Haus-Journalisten" auf Distanz bedachte Kölner Führungsriege zog bei der allgemeinen volkstümlichen Stimmung voll mit: Vize-Präsident Karl-Heinz Thielen und Geschäftsführer Michael Meier luden „die Herren der Presse" zu ein paar Runden Bier ein. Trainer Hannes Löhr ließ den „FC" hochleben. Bier lockert die Zunge, selbst bei einem eher zurückhaltenden Menschen wie es Thielen (meist) ist. Am späten Dienstagabend gab er in geradezu schwärmerischen Tönen seine Wunschvorstellung bekannt, Bernd Schuster für einen akzeptablen Preis vom FC Barcelona zurückzukaufen. Was heißt „akzeptabler Preis"? Thielen: „Ich denke so an knapp zweieinhalb Millionen Mark."

Freilich, nach der neuesten Lage wären da die Karten für Köln – unter der Voraussetzung natürlich nur, Barcelona entläßt Schuster aus dem bis 1988 unterschriebenen Vertrag – längst nicht ausgereift. Richard Schmidt, Besitzer eines riesigen Vergnügungsparks in der Nähe von Köln und nach eigenem Bekunden „FC-Fan von den Fußspitzen bis zum Haaransatz", hat dem Vereinsvorstand signalisiert, er wäre bereit, drei Millionen Mark für den Schuster-Kauf aus eigener Tasche aufzubringen und die Kölner zudem alljährlich mit einer Zwei-Millionen-Spritze zu versehen. Die geforderte Gegenleistung für die angebotene Leistung: Der 1. FC Köln soll sich umtaufen und den Namen des Vergnügungsparks mit in das Vereinsregister eintragen lassen.

Dazu Thielen und Meier übereinstimmend: „Das ist wohl nicht machbar, denn der Name unseres Klubs ist, und selbst wenn fünf Millionen Mark dafür geboten würden, absolut unverkäuflich." Der klare Standpunkt schließt aber gewiß nicht aus, daß der Vorstand mit Schmidt reden wird. Noch einmal Thielen: „Vielleicht kann dann ja ein Arrangement getroffen werden, das allen Seiten dienlich ist."

Schuster soll also geholt – und Pierre Littbarski, der in den letzten Wochen in die Krise geratene Außenstürmer, im Gegenzug verkauft werden. Für einen möglichst hohen Preis (fünf Millionen waren im Gespräch) an Juventus Turin oder Real Madrid. So jedenfalls lautete das an vielen Kölner Theken gehandelte Gerücht. Es hat den kleinen Litti, der vor nicht allzu langer Zeit noch der erklärte Liebling des Kölner Publikums war, zusehends verunsichert. Als er nach dem Sieg geföhnt und geduscht aus der Kabine kam, schaute er ziemlich ernst drein, obwohl er doch den Sieg herausgeschossen hatte.

Dem Geißbockheim-Trubel entzog sich Littbarski, indem er sofort nach Hause fuhr. In Interviews vorher hielt er sich knapp. Immerhin, der WELT gegenüber betonte er noch einmal: „Ich habe von keinem anderen Verein, weder aus dem In- noch aus dem Ausland, ein konkretes Angebot bekommen. Für mich steht auch unumstößlich fest, daß ich meinen Vertrag beim 1. FC Köln erfüllen werde. Und der läuft bekanntlich bis 1986." Sagte es und verschwand blitzartig. Bestimmt hatten ihn die erneuten Mißfallenskundgebungen der Zuschauer genervt. Die allerdings waren so unberechtigt nicht, denn bevor Littbarski das Tor schoß, vergab er zwei sogenannte hundertprozentige Chancen und blieb außerdem meist an seinem Düsseldorfer Bewacher Peter Löhr hängen.

„Natürlich", gab denn auch später Hannes Löhr zu, „Litti ist noch längst nicht wieder über dem Berg. Aber den kriegen wir hin." Was der FC-Trainer der WELT wörtlich erklärte, mag vielleicht zum Balsam für die wundgeschlagene Seele des Stürmers werden: „Pierre ist einer von uns – und er bleibt einer von uns!"

Aber nicht nur er soll in der kommenden Saison mit aller Frische für die Kölner stürmen – auch Klaus Allofs, dessen Vertrag ausläuft. Einen neuen Sachstand in den Gesprächen zwischen ihm und dem Kölner Vorstand gibt es nicht. Klaus Allofs selbst meinte, darauf angesprochen: „Bis zur Vertragsverhandlung hat es noch Zeit." Warum die Kölner so scharf drauf sind, ihn zu halten, und keineswegs zur Fortuna zurückgehen zu lassen, hat jeder der 35 000 Zuschauer im Stadion gesehen. Allofs rackerte, ihm gelangen hervorragende Dribblings, und er war maßgeblich am einzigen Tor des Abends beteiligt. Daß die Kölner den knappen Vorsprung schließlich über die Runden schaukeln konnten, verdanken sie in erster Linie ihren Abwehrspielern Hönerbach und Willmer. Die beiden blockierten den vielgepriesenen Angriffsschwung des Düsseldorfer Erfolgsduos Bommer/Bockenfeld beeindruckend.

## NACHRICHTEN

### Freigabe für Schuster

**Barcelona** (sid) – Der FC Barcelona hat Bernd Schuster für den Lehrgang und das Länderspiel der deutschen Fußball-Nationalmannschaft am 15. Februar in Varna gegen Bulgarien die Freigabe erteilt. Schuster wird nach dem Punktspiel seines Vereins bei Sporting Gijon zusammen mit Uli Stielike (Real Madrid) nach Bulgarien fliegen.

### Liverpool droht das Aus

**Liverpool** (sid) – Der englische Fußball-Rekordmeister FC Liverpool kam im Halbfinale des englischen Ligacups vor heimischem Publikum nur zu einem 2:2 (1:1) gegen den Drittdivisions-Klub FC Walsall.

### Andreas Thiel gewählt

**Berlin** (sid) – Andreas Thiel, Torhüter des VfL Gummersbach, ist in einer Umfrage der „Deutschen Handball-Woche" zum „Handballer des Jahres" gewählt worden. Mit 742 erhaltenen Stimmen lag er vor seinem Vereinskameraden Heiner Brand (356) und dem Großwallstädter Kurt Klühspies (232).

### Organisatoren vor Gericht

**Buenos Aires** (dpa) – Die Verantwortlichen des Organisationskomitees der Fußball-Weltmeisterschaften 1978 in Argentinien, Präsident Carlos Lacoste und Vizepräsident Antonio Merlo, müssen sich vor Gericht verantworten. Ihnen werden Unregelmäßigkeiten in der Organisationsführung vorgeworfen.

**FUSSBALL**

**Bundesliga-Nachholspiel vom 19. Spieltag:** 1. FC Köln – Fortuna Düsseldorf 1:0 (0:0).

**TABELLE**

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. Stuttgart | 20 | 11 | 6 | 3 | 43:19 | 28:12 |
| 2. München | 20 | 12 | 4 | 4 | 39:21 | 28:12 |
| 3. Bremen | 20 | 11 | 5 | 4 | 44:20 | 27:13 |
| 4. Hamburg | 20 | 11 | 4 | 5 | 40:24 | 26:14 |
| 5. Düsseldorf | 20 | 10 | 5 | 5 | 47:25 | 25:15 |
| 6. Gladbach | 20 | 10 | 5 | 5 | 40:29 | 25:15 |
| 7. L'kusen | 20 | 9 | 5 | 6 | 37:31 | 23:17 |
| 8. Uerdingen | 20 | 8 | 6 | 6 | 37:36 | 22:18 |
| 9. Köln | 20 | 9 | 3 | 8 | 36:28 | 21:19 |
| 10. Bielefeld | 20 | 7 | 5 | 8 | 26:31 | 19:21 |
| 11. Br'schweig | 20 | 8 | 2 | 10 | 34:43 | 18:22 |
| 12. Mannheim | 20 | 5 | 8 | 7 | 26:37 | 18:22 |
| 13. Bochum | 20 | 5 | 6 | 9 | 36:46 | 16:24 |
| 14. Dortmund | 20 | 6 | 4 | 10 | 26:42 | 16:24 |
| 15. K'lautern | 20 | 6 | 3 | 11 | 35:44 | 15:25 |
| 16. Offenbach | 20 | 5 | 3 | 12 | 30:58 | 13:27 |
| 17. Frankfurt | 20 | 1 | 9 | 10 | 22:42 | 11:29 |
| 18. Nürnberg | 20 | 4 | 1 | 15 | 25:47 | 9:31 |

**TENNIS**

**Grand-Prix-Turnier in Memphis/Tennessee (250 000 Dollar),** erste Runde: Amritraj (Indien) – Denton (USA) 4:6, 6:4, 6:3. – Zweite Runde: Leconte (Frankreich) – Odizor (Nigeria) 4:6, 6:2, 6:3, Günthardt (Schweiz) – Bauer (USA) 6:4, 2:6, 6:2, Smid (CSSR) – Pecci (Paraguay) 6:0, 6:2, Arias (USA) – Pimek (CSSR) 7:6, 2:6, 6:2.

***GEWINNQUOTEN***

**Lotto:** Klasse 1: 3 000 000, 2: 275 967,20, 3: 13 587,40, 4: 167,60, 5: 10,50. – **Toto: Elferwette:** Klasse 1: 34 624,20, 2: 1558,90, 3: 109,40. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 508 948,90, 2: 86 662,60, 3: 6723,80, 4: 125, 5: 11,80. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 985,90, 2: 219. – Rennen B: Klasse 1: 41,40, 2: 37,60. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 88 366,80 (ohne Gewähr).

TURNEN

# Singer denkt über Strafanzeige nach

***DW./sid, Hameln***

Erst nach einem Beschluß des Präsidiums des Deutschen Turnerbundes (DTB), das am Samstag in Frankfurt zusammenkommt, will Bundestrainer Eric Singer eine Entscheidung fällen, ob er wegen Beleidigung, Verleumdung und übler Nachrede Strafanzeige gegen Bundesfachwartin Ursula Hinz stellen wird. „Die Anzeige liegt bereits fertig formuliert bei mir in der Schublade, aber mein Mandant will vorerst noch abwarten", erklärte dazu der Hamelner Rechtsanwalt Rainer Michalik, der die Interessen des 40jährigen Amerikaners vertritt, dem Medikamentenmißbrauch bei Turnerinnen vorgeworfen wird.

Ursula Hinz hatte Singer unter anderem Arbeitsverweigerung vorgeworfen und erklärt, sie lasse eine Liste zusammenstellen, in der alle Verfehlungen Singers zusammengefaßt würden.

Singer schrieb in einem Brief an DTB-Präsident Greite: „Ich kann es nicht verstehen, daß ich dann, wenn ich mir Erhebliches habe zu schulden kommen lassen – was ich nachhaltig bestreite – trotzdem neben Herrn Prorok als Trainer für die Vorbereitungen auf die letzte WM eingesetzt wurde."

Ist schiere Notwendigkeit geworden: „Die Goldene Kamera" von Hörzu

# Sieg der Qualität über den Rummel






**Die Preisträger der Goldenen Kamera 1983: Werner Hinz, Gonsela-Beatrix Dahlke, Dieter Zilligen, Sigi Harreis, Gyula Trebitsch. . .**

Was dem Wald der saure Regen, ist dem Fernsehzuschauer der süße Regen, der demnächst von den Satelliten über unser Land sprüht. Da ist es denn sehr notwendig, nach Maßstäben Ausschau zu halten, Qualität dingfest zu machen, wo immer man auf sie trifft. Offenbar ist auch die Goldene Kamera so gedacht. Sie wurde bisher 145 mal vergeben, freilich meist in Zeitläuften, wo Qualität nicht erst mühsam gesucht werden mußte. Heutzutage ist diese Auszeichnung mehr als nur ein Preis, sie ist eine schiere Notwendigkeit. Sie läßt immer wieder hoffen.

Da gibt es zum Beispiel eine Goldene für den Produzenten Prof. Gyula Trebitsch. Der Mann ist ein Unikat, denn er vereinigt einen instinktsicheren Geschäftssinn mit der Unbestechlichkeit in Sachen Qualität. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Geschwister Oppermann (die er Egon Monk filmen ließ) gingen im schlichten Wortsinne um den Globus. Ein einmaliger Erfolg der deutschen Fernseh-Produktion.

Von Trebitsch zu „Zausel", Werner Hinz der „Hauch von Preussen", wie ihn die Hörzu-Juroren nennen, hat im hohen Alter von mehr als 80 Jahren noch die zu Herzen gehende Skizze von dem alten Mann und dem Hund, das uralte Komödienthema, zu einem neuen Stück gemacht, zu einem Erlebnis, das keiner billigen Popularität bedurfte. Auch hier ein eindrucksvoller Sieg der Qualität vor dem Rummel.

Die Hörzu-Juroren schlugen nach allen Seiten um sich und trafen auf allen Seiten die Richtigen, den Gerhard Polt, zum Beispiel, der uns einen Spiegel vorhält, wo der „Spiegel" nicht hinreicht. Die Satire lebt, Polt sei Dank, Hörzu hat es bestätigt.

Und da kommt auch schon die Kultur, das Stiefkind des Fernsehens, noch nicht verdrängt vom süßen Regen, und die Goldene markiert es: Dieter Zilligen, der Moderator von „Bücherjournal", wird ausgezeichnet. Er hat es längst verdient, aber jetzt, gerade jetzt wiegt seine Kamera mehr als je.

Wer bei der Aufzählung auf Gitte stößt und stolpert, dem sei der Zuname der dänischen Hamburgerin wiederholt: Haenning heißt die Dame, und was die Gitte einst trällerte, das ist vergessen. Die Haenning singt jetzt Chansons und hat den guten alten Jazz wiedergefunden, allein diese Wandlung zur Qualität verdient Gold, und nun hat sie es.

Die Sigi Harreis darf die Goldene Kamera für alle die Frauen in Empfang nehmen, die im Fernsehen vergessen werden, die zwischen „Dalli" und „Was bin ich" höchstens als *schnucklige Assistentinnen* (was ist das?) agieren dürfen. Frau Harreis hat sich durchgesetzt, sie ist Moderatorin („Montagsmaler"). Da ist noch eine, die bisher im Dunkeln stand, obwohl ihr Beruf dem Zaubern am nächsten kommt, Gonsela-Beatrix Dahlke, Bühnenbildnerin beim NDR. Gut so, möchte man ausrufen, erinnert euch endlich an die kreativen, die phantasievollen, die einfallsreichen Fernsehmenschen, die oft genug das fade Programm erst sehenswert machen, auf daß der Name Fernsehen wirklich etwas mit Sehen zu tun bekomme.

Daneben gilt es, einen Mann zu ehren, der, weiß Gott wie, im Licht steht: Prinz Philip, Präsident des WWF, Förderer des Naturschutzgedankens, der im Deutschen Fernsehen zum „Völkerbund zum Schutz der Tiere" aufrief. Sein Einsatz ist aller Ehren wert, auch einer Goldenen Kamera.

Die Juroren haben indes die Komödie nicht vergessen: Etwa den fleißigen Curth Flatow, der es immer wieder versteht, als Fernseh-Autor zu bestehen, was ja vielfach heißt, der Besinnung viel Heiterkeit beizugesellen und der heilen Welt die kleinen Tupfer Nachdenklichkeit. Die Goldene Kamera wird ihn an den goldenen Boden seines gediegenen Handwerks erinnern.

Wo kämen wir ohne Sachsen hin! Gert Fröbe wird ausgezeichnet, mit ihm die aussterbende Gattung der Darsteller, die Komödie als große Aufgabe ansehen, die den Striese so *spielen, daß man nicht recht weiß, ob* man denn eigentlich nur so lachen darf, und dennoch von Herzen lacht.

Am 16. Februar kommen sie alle in Berlin zusammen und strecken dann die Hand nach der Ehren-Kamera aus. Auf ein Neues.

VALENTIN POLCUCH







**. . . Prinz Philip, Curth Flatow, Gert Fröbe, Gitte Haenning und Gerhard Polt (jeweils von links)**
FOTOS: DIE WELT




## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

**8.55 Tagesschau**
**8.58 Aus dem Bundestag**
Regierungserklärung und Debatte zur Israelreise von Bundeskanzler Helmut Kohl (bis ca. 12.00)
**12.10 Wunderland '84**
**12.55 Presseschau**
**13.00 Tagesschau**

### ARD

**16.00 Tagesschau**
**16.10 Expeditionen ins Tierreich**
Heinz Sielmann zeigt: Schmetterlinge
**16.55 Was ist was**
*Mit Professor Heinz Haber*
10. Die Pyramiden
**18.20 Alpha 5**
Eine Computer-Spiel-Show
**17.50 Tagesschau**
dazw. Regionalprogramme
**20.00 Tagesschau**
Anschl.: Der 7. Sinn
**20.18 Aufbruch in der Idylle**
Protest und Engagement von Provinz-Jugendlichen
Beispiel: Saarland
Film von Rudi Finkler
Ein *Image* hat sich überlebt. Wer glaubt, daß im Zeitalter der Massenkommunikation Jugend in der sogenannten Provinz immer noch so rückständig sei wie früher, irrt. Gerade hier findet man eine erfreulich große *Anzahl* selbstbewußter Jugendlicher, die anspruchsvoll argumentieren und fortschrittlich denken. Sie brauchen sich keineswegs vor gleichaltrigen Großstädtern zu verstekken. Oft ist eher das Gegenteil der Fall. Die meisten Bewegungen, die in Großstädten beginnen, setzen sich hier fort und entwickeln sich weiter.
**21.00 Wer dreimal lügt**
Kein Quiz für Leichtgläubige
Mit Wolfgang Spier
**21.30 Die Krimistunde**
Geschichten für Kenner von Henry Slesar
Mit Stefan Behrens, Irene Clarin u. a.
Regie: Hartmut Griesmayr
**22.30 Tagesthemen**
**23.00 Tatort**
Im Fadenkreuz (Wh. v. 1981)
**0.30 Tagesschau**

### ZDF

**8.50 Olympische Winterspiele**
Langlauf: 10 km Damen
Eisschnellauf: 1500 m Damen
**11.30 ZDF-Olympia-Studio**
**11.50 Abfahrtslauf Herren**
**14.00 Eishockey**
(A) Polen – Deutschland
**15.25 Enorm in Form**
**16.00 heute**
**16.04 Religionen**
Fünfteilige Reihe
1. Juden
Film von Adolf Holl
Anschl. heute-Schlagzeilen
**16.35 Kuschelbären**
Die verlorene Brille
**17.00 heute / Aus den Ländern**
**17.15 Tele-Illustrierte**
Zu Gast: Lena Valaitis
**17.50 Flohmarkt**
Anschl. heute-Schlagzeilen
**18.20 Mann, halt die Luft an!**
Trautes Heim – Eigenheim
**19.00 heute**
**19.30 ZDF-Olympia-Studio**
Bericht vom Tage mit Rodeln:
*1. Lauf, Damen und Herren*
**20.15 Lustige Musikanten**
Ein volkstümliches Konzert
Durch die Sendung führen Caroline Reiber und Elmar Gunsch
**21.45 heute-journal**
**22.05 Der Kanzlerbesuch in Israel**
Ausschnitte aus der Regierungserklärung und Debatte
**22.20 Das Erbe Adenauers**
Eine Analyse der CDU von Adalbert Wiemers
Helmut Kohl, Bundeskanzler und zugleich Parteivorsitzender der CDU, beruft sich Konrad Adenauer: Die CDU als Regierungspartei müsse Adenauers Erbe fortsetzen. Kohl spricht in diesem Zusammenhang von „geistiger Führung".
**23.20 Olympische Winterspiele**
Eishockey
**0.50 heute**



**Der Chemiker Clary Claypool hat ein Parfüm entwickelt, das Lisa (Ursela Monn) ausprobieren will. (Krimistunde – ARD, 21.30 Uhr)** FOTO: RÖHNERT

## III.

### WEST

**18.00 Telekolleg**
Physik (45)
**18.30 Die Sendung mit der Maus**
**19.00 Aktuelle Stunde**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Konflikt**
US-Spielfilm, 1945
Mit Humphrey Bogart u. a.
**21.35 Filmbechtip**
**21.45 Verfemte Ausländer**
Die Ängste unserer Gäste
Film von H. *Kirchmann*
**22.15 Zu Besuch bei Michael Ende**
Über seine Bücher „Unendliche Geschichte", „Momo" und „Jim Knopf".
**23.00 Tips für Leser – spezial**
**23.45 Letzte Nachrichten**

### NORD

**18.00 Die Sendung mit der Maus**
**18.30 Schach für jedermann (5)**
**18.45 Film als Hobby (5)**
**19.15 Wer die Fremde erfand, muß blind gewesen sein**
Zu Haus im anatolischen Dorf
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Liebe auf der Flucht**
Franz. Spielfilm, 1978
Mit Jean-Pierre Léaud u. a.
Regie: François Truffaut
Anschl. Kurznachrichten
**21.45 Kultur kontrovers:**
Theaterräume
**22.30 Jazz Fest Berlin 1983**
Sommer-Wauer-Duo
**23.15 Nachrichten**

### HESSEN

**18.00 Die Sendung mit der Maus**
**18.30 Sie kam aus dem All (5)**
**18.55 Die Maus auf dem Mars**
**19.00 Alles wegen dem Hund**
Dt. Spielfilm, 1935
**20.20 Bücher-Report**
**21.20 Das Bild der Woche**
**21.30 Drei aktuell**
**21.45 Macao**
**22.30 Janosik, Held der Berge (6)**

### SÜDWEST

**18.00 Die Sendung mit der Maus**
**18.30 Telekolleg I**
Physik (45)
Nur für Baden-Württemberg
**19.00 Abendschau**
Nur für Rheinland-Pfalz
**19.00 Abendschau**
Nur für das Saarland
**19.00 Saar 3 regional**
Gemeinschaftsprogramm
**19.25 Nachrichten**
**19.30 Shakespeare-Reihe**
King Lear

### BAYERN

**18.15 Wegweiser Erziehung**
**18.45 Rundschau**
**19.00 Damals Tagesgespräch**
Tragödie auf der Jagd
Nach dem Roman von A. Tschechow
**20.40 Z. E. N.**
**20.45 Wege des Glaubens**
**21.30 Rundschau**
**21.45 Die Unbestechlichen**
Amerik. Spielfilm, 1976
Mit Dustin Hoffmann, Robert Redford u. a.
**23.50 Rundschau**
**23.55 Actualités**

## Das Blech fliegt weg

**Hüb.** – Spurlos verschwunden ist dieser Tage eine drei Tonnen schwere Eisenskulptur des Italieners Giuseppe Spagnulo. Sie war auf dem Gelände des städtischen Bahnhofs zu Frankfurt zwischengelagert. Frei nach dem Schlager der Berliner Gruppe Spliff „Da fliegt dir doch das Blech weg" verwehten nun unbekannte Schrotthändlerhände mit ihrer Winde das einige hunderttausend Mark gewichtige Kunstwerk. So wurde zu altem Eisen, was als heißes Eisen im Feuer der Galerien-Leidenschaften teuer zu stehen gekommen war.

Dereinst zu einer Spagnulo-Ausstellung an den Main gelangt, kam das ungefügige Werk auf den Hund: Obwohl Museen, darunter die Neue Pinakothek in München, den zwei Meter Durchmesser großen Eisenring erwerben wollten, vergab die verantwortliche Galerie dieses überdimensionale Zeugnis eisernen Künstlerwillens an das Frankfurter Städel. Dort im Museumsgarten sollte es demnächst auf- und ausgestellt bleiben. Bis dahin durfte es sich auf städtischem Grund ausruhen.

Zwischenzeitlich fiel jedoch einigen Eisenhändlern das Werk ins Auge. Ihre rissigen Hände hatten das riesige Eisenrund schon einmal auf die Ladefläche ihres Abschleppwagens gepackt, als ein städtischer Bediensteter den natürlichen Sachverstand der Schrottfahrer in Grenzen verwies. Mit Worten, die in die Kunstgeschichte eingehen dürften, vermasselte er den eifrigen Recycling-Helden ihr Tausend-DM-Geschäft und rettete somit die eiserne Kunstnatur. Doch das war - wie sich jetzt herausstellt - ein Pyrrhus-Sieg. Bald darauf muß das zeitlose gute Stück den Weg alles Irdischen gegangen sein. Zumindest ist es jetzt nicht mehr da. Statt in Museums-Grün eingeweckt zu werden, ist es nun einfach nur weg. Oder lungert es doch noch in den Köpfen mancher, als Symbol für einen unwegsamen Kunstweg, als reziprokes Conceptkunst-Werk?

Berlin: Konzerte von J. Bruckman und J. Rodrigo

# Alhambra als Toastbrot

Zwei höchst gegensätzliche musikalische Novitäten für Deutschland stellte Richard Dufallo in Berlin mit den Philharmonikern vor: wahre Verwirrspiele über das Thema Gegenwart und Vergangenheit in der Musik, die künstlerische Ungleichzeitigkeit der Zeitgenossen. Von Jacob Bruckman ließ er die „Aureole" für großes Orchester hören, von dem beinahe um eine Generation älteren Joaquin Rodrigo (82) das Cello-Konzert „in Form eines Divertimentos".

Bruckman bedient sich für die rund zehn Minuten seiner Komposition eines Riesenorchesters, Rodrigo sich auf beinahe lässige, doch immer feinnervige Art eines kleinen, doch klangvibrierenden Apparats. Bruckman schaufelt die Klangfarben zu einer ringähnlich Form mit einem melodischen Solitär in der Mitte: einem Bernstein-Zitat aus der „Kaddish"-Sinfonie. Und so viel Huldigungseifer eines auch nicht mehr ganz jungen Komponisten erwärmte denn wohl Bernstein dazu, für die Uraufführung des Stückes in New York zu sorgen.

Dufallo ist ein ganz gegensätzlicher Charakter. Er geht eher nüchtern zu Werk. Er stellt die Stücke musikalisch hin, wie sie sind – und das bekommt ihnen nicht immer gut. Ein bißchen Überredungskraft zu ihren Gunsten darf wohl ein Dirigent schon aufwenden, ohne sich deswegen gleich des Startums am Pult verdächtig zu machen.

Es spricht für die Spritzigkeit des alten Rodrigo, daß sein Cello-Konzert auf unterhaltende Art zu fesseln verstand, zumal es Andrew Lloyd Webber, der es bei Rodrigo in Auftrag gegeben und aus eigener Tasche bezahlt hatte, mit Feuer und Flamme vortrug: ein Performer von bestechender Kunstfertigkeit.

Rodrigo, mit seinem „Aranjuez"-Gitarrenkonzert Komponist eines klassischen Welt-Bestsellers, läßt sich im hohen Alter verständlicherweise gar nicht mehr auf die Gegenwart der Musik ein. Er komponiert an ihr melodiös und virtuos geradlinig vorbei. Er serviert dem Cello-Touristen im heißen Südland gewissermaßen musikalische „tapas", spanisch gewürzt.

Gleich zu Beginn flattert der Bolero-Rhythmus auf. Später tritt eine Sequidilla hinzu. Das Orchester assistiert der Fingerfertigkeit des Solisten mit diskreten Einwürfen von nicht unerheblichem Reiz. Im zweiten Satz darf das Solo-Instrument, wozu es im Grunde geschaffen ist: ausgiebig singen. Ein Andante nostalgico, nur von einer mörderischen Kadenz unterbrochen, beschwört die Alhambra-Mondnacht ohne Taschendieberei und Zigeunergekreisch. Das Finale gehört danach wieder dem zündenden Olé-Ruf des Cellos.

Ein leichtgewichtiges Stück, ungeniert unterhaltend. So etwas fehlte der Cello-Literatur schon lange. Es verdaut sich mildtätig wie knuspriges Toastbrot und bekommt jedem von neuer Musik übersäuerten Magen.

KLAUS GEITEL

Hoffnung und Zuversicht aus dem Glauben - Das Lazarus-Motiv in der Malerei der Niederländer

# Rembrandt lieferte die gültige Fassung



Variationen auf die Botschaft des Johannes-Evangeliums: „Die Auferstehung des Lazarus" von Joachim Wtewael (um 1590) FOTO: DIE WELT

Was geht uns der arme Lazarus an? Die Frage drängt sich auf, wenn man die beiden voluminösen Bände von Herwig Guratzsch, „Die Auferweckung des Lazarus in der niederländischen Kunst von 1400 bis 1700" (van Ghemmert Publishing, Kortrijk, J. B. Dejonghestraat 1, 400 S., 215 Abb., 8646 bfr, 393 Mark), zur Hand nimmt. Ein nicht unbedeutender Themenausschnitt der Malereigeschichte wird hier im Umkreis der niederländischen Malerei mit dem Bestreben nach möglichst weitgehender Vollständigkeit aufgearbeitet. Die Beispiele beginnen mit den französischen Vorläufern, vor allem den Buchminiaturen. Von den in engerem Sinne niederländischen Künstlern sind insgesamt 350 Darstellungen erfaßt. Das bedeutet, daß ein zusammenhängender Kulturkreis in allen Varianten symbolischer Ausgestaltung überschaut werden kann. Und wie es sich für eine gründliche wissenschaftliche Arbeit gehört – das Werk ist aus der Dissertation des jetzigen Direktors des Wilhelm-Busch-Museums in Hannover entstanden –, wird das alles durch einen ausführlichen Anmerkungsapparat, durch Bildregister und Standortverzeichnis ergänzt.

Das Wichtige bei dieser Untersuchung liegt jedoch nicht in dieser Akribie. Es sind zum einen die Wandlungen der Tafelmalerei und der Buchillustration vom Spätmittelalter bis zum ausgehenden 17. Jahrhundert, die hier im Netz ihrer gegenseitigen *Bezüge vorgeführt werden.* Guratzsch, der auch ausgebildeter Theologe ist, begnügt sich jedoch nicht mit den kunsthistorischen Interpretationen. Er spricht ebenso den theologischen Hintergrund der Themenwahl, die wechselnden liturgischen Gebräuche und schließlich die ganz unterschiedliche Verwendung der Bilder an. Daraus ergeben sich ungewöhnliche Hinweise auf die historische Volksfrömmigkeit und die theologische Auslegung.

So ist über den Zeitraum, den die Untersuchung umfaßt, eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Bilderzählung, eine Beschränkung auf immer weniger Erzählmomente festzustellen. Der Höhepunkt in einer Entwicklungsfolge, die nach den modernen Zeit- und Wahrnehmungsbegriffen beschrieben ist, liegt dort, wo die ausdrucksvollste Simultanbeobachtung, die Raffung auf den pakkendsten Erzählmoment gelungen ist. Und dies ist der Fall in Rembrandts Darstellung von etwa 1629, die sich im Los Angeles County Museum befindet. Überzeugend gelingt Guratzsch, der Rembrandts und Lievens Fassungen des Lazarus-Themas ausführlicher als alle anderen würdigt, der Nachweis, daß alle späteren Versionen mehr oder weniger von der Komposition Rembrandts abhängig sind.

Aber nicht nur die Vereinheitli*chung der Bildinszenierung läßt sich* festhalten, sondern auch die zunehmende Freiheit gegenüber den traditionellen Motivverwendungen und Bildschemata. Diese ergibt sich aus der Lösung der Gemäldeherstellung aus dem kirchlichen Auftragszusammenhang. Es wird deutlich, daß die gestalterische Wucht der eng verwandten Bildfassungen von Rembrandt und Lievens nur außerhalb der liturgischen Bindungen zu fassen war. Ein Blick über das 17. Jahrhundert hinaus lehrt aber auch, daß nur so lange prägende Darstellungsformen für das Wunderthema der Lazarus-Auferweckung entwickelt worden sind, wie der Bericht des Johannes-Evangeliums fraglose Gültigkeit besaß.

Sämtliche behandelten Bildfassungen sind in bezug auf die Objektivität dieser Überlieferung zu verstehen, und das heißt, als Vorstellungshilfen für ein menschheitsgeschichtlich wichtiges Ereignis, das Selbstdeutung und Weltdeutung jedes einzelnen konkret mitbestimmte. Gerade deshalb spielten die Einzelheiten der Überlieferung – selbst in den phantasievoll ausschmückenden Legenden – die Rolle bedeutungsreicher Hinweise. Die verhalten glänzenden Waffen in Rembrandts Gemälde sind wahrscheinlich Andeutungen solcher Art auf Beruf oder Lebensschicksal des Lazarus. Ein beliebiges Erfinden irgendwelcher Symbole ist aus dem historischen Horizont heraus undenkbar; vielmehr weisen die Einzelmotive auf ein allgemeingültiges Wissen, das Rembrandt mit anderen teilte.

Oberflächlich gesehen bietet Guratzschs Werk einen Entwicklungsgang durch einen Themenbereich künstlerischer Gestaltung. Die Gliederung folgt den zeitlichen Abschnitten und schließt daran Einzelstudien zur Geistesgeschichte an (Legendentradition, geistliche Literatur, niederländische Frömmigkeit) und zu hervortretenden Motivgruppen (Grabstein, Geruchsmotiv, Tränen, Petrus) sowie zusammenfassende *Folgerungen.* Der nachhaltige Eindruck jedoch widerspricht der traditionell geistesgeschichtlichen Vorgehensweise. Ist das momenthafte Erlebnisbild des 17. Jahrhunderts nicht eine Verarmung gegenüber dem Verweisungs- (und Detail-)Reichtum der *spätmittelalterlichen* Altartafeln und Miniaturen? Zumindest wird man die historischen Veränderungen ästhetisch kaum gewichten können, wenn man im Sinne des Historismus eine Gleichwertigkeit der jeweiligen Gestaltungsformen zugesteht.

Besonders schwer wiegt die Feststellung, daß es sich nirgendwo um eine Fortentwicklung im Sinne der Anliegen der jeweiligen großen „Kunstwerke" (Ouwater, Meister der Magdalenenlegende, Jan Joest, Scorel, Rubens usw.) handelt. Immer hat man es mit historischen Brüchen zu tun, die von liturgischen und theologisch-programmatischen Änderungen abhängig sind. Gerade die eigenartigen „Wanderungen" der Lazarus-Darstellung, die Begrenzung auf enge Regionen und Zeiträume führen zu der Frage nach den Gebräuchen und den Anlässen, aus denen heraus erstmals – und an welchen Plätzen innerhalb von Kirchen? – Bilder der Lazarus-Auferstehung in Auftrag gegeben worden sind. Deshalb ist zu bedauern, daß die Diskussion über die Entstehungsumstände in den Anmerkungsteil abgedrängt worden ist.

Die Arbeit, die gleichermaßen Malerei- und Religionsgeschichte betrifft, erweist sich, indem sie Bestattungsbräuche und Totenmessen als wesentliches Moment der Lazarus-Darstellung einbezieht, zugleich als ein Beitrag zur „Geschichte des Todes" und dessen Überwindung durch die christliche Eschatologie. Es ist also ein Thema der Hoffnung und Zuversicht aus dem Glauben, ein gründlicher Hinweis, daß uns Lazarus auch heute noch etwas angeht.

CLAUS GRIMM

## JOURNAL

### Böll für härtere Sprache gegenüber dem Osten

**dpa, Köln**

Heinrich Böll hat sich gegen einen kulturellen Boykott, aber für eine härtere Sprache gegenüber den östlichen Literaturfunktionären ausgesprochen. Böll, der zusammen mit Lew Kopelew im russischen Programm der „Deutschen Welle", Köln, anläßlich des zehnten Jahrestages der Ausweisung Alexander Solschenizyns auftrat, sagte, viele organisierte Autoren hätten eine falsche Vorstellung von Entspannung, wenn sie glaubten, mit den östlichen Verbandsfunktionären in der höflichen Sprache der Diplomatie verkehren zu sollen. Bei der Verteidigung der Menschenrechte „kann man schon einmal die Regeln der alltäglichen Höflichkeit verletzen", erklärte er.

### „Historisches Kolleg" vergibt wieder Stipendien

**DW. München**

Das „Historische Kolleg", München, aus Mitteln des vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft treuhänderisch verwalteten Stiftungsfonds Deutsche Bank finanziert, hat für das Kollegjahr 1985/86 wieder *drei* Forschungsstipendien ausgeschrieben. Die Stipendien werden an hochqualifizierte Historiker vergeben. Den Stipendiaten soll, frei von anderen Verpflichtungen, für ein Jahr die Möglichkeit gegeben werden, eine größere wissenschaftliche Arbeit abzuschließen. Die Bewerbungsfrist endet am 31. Mai. Auskünfte erteilt der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Postfach 23 03 60, 4300 Essen 1.

### Wiener Volksoper auf Tournee in den USA

**AP, New York**

New Yorks Theaterfans sehen einer Serie von Aufführungen der klassischen Wiener Operette erwartungsvoll entgegen: Vom 10. bis zum 22. April gastiert die Wiener Volksoper zum Auftakt ihrer ersten Amerikatournee in der Stadt. Anschließend sind Aufführungsserien in Chicago, Pasadena und im Kennedy Center in Washington geplant, wo die Gastreise am 20. Mai endet. Auf dem Programm stehen „Die Fledermaus", „Die lustige Witwe" und „Die Csárdásfürstin". Die Eintrittspreise für diese Aufführungen entsprechen denen, die in New York üblich sind – von 50 Dollar für einen Premierenabend bis zu 5 Dollar für hintere Sitze.

### Elfjähriger als Solist in Mahler-Symphonie

**dpa, Wien**

Erstmals in der Musikgeschichte wird ein Knabe das schwierige Sopran-Solo in Gustav Mahlers vierter Symphonie mit dem Text aus „Des Knaben Wunderhorn" singen. Der Dirigent Leonard Bernstein verpflichtete den elfjährigen Allan Bergius des Tölzer Knabenchors für diese Partie, die vom *Komponisten zwar für eine Kna*benstimme geschrieben wurde, aber bisher ausschließlich von Sopranistinnen wiedergegeben worden ist. Zusammen mit den Wiener Philharmonikern wird der junge Sänger sein Solo im Februar in Wien darbieten und anschließend auf eine dreiwöchige USA-Tournee geben.

### Pariser Bühnenstreiks weiten sich aus

**AFP, Paris**

Eine weitere Pariser Bühne ist von einer Streikwelle des technischen Personals erfaßt worden. Nach dem seit Weihnachten andauernden Ausstand an der Comédie Française hat jetzt ein Teil des Personals des Théâtre National de Chaillot die Arbeit niedergelegt. Dadurch mußte die Premiere der „Möwe" von Anton Tschechow unter der Regie von Antoine Vitez abgesetzt werden. Das Personal verlangt Gehaltserhöhungen.

### *Harald Genzmer 75*

Er ist so etwas wie der Edison der deutschen Musik. Er war der erste, der sich im Verein mit Oscar Sala und Friedrich Trautwein der technischen wie musikalischen Ausformung elektrisch betriebener Instrumente zuwandte. Genzmers erstes „Trautonium-Konzert" (1940), noch während des Krieges entstanden, klang gewissermaßen einer weltweiten Nachkriegsentwicklung der Musik voraus: ein Vorläufertum, das im Grunde nie nachdrücklich genug honoriert wurde. Ausgerechnet zur ungünstigsten Zeit war Genzmer seiner Ziet um einige Meilen voraus. Doch seinen künstlerischen Meilenstein hat er unverlierbar gesetzt. Genzmer kam aus der Schule Hindemiths, und das Musikertum des Lehrers hat er nach dessen Emigration mit pädagogischem Bedacht weitergeübt, Laien wie musikalisch Hochprofessionellen zur Anregung und Freude. Sein reiches Werk, sich spät noch differenzierend und zu großen Formen zusammenschließend, schlägt den Bogen über ein halbes Jahrhundert Neuer Musik in Deutschland. gtl.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Geschichtsdenken in den „Valeurs Actuelles"

# Mitterrand ringt um Napoleon

Der französische Staatspräsident hat eine kuriose Tätigkeit entfaltet. Seit einer Reihe von Monaten ist er dabei, Lehren und Praktiken zu dementieren, denen er in Frankreich mit seinem Volksfrontregime alle Türen selbst geöffnet hat. Meist beauftragt er seine Minister mit dem Abschwörgeschäft. Manchmal, wenn ihm der Fall besonders nahe geht, greift er direkt ein.

Es ist für Frankreich wie für die Person seines Präsidenten kennzeichnend, daß der Geschichtsunterricht in den französischen Schulen ein solcher Fall ist, bei dem Mitterrand der Kragen platzte. Auch in *Frankreich konnten* weltfremde Pädagogen jahrelang gegen die „narrative" Geschichte intrigieren: das heißt gegen jene Art der Geschichts*erzählung* die zunächst einmal feststellt, was im zeitlichen Ablauf der Jahre an „Ereignisgeschichte" passiert ist, ehe Geschichte „gedeutet" und auf blutleere „Strukturen" reduziert wird.

Nun war der Präsident doch recht erschrocken, als er beim Besuch französischer Schulen feststellen mußte, daß die Kinder von für die französische Geschichte so wichtigen Personen wie Jeanne d'Arc und Napoleon nichts mehr wußten. Der Unterrichtsminister bekam den Befehl: Jahreszahlen und Namen müssen wieder gepaukt werden.

Wenn auf anderen Gebieten der Kurs mit ähnlicher Brüskheit geändert wird, so wird das meist mit der Begründung getan, man habe sich zu sehr von ausländischen Parolen verleiten lassen – es gelte, wieder zu den französischen Traditionen zurückzukehren. Beim Versagen des Geschichtsunterrichts dürfte das nicht möglich sein: Diese Krise ist hausgemacht. Aber noch hat niemand in der Umgebung des Präsidenten gewagt, eine heilige Kuh der französischen Geisteswissenschaften aufs Korn zu nehmen.

Aber auf die französische Oppositionspresse kann man sich verlassen – sogar in geistigen Angelegenheiten. Das liberalkonservative Wochenmagazin „Valeurs Actuelles" (Werte von heute) hat es gewagt, in seiner Nummer 5794 den Schuldigen zu nennen: die weltberühmte „Neue Geschichtsschreibung", die nichts anderes ist als die von Lucien Febvre und Marc Bloch 1929 gegründete Schule der Zeitschrift „Annales", mit Emmanuel Le Roy Ladurie als gegenwärtigem Hohen Priester. Und diese Anklage wird nicht von irgendwem erhoben, sondern von Professor Jean Tulard, dem führenden Napoleon-Experten. Er wiederum beruft sich auf einen der ENA (der hochangesehenen Nationalen Verwaltungsschule) entsprungenen Habilitanden von 27 Jahren, Hervé Couteau-Bégarie.

Dessen Arbeit, „Le phénomène Nouvelle Histoire" (Éditions Economica, F-75015 Paris, 49 rue Héricart), seziert nicht nur die Ideen dieser Schule, sondern stellt auch minutiös dar, wie sie im verflossenen Halbjahrhundert fast alle die Geschichte betreffenden Schlüsselstellungen in den Hochschulen und der Publizistik besetzt hat. Und Tulard, der ihn vorstellt, nagelt mit der für solche französischen Gelehrtenstreits typischen brutalen Offenheit, die wir in der Bundesrepublik nicht mehr kennen, die Verantwortung der „Annales"-Schule fest: Mit ihrem „Verzicht auf Daten, mit ihrer einseitig sozio-ökonomischen Ausrichtung, mit ihrer ohne chronologische Rücksichten vorgenommenen *Vermengung der* Zivilisationen" sei sie unmittelbar für die Misere des Geschichtsunterrichtes in den Schulen verantwortlich. (Bei uns würde es heißen: Bitte keine Namen nennen, bleiben wir „grundsätzlich" ...)

ANTON MADLER

Mikroorganismen im Einsatz: Das natürliche Immunsystem des Menschen

# Abwehrschlacht an der Darmwand

Zahlreiche Mikroorganismen, die wir mit uns herumtragen, schützen vor bakteriellen Infektionen. Lange bevor das Immunsystem aktiv werden kann, beginnen Bakterien mit der Abwehr von gefährlichen Keimen. Erst viel später setzen die körpereigenen Abwehrkräfte ein. Solange sich die Mikroorganismen, die normalerweise den Magen-Darm-Trakt besiedeln, im Gleichgewicht befinden, kann es praktisch zu keinem Durchfall oder einer anderen Infektion kommen. Die Widerstandsfähigkeit des menschlichen Organismus gegenüber eingedrungenen Mikroorganismen ist zunächst einmal eine Frage des Arrangements der Mikroorganismen untereinander.

Ein Biofilm aus Bakterien – im wesentlichen handelt es sich um Escherichia coli – überzieht die Darmschleimhaut und bildet so eine erste Barriere, die zunächst einmal von den eingedrungenen infektiösen Erregern überwunden werden muß. Dieser *Film ist allerdings nicht* sehr *stabil.* Durch die permanenten Bewegungen des Darmes wird er immer wieder aufgerissen; die Nahrungsaufnahme beeinträchtigt das Milieu. Damit verändern sich die Existenzbedingungen für die Bakterien, die schließlich mit dem Schleim, den die Darmwand ständig produziert, in großer Zahl ausgeschieden werden. Dieser Biofilm gewährleistet trotzdem eine normale Darmtätigkeit.

Wird jedoch das Gleichgewicht der Darmflora gestört, dann versagt auch dieser erste Schutzmechanismus, denn die eingedrungenen krankmachenden Keime können nun nicht mehr ohne weiteres „unschädlich" gemacht und beseitigt werden. Ob es im Einzelfall sogleich zu einer massiven Erkrankung kommt oder ob sich ein leichtes Unbehagen einstellt, hängt nicht nur von der Individualität des Betroffenen selbst ab, sondern *auch von der Aggressivität der* Bakterien. Auf der anderen Seite spielt auch die Anzahl der eingedrungenen Erreger eine große Rolle. Etwa 40 Tuberkelbazillen können, wenn sie mit der Luft eingeatmet werden, bereits zur Tuberkulose führen.

Cholera-Bakterien produzieren im *Magen-Darm-Trakt in großen Men*gen Enterotoxin, ein Gift, das die Schleimhaut sofort angreift. In diesem Fall schützt der Biofilm aus Mikroorganismen kaum. Dringen jedoch krankmachende Kolibakterien in den Magen-Darm-Trakt ein, müssen sie sich zunächst einmal mit „Brüdern" herumschlagen. Salmonellen, die meistens in großer Anzahl mit der Nahrung aufgenommen werden, zerstören aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit die Mikroflora und rufen in der Regel ein vorübergehendes Unwohlsein bzw. Durchfälle hervor.

Im Vorfeld der Abwehr von Infektionen des Magen-Darm-Traktes gibt es, so Professor Ralph Schubert aus Frankfurt, eine Vielzahl von Phänomenen, die bis heute nicht restlos verstanden werden. Der Film aus Mikroorganismen, der die Darmschleimhaut überzieht, unterscheidet *sich, wie die Abwehrkräfte, von* Person zu Person. Wesentlich ist, daß zunächst die Besiedelung mit Mikroorganismen einen gewissen Schutz gewährleistet. Nur wenn die normale Flora durch Bakterien, fremde Mikroorganismen oder gar durch Medikamente so verändert wird, daß die natürlichen Anpassungs- und Abwehrmechanismen der Mikroorganismen nicht mehr funktionieren, wird das körpereigene Immunsystem mobilisiert, das uns vor dem weiteren Vordringen der Erreger schützen soll.

BERND STEFAN

Wenn sich die Leiche aus der Erde wühlt: Szene aus dem Grusical „Tanz der Teufel" von Samuel M. Raimi FOTO: PROKINO

Samuel M. Raimis Horror-Film „Tanz der Teufel": Die Welt der Zombies und der Maskenbildner

# Kellergelächter oder Der Würgegriff im Nebel

Fünf junge Leute in einer Berghütte in Tennessee wecken versehentlich, als sie im Keller ein Tonband und ein mit Menschenblut geschriebenes Totenbeschwörungsbuch entdecken, die Dämonen des Waldes und werden nach und nach zu einer Art von Zombies: grellweiß und runzelig geschminkte, zähnefletschende, augenverdrehende Ungeheuer. Sie sehen schreckenerregend aus; Punker wären geradezu appetitlich dagegen. Aber die hat Samuel M. Raimis Film „Tanz der Teufel" nicht im Blick.

Als das Unheil – von steigenden Nebelschwaden, heulendem Wind, Donner und Blitz, einer stehenbleibenden Uhr, einer halbeinstürzenden Brücke, schiefen Perspektiven und *knarrenden Türen eingeleitet* – allmählich seinen Lauf nimmt, wartet man eine Weile darauf, daß der Regie noch etwas anderes einfällt, als die Mädchen dauernd in die Maskenbildnerei zu schicken. Aber da kommt keine Idee, da kommt nicht einmal der Versuch, die Leute sich plausibel verhalten zu lassen. Die warten die Angriffe der bösen Mächte ergeben ab: im Bett, auf einem Stuhl, im leeren Zimmer, im dunklen Kellerloch. So kommen nacheinander alle fünf um.

Manchmal erschrickt man: wenn das Mädchen Linda, scheinbar soeben ausgeheilt, neuerdings ins Zombietum zurückfällt und keuchend und fauchend ihren Freund erwürgen will, wenn Scott im Keller plötzlich gellend lacht oder wenn sich die eben eingegrabene Leiche grölend aus der Erde wühlt.

Und gelegentlich sträuben sich einem die Haare: wenn Cheryl von den Schlinggewächsen und Bäumen des Waldes vergewaltigt wird, wenn sich Linda die graue, verhutzelte Hand abbeißt, Shelly ohne Kopf Scott zu Boden schleudert, Ash seinem Freund mit den Daumen die Augen ausdrückt und sich ein riesiger Blutschwall aus den blinden Höhlen ergießt.

Dialoge kommen vorwiegend am Anfang vor, später genügen dann Geräusche. Da grunzt's und winselt's, johlt, pfeift, kracht und ächzt es. Zwischendurch sagt jemand: „Es wird schon alles wieder gut" oder: „Ich geh jetzt"; es drohen Geisterstimmen: „Wir kriegen *dich!"* oder *Zombie* Cheryl keift unter dem Kellerlukendeckel aus schwarzfauligem Gebiß hervor.

Zum Schluß, als das Zauberbuch im Feuer lodert, zerfallen die Zombies. Blut, Wasser und Schleim ergießen sich über den Fußboden, die Haare fallen ihnen aus, unter der Haut treten knochige Totenschädel hervor, die verwesenden Gedärme quellen wurmzerfressen aus den aufgeschlitzten Bäuchen, und braune Käfer laufen eilends davon. Es kann einem, immerhin, grausen; für Freunde des Unappetitlichen ist der Film wahrscheinlich ein Leckerbissen. Die Reklame sagt, es handele sich hier nicht nur um den härtesten, sondern auch um den „originellsten Horrorfilm des Jahres"; das wollen wir doch nicht hoffen.

*LUDWIG MERKLE*

# Alle reden von Geschwindigkeit – die Bahn auch

H. H. KANNENBERG, Frankfurt

Das Projekt läuft unter dem Kürzel „ICE". „Intercity-Experimental" ist das Reisezug-Konzept, mit dem die Deutsche Bundesbahn in den nächsten Jahren in die Hochgeschwindigkeits-Zukunft rollen will. Zur Zeit nimmt der erste deutsche Hochgeschwindigkeits-Versuchszug „ICE" seine äußere Form an. Ein Firmenkonsortium will den „ICE" bis Sommer (spätestens Frühherbst) 1985 auf die Geleise der 30 Kilometer langen Versuchsstrecke Gütersloh–Neubeckum (Westfalen) bringen.

Federführend für das neuartige Interieur der „ICE"-Wagen ist das Design-Center der Deutschen Bundesbahn in München. Die Koordination des Projektes „Intercity-Experimental" liegt beim Bundesbahnzentralamt in München. Dessen Sprecher Werner Böhm zum Timing: „Bis Mitte 1986 dauern die Laufuntersuchungen des ‚ICE'-Prototyps. Dabei lassen wir auch verschiedene Ausstattungsvarianten der Wagen testen. Ende 1987 soll der Auftrag für eine ‚ICE'-Nullserie an die Industrie gehen."

Finanziell beteiligt am „ICE" ist auch das Bundesforschungsministerium. Hintergrund des Bonner „ICE"-Engagements ist die Spekulation, daß Hochgeschwindigkeitszüge eines Tages zum Exportschlager werden könnten. Böhm: „Dann kommt ein Entwicklungsvorsprung der deutschen Industrie zugute!" In Frankreich habe der 250 km/h schnelle TGV bewiesen, daß Hochgeschwindigkeitszüge im Kampf gegen das Flugzeug nicht ohne Chance seien. Böhm: „Der Flugverkehr zwischen Paris und Lyon ist praktisch auf Null zurückgegangen."

Um den Hochgeschwindigkeits-Vorsprung der Franzosen einzuholen und weltweit als Exporteur von einschlägigem Know-how ins Geschäft zu kommen, haben die Deutschen zwei Sparten zum konkurrenzlosen Optimum entwickelt: Oberbau und Fahrwerk. Das Bundesbahnzentralamt: „Zur Zeit haben wir für Hochgeschwindigkeitsstrecken den besten Oberbau der Welt." Doch „ICE" soll die Deutschen auch auf anderem Gebiet mit der Nase nach vorn bringen. Böhm: „Als erste Bahn der Welt entwickeln wir eine neuartige Drehstrom-Antriebstechnik. Dabei wird der Oberleitung Wechselstrom entnommen und in den Triebköpfen der Züge in günstigen Drehstrom verwandelt."

Der „ICE"-Prototyp ist derzeit spektakulärster Aspekt eines Reformkonzeptes, das weit über den Hochgeschwindigkeitsbereich hinaus im Laufe der Zeit alle Reisezüge der Bahn einbeziehen soll. „Lustobjekt" der Design-Reformer ist jedoch zunächst der „ICE". Seine technische Konzeption entspricht dem Baukastenprinzip. Äußerlich gleicht ein Wagentyp dem anderen („Multi-Klassen-Zelle"), ob Abteilwagen oder Großraumwagen, 1. oder 2. Klasse. Der Unterschied liegt im variablen Innenausbau. Sitze und Sitzumfeld sollen – zum erstenmal in der Geschichte der Bundesbahn – einen unverwechselbaren optischen Eisenbahn-Stempel erhalten. Wo im heutigen Intercity 72 (Abteilwagen) oder 80 Fahrgäste (Großraumwagen) befördert werden, sollen im „ICE" höchstens 51 (54) Passagiere untergebracht werden.



Noch gibt es den „ICE" nur als Modell. Vom nächsten Jahr an soll ein Prototyp auf einer Versuchsstrecke zeigen, was er kann.

Die Sessel sollen etwas von Sportsitzen im Auto haben, die „ICE"-Wagen werden klimatisiert. Funktionalität wird großgeschrieben. Böhm: „In den jetzigen IC-Wagen gibt es immer wieder Probleme mit dem Gepäck. Im Hochgeschwindigkeitszug könnten Abteilwagen Raumteiler erhalten, die als Schränke gestaltet sind.

Die ganz große Herausforderung auf den neuen Hochgeschwindigkeitsstrecken: Die Trassen „sind keine Rheinuferstrecken" (Böhm), sondern reizlose langweilige Aneinanderreihungen von Tunnels und Einschnitten (deshalb, weil bei der Planung landschaftsbedingte Kurven und Steigungen nach Möglichkeit vermieden werden mußten). Der Reisende wird unterwegs nicht abgelenkt durch die Landschaft. „Er wird sich", meint Böhm, „langweilen."

Die Planer wollen diesem Reise-Frust im „Intercity-Experimental" mit einem Mehr an Service begegnen. Gedacht ist daran, jedes Abteil mit einer Klingel auszustatten, die den Steward herbeiruft. Bei ihm kann man Getränke und Speisen ordern. Möglich sind auch Konferenzecken. Außerdem im Gespräch: Musikprogramm über Kopfhörer und Videocassetten, Zeitungen und Zeitschriften.

Entscheidungen darüber, wie der „ICE" als Ideenspender für den künftigen Fernreiseverkehr der Bahn tatsächlich aussehen wird, stehen noch aus. Sein endgültiges Gesicht bekommt der „ICE"-Prototyp vermutlich erst zwischen Sommer 1985 und 1986 auf der Teststrecke bei Gütersloh.

Vorher wird sich der Versuchszug (zwei Triebköpfe, ein 1.-Klasse-Wagen) auf historischen Spuren präsentieren: Er zeigt sich, zum 150. Jubiläum der Deutschen Bundesbahn, zwischen Nürnberg und Fürth. Dort zog am 7. Dezember 1835 die Lokomotive „Adler" den ersten deutschen Eisenbahnzug über 6,1 Kilometer.

## Hochwasser: „Ein Meter vor der Katastrophe"

dpa, Hamburg

Während die Bevölkerung vor allem im Südwesten der Bundesrepublik Deutschland nach den sintflutartigen Regenfällen in den überschwemmten Gebieten auf eine Beruhigung der Lage hofft, rollte die Hochwasserwelle gestern den Rhein hinunter. In Bonn standen zahlreiche Straßen unter Wasser. In Rheinland-Pfalz und im Saarland hieß es: „Einen Meter vor der Katastrophe". In Mittelhessen war nach dem „Jahrhunderthochwasser" von einer leichten Entspannung die Rede. Die Schäden gehen in die Millionen. Von Bonn bis Emmerich stieg der Rheinpegel stündlich um mehrere Zentimeter. Bei Köln wurde ein Stand von 8,30 Meter gemessen. Die Schiffahrt mußte eingestellt werden. In Bonn ist das Bundeshaus von der Rheinuferstraße nicht mehr zu erreichen. Dort wurde für heute ein Pegelstand von 8,80 Meter erwartet. Das liegt nur noch einen halben Meter unter den Höchstwasserständen des vergangenen Jahres. In Rheinland-Pfalz und im Saarland befürchten Experten, daß sich die Situation bei anhaltenden Niederschlägen erneut zuspitzen könnte.

### Sojus T-10 gestartet

AFP, Moskau

Die Sowjetunion hat gestern ein mit drei Kosmonauten bemanntes Raumschiff vom Typ „Sojus T-10" in den Weltraum gestartet. Das meldete die sowjetische Nachrichtenagentur Tass. Es wird erwartet, daß die Kosmonauten zu der sowjetischen Orbitalstation „Saljut-7" fliegen werden.

### Acht Bekennerbriefe

dpa, München

Die Polizei ist jetzt sicher, daß die italienische rechtsradikale Gruppe „Ludwig" den Brandanschlag auf die Sex-Discothek „Liverpool" im Münchner Bahnhofsviertel verübt hat. Inzwischen lägen von „Ludwig" acht identische Bekennerbriefe vor.

### Amoklauf: 5 Tote

dpa, New York

Von rasenden Kopfschmerzen und der Furcht vor „Kommunisten" geplagt hat ein Lehrer im US-Bundesstaat Missouri vier Menschen getötet und sich dann selbst erschossen. Bei den Leichen hinterließ er zwei Zettel. Auf einem klagt er über unerträgliche Kopfschmerzen, auf dem anderen hieß es: „Sie sind alle Kommunisten. Sie haben eine Menge Unheil verursacht."

### Höchste Selbstmordrate

AP, Kotzebue

Die Selbstmordrate unter den Eskimos im Norden Alaskas gehört zu den höchsten in den Vereinigten Staaten. Wie die Gesundheitsbehörden von Kotzebue (Alaska) erklärten, begehen von 100 000 Eskimos 150 Selbstmord, der Bundesdurchschnitt in den USA liegt bei 12. Grund: Anpassungsschwierigkeiten an eine andere Zivilisation.

### Kuh-Schmuggel

dpa, Rom

Kühe sind die neueste Variante im Rauschgiftschmuggel nach Italien. In Brindisi entdeckte ein Tierarzt bei einer Kontrolle von importierten Tieren im Magen mehrerer Kühe aus Frankreich Plastikbehälter mit Heroin.

## „Verkehrsverbund Rhein-Neckar" vor Riesenproblemen

AP, Mannheim

Die strukturellen Eckdaten sind imponierend: Auf einer Fläche von 3324,4 Quadratkilometern des Rhein-Neckar-Raumes leben 1,757 Millionen Einwohner, Arbeitgeber wie die BASF in Ludwigshafen, Daimler-Benz in Mannheim oder die Heidelberger Druckmaschinenfabrik sichern ihm eine hohe Beschäftigungsquote. Das Ballungsgebiet trägt jedoch an einem entscheidenden Nachteil: Das Nahverkehrsangebot läßt zu wünschen übrig. Für die 42,5 Kilometer Luftlinie von Bensheim nach Speyer braucht der Pendler, der auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen ist, beispielsweise zwei Stunden reine Fahrzeit. Um dem abzuhelfen, wurde jetzt ein Zweckverband mit dem Ziel gegründet, am 1. Januar 1986 einen „Verkehrsverbund Rhein-Neckar" ins Leben zu rufen.

Er soll die Probleme der Pendler verringern und gleichzeitig die Defizite von jährlich 200 Millionen Mark, die bei den acht Verkehrsbetrieben dieses Raumes zu Buche schlagen, gerechter verteilen.

Gerade hierbei ergeben sich aber zwischen den Beteiligten die größten Differenzen: Der Kreis Bergstraße sieht auf seinen Etat größere Lasten als bisher zukommen, ohne daß für ihn dabei sehr viel mehr als bisher herauskommt. Zur Zeit zahlen zwei Städte des Kreises, Lampertheim und Viernheim, schon je rund 80 000 Mark an Mannheim, weil sie von der dortigen kommunalen Verkehrsgesellschaft bedient werden. Bei einem eventuellen Verbund soll der gesamte Kreis 500 000 Mark jährlich zahlen.

Anders als im Frankfurter oder Münchner Raum wird beim „Verkehrsverbund Rhein-Neckar" die Problematik eines „polyzentrierten" Industriegebiets deutlich, bei dem die Arbeit nicht auf einen Kernbezirk konzentriert ist, sondern auf mindestens drei Arbeitsplatz-Zentren. Das schlichte Konzept sternförmiger Zubringerlinien, deren Takte sich zum Zentrum hin verdichten, zieht hier nicht, wie etwa im Ruhrgebiet, wo es sowohl im Osten wie auch im Westen dichtbesiedelte Zentren gibt, in die täglich Hunderttausende aus allen Richtungen zur Arbeit strömen.

Dennoch – ein einheitlicher Fahrplan mit aufeinander abgestimmten Fahrzeiten der einzelnen Bus- und Bahnlinien könnte die Fahrzeiten ein wenig verkürzen. Für eine optimale Fahrplangestaltung wären Milliarden-Investitionen notwendig. Solche Summen sind aber zur Zeit für alle Beteiligten indiskutabel.



Nahezu lückenlos wurde das große Abenteuer dieser „Challenger"-Mission auch im Bild festgehalten: Bruce McCandless, der erste Mensch, der mit einem steuerbaren „Rucksack" ohne Verbindung zum Raumschiff durchs All „düste". FOTOS: AP

## Der große Schritt mit einem Hauch von Stickstoff

Von ADALBERT BÄRWOLF

Der erste „menschliche Mond" ist wieder untergegangen. Am Firmament fehlt ein Objekt, das von den großen elektronischen Augen auf der Erde als eigenständiger Satellit erfaßt und in die Computer des amerikanischen Luftverteidigungskommandos in Colorado Springs eingegeben worden war. Der Mensch, der mit seinen blinkenden Positionslichtern zwischen den Sternen dahingezogen war, schläft nach seiner Pionierarbeit im Kosmos.

In der Ladeluke von „Challenger" hängen die Manövriergeräte aus rostfreiem Stahl, die Bruce McCandless und Bob Stewart die gesteuerten Freiflüge von insgesamt zwei Stunden und 35 Minuten ermöglicht hatten, wie in der Kleiderkammer abgelegt. McCandless war insgesamt eineinhalb Stunden, Stewart etwa eine Stunde und fünf Minuten allein zwischen den Sternen dahingewandert.

Wenn man das historische Ereignis in die richtige Perspektive rückt, dann ist der erste kosmische Freiflug eines Menschen gleichrangig einzuordnen mit dem ersten Orbitalflug Gagarins oder der Landung von Armstrong und Aldrin auf dem Mond. Als die Sonne über die sieben purpurroten Streifen der amerikanischen Flagge auf dem Raumanzug McCandless' streifte und der Seeoffizier mit einem Hauch des Reaktionsgases Stickstoff in den riesigen Ozean des Vakuums hinaustrieb, da hatte der Mensch sozusagen auch im All den aufrechten Gang erlernt. Er war frei von den Sicherheitsleinen und Versorgungsschnüren, die Alexej Leonow über Simferopol oder Edward White vor bald 20 Jahren über der kalifornischen Küste nur behindert hatten.

Die kosmischen Freiflüge vom 7. Februar 1984 haben dies bewiesen: Die Stabilisierung des menschlichen Körpers um alle drei Achsen im Leerraum ist auch bei anhaltender Gewichtslosigkeit problemlos. Diese Lagenstabilisierung durch manuelle Steuerbefehle an die Reaktionsdüsen oder die automatische Stabilisierung über Kreisel, die über Mikroelektronik und Prozeßrechner den Gasausstoß bewirken, kann ohne Lagenanzeigegeräte am Körper des Astronauten erreicht werden. Mit dem Raumflugzeug als Referenzpunkt und der Erde als blauer Kugel vor dem pechschwarzen Hintergrund erübrigt sich ein künstlicher Horizont.

Auch ein Beschleunigungsmesser ist nicht erforderlich, da bei dem Schub der Düsen von 0,7 Kilogramm nur ein Andruck von 0,01 g auftritt. Mit Hilfe der selbstgebastelten Entfernungsmesser läßt sich die Entfernung zu dem Ziel gut abschätzen. Vonnöten scheint ein Raumanzugsbelag, der besser reflektiert, damit aus dem Cockpit des Raumflugzeugs nach Radarangaben elektronische Werte über Annäherungsgeschwindigkeiten an die menschlichen Satelliten weitergegeben werden können. Mit Anzeigegeräten, die den Druck im Menschenmond, den Sauerstoffvorrat sowie den Druck in den beiden Stickstofftanks und deren Inhalt anzeigen, scheint der freifliegende Mensch gut bestückt zu sein. Aus dem Raumflugzentrum in Houston hört man, daß die kleinen Lichter der Faseroptik, die im Helm der kosmischen Flieger das „Feuern" der Gasdüsen anzeigen, durch akustische Signale ersetzt werden sollen.

Der Weg ist jedenfalls frei für Exkursionen ins All. Jetzt können andere Körper in Erdumlaufbahnen besucht, beobachtet, repariert oder eingefangen werden. Jetzt könnten die Startplätze für Reisen zu anderen Planeten, aber auch die elektromagnetischen Kanonen zur Vernichtung angreifender Atomraketen montiert werden. Die Machtzentren auf der Erde werden entscheiden, in welche Richtung die Menschen als Satelliten fliegen werden.

Mit dem Freiflug Bruce McCandless mit der ersten kosmischen Geschwindigkeit von acht Kilometer in der Sekunde hat der freifliegende Mensch gleichzeitig auch seine Höchstgeschwindigkeit erreicht: Fliegt er noch schneller, würde seine Trägheitsbahn nicht mehr zur Erde zurückkehren ...

## Maulkorb für griechische Taxifahrer

EVANGELOS ANTONAROS, Athen

Griechenlands Taxifahrer bekamen einen Maulkorb verpaßt: Per Erlaß, der jetzt im Regierungsanzeiger veröffentlicht wurde, dürfen sie sich mit den Fahrgästen nur noch über das Fahrtziel und den Weg dorthin unterhalten. Damit sollen vor allem politische Diskussionen – eine Leidenschaft für jeden echten Griechen – unterbunden werden.

Anlaß für diese Reglementierung war, wie politische Beobachter vermuten, ein Zwischenfall, der schon ein paar Wochen zurückliegt: Damals entrüstete sich ein Athener Taxifahrer über den griechischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreou, den er einen „griechischen Khadhafi" nannte. Das Pech des Droschkenkutschers war nur, daß im Fond ein fanatischer Papandreou-Anhänger saß, der Anzeige erstattete. Ein Schnellgericht schickte den oppositionellen Chauffeur für ein paar Wochen ins Gefängnis.

### Diplomatische Beschwerde

Aber damit nicht genug: Libyens Diplomaten beschwerten sich im griechischen Außenministerium, wieso der Vergleich mit dem Staatschef eines Landes, zu dem sich die Pasok-Sozialisten so guter Beziehungen rühmten, als Beleidigung eingestuft werde. Welche Antwort Khadhafis Diplomaten bekommen haben, ist nicht bekannt, doch mag der Maulkorb-Erlaß für die rund 35 000 Taxifahrer – davon 16 000 in der Hauptstadt – als „Bewältigung" des heiklen Problems gedeutet werden.

„Keine Regierung kann uns vorschreiben, wie wir unsere Arbeit verrichten müssen", empörte sich ein Sprecher der Athener Taxifahrergewerkschaft, der im übrigen darauf verwies, daß die große Mehrheit der Fahrgäste einen „gesprächigen, unterhaltsamen Fahrer" erwarte.

Wie die meisten Fahrgäste denken, haben Zeitungsumfragen aufgedeckt. Danach haben die knapp 350 000 Fahrgäste, die täglich ein Athener Taxi als bequemes und billiges Verkehrsmittel benutzen, den Erlaß angeblich mit einem Stoßseufzer der Erleichterung quittiert. Freilich weniger, weil sie demnächst ohne den oft lästigen Polit-Tratsch befördert werden sollen, sondern weil der Erlaß den Fahrern der gelben Vehikel zugleich einen neuen, sehr umfassenden Verhaltenskodex auferlegt hat. Seine Quintessenz: Die Fahrer müssen höflich, entgegenkommend, sauber und gut gekleidet sein. Die Wünsche der Fahrgäste müssen beachtet werden, ob es um die Lautstärke des Autoradios oder um die Fahrtroute geht.

### Ein Staat im Staate

Daß Griechenlands Taxifahrer einen Staat im Staate darstellen und praktisch unkontrolliert ihren Beruf ausüben dürfen, weiß jeder, der seine Erfahrungen mit dieser Zunft gemacht hat.

Fast alle Athener Taxen funktionieren als Sammel-Beförderungsmittel: Immer wieder hält der Taxifahrer an, ohne seinen ursprünglichen Fahrgast gefragt zu haben und erkundigt sich bei den potentiellen Kunden, wohin diese gebracht werden möchten. Steigen sie zu, so muß jeder Fahrgast trotz großer Umwege den vollen Fahrpreis entrichten.

Solche in Deutschland undenkbaren Bräuche sind hier gang und gäbe. Die öffentlichen Transportmittel sind in der Regel überfüllt, schmutzig und unzuverlässig. Hinzu kommt, daß die Taxi-Preise immer noch spottbillig sind. Weil das wiederum so ist, müssen die Fahrer so viele Fahrten machen, um wenigstens einen kleinen Gewinn nach Hause zu bringen.

Das Ende vom Lied: Es dürfte alles beim alten bleiben. Die Taxifahrer haben sich längst in der chaotischen Vier-Millionen-Stadt Athen unentbehrlich gemacht. (SAD)

Seite 2: Beredtes Schweigen

## Wetter: Schneeregenschauer

**Wetterlage:** Meeresluft polaren Ursprungs fließt von Nordwesten her nach Mitteleuropa, wobei mitgeführte Schauerstaffeln das Wetter wechselhaft gestalten.

Deutscher Wetterdienst 8. Februar 1984, nachm.

**Vorhersage für Donnerstag:**

Ganz Deutschland einschließlich Raum Berlin: Im Alpenvorland zum Teil länger andauernder Schneefall. Sonst Wechsel zwischen Auflockerungen und überwiegend starker Bewölkung mit Schneeregen-, Schnee- oder Graupelschauern. Tagestemperaturen zwischen 5 Grad im Nordwesten und 1 Grad im Südosten. Nachts verbreitet leichter Frost um minus 2 Grad C.

**Weitere Aussichten:**

Niederschlagsneigung abnehmend. Wechselnd wolkig. Temperaturrückgang.

**Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:**

| Ort | Temp. | Ort | Temp. |
|---|---|---|---|
| Berlin | 1° | Kairo | 20° |
| Bonn | 4° | Kopenh. | 3° |
| Dresden | 3° | Las Palmas | 18° |
| Essen | 2° | London | 7° |
| Frankfurt | 1° | Madrid | 12° |
| Hamburg | 3° | Mailand | 8° |
| List/Sylt | 4° | Mallorca | 18° |
| München | 0° | Moskau | –10° |
| Stuttgart | 3° | Nizza | 15° |
| Algier | 19° | Oslo | –4° |
| Amsterdam | 3° | Paris | 8° |
| Athen | 13° | Prag | 1° |
| Barcelona | 18° | Rom | 12° |
| Brüssel | 5° | Stockholm | –1° |
| Budapest | 4° | Tel Aviv | 17° |
| Bukarest | 6° | Tunis | 18° |
| Helsinki | –2° | Wien | 4° |
| Istanbul | 9° | Zürich | 3° |

*Sonnenaufgang am Freitag: 7.46 Uhr, Untergang: 17.27 Uhr, Mondaufgang: 11.02 Uhr, Untergang: 1.32 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

## Berliner Zoo verlor „Himmelchen"

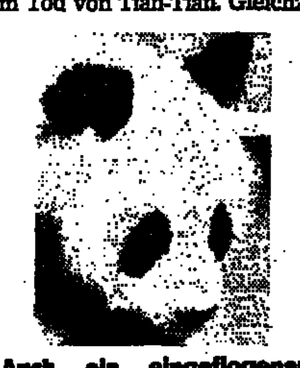
dpa, Berlin

Der Liebling der Berliner Zoobesucher, die Panda-Bärin Tian-Tian, ist gestern morgen in der Tierklinik Düppel verendet. Trotz intensivster Bemühungen, so ein Sprecher des Zoos, konnte das Leben der vierjährigen Bärin nicht gerettet werden. Tian-Tian – zu deutsch „Himmelchen" – war vor einer Woche an einem Virus erkrankt.

In der Berliner Tierklinik war Tian-Tian rund um die Uhr in Schichten von jeweils vier Ärzten und Pflegern betreut worden. Auch der aus England eingeflogene Spezialist, John Knight, konnte jedoch nicht verhindern, daß sich der Zustand der Bärin trotz zweier Bluttransfusionen von Stunde zu Stunde verschlechterte. Zum Schluß versagten auch noch die Nieren des Tieres, das seit zwei Tagen am Tropf hing. Am Dienstagabend wurde die Bärin zusätzlich künstlich beatmet. Nach den bisherigen Untersuchungsergebnissen der Ärzte litt Tian-Tian an einer Infektion, die sich in den Verdauungsorganen ausgebreitet hatte. Die genaue Todesursache soll eine Obduktion klären.

Die Pandabärin und ihr Gefährte Bao-Bao waren ein Gastgeschenk der Volksrepublik China an den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Das Pärchen übersiedelte 1980 nach Berlin.

„Wir stehen alle völlig unter einem Schock", erklärte gestern Zoodirektor Professor Heinz-Georg Klös nach dem Tod von Tian-Tian. Gleichzeitig räumte er jedoch ein, daß seit Dienstag abend eigentlich keine Hoffnung mehr bestanden habe.



Auch ein eingeflogener Spezialist konnte ihr nicht helfen: Tian-Tian. FOTO: DPA

Am Mittwoch vergangener Woche habe ein Wärter festgestellt, daß die Bärin nicht mehr fraß. Das Tier sei in Narkose untersucht worden. Dabei habe sich herausgestellt, daß die Mundschleimhaut so stark geschwollen gewesen sei, daß man die Zähne nicht mehr gesehen habe, sagte Klös. Woher diese Schwellung komme, wisse bisher niemand.

Allerdings hätten auch andere Zoos in Paris, London, Washington, Madrid und Tokio, die weibliche Pandabären besitzen, schon häufiger Probleme mit der Gesundheit der chinesischen Tiere gehabt. In Paris und Madrid waren sie, wie jetzt auch in Berlin, eingegangen. Der Zoodirektor glaubt nicht, daß Tian-Tians Tod ihrem „Lebensgefährten" Bao-Bao – „Schätzchen" – schade. Die Pandabären seien Einzelgänger.

Allerdings sei zu wünschen, daß Bao-Bao wieder ein Weibchen bekäme. Darüber habe aber nicht der Zoo zu entscheiden, sondern andere Stellen, sagte Klös. Vielleicht reise der designierte Bundespräsident Richard von Weizsäcker nach China und bekomme ein gleiches Gastgeschenk wie seinerzeit Schmidt. In einem Gespräch mit Klös habe sich Weizsäcker am Dienstagabend erschrocken über den kritischen Zustand von Tian-Tian geäußert und die Bärin als „eine der großen Persönlichkeiten der Stadt" bezeichnet.



## ZU GUTER LETZT

„Heute sind Frau und Mann gleichberechtigt. Der Mann darf tun, was er will, und die Frau darf auch tun, was er will." Aus der Arbeit eines 14jährigen Schülers im Fach Politik.